

# Grundlagen zum Demografiekonzept Lüdenscheid 2020

## **Ausgangsanalyse und erste Ergebnisse einer Abfrage der Fachbereiche**

**Lüdenscheid, Oktober 2008**

**Bearbeitungsstand: 22.10.2008**

## 1. Einleitung

|   |   |
|---|---|
| 1.1. Ausgangssituation                            | 3 |
| 1.2. Zielsetzung des Berichts                     | 3 |
| 1.3. Projektstruktur und bisherige Vorgehensweise | 4 |
| 1.4. Kritische Bewertung der Datenbasis           | 5 |

## 2. Demografische Situation

|   |    |
|---|----|
| 2.1. Wesentliche Merkmale der bisherigen<br>Bevölkerungsentwicklung | 7  |
| 2.2. Modellbetrachtung für 2020                                     | 12 |

## 3. Ergebnisse aus der Befragung der Fachbereiche

|  |    |
|--|----|
| 3.1. Wirtschaft und Arbeit                           | 15 |
| 3.2. Kinder, Jugend und Familie                      | 19 |
| 3.3. Ältere Menschen in Lüdenscheid                  | 25 |
| 3.4. Migranten in Lüdenscheid                        | 28 |
| 3.5. Bildung und Kultur                              | 31 |
| 3.6. Siedlungsstruktur, Wohnungsmarkt und Stadtumbau | 41 |
| 3.7. Schulen und Sport                               | 46 |
| 3.8. Tourismus und Stadtmarketing                    | 54 |
| 3.9. Finanzen  | 59 |

## 4. Weitere Vorgehensweise

|   |    |
|---|----|
| 4.1. Demografie als Querschnittsaufgabe | 62 |
| 4.2. Bildung von Handlungsschwerpunkten | 62 |
| 4.3. Externe Verstärkung                | 63 |

## 5. Anlagen

|                              |    |
|------------------------------|----|
| 5.1. Antrag der SPD-Fraktion | 64 |
| 5.2. Antrag der CDU-Fraktion | 65 |
| 5.3. Modellberechnung A      | 67 |
| 5.4. Modellberechnung B      | 67 |
| 5.5. Modellberechnung C      | 68 |

## 1. Einleitung

### 1.1. Ausgangssituation

Die demografische Entwicklung ist bereits seit längerer Zeit im Rahmen europäischer, deutscher und landesweiter Trends stärker in den Mittelpunkt der öffentlichen Diskussionen getreten. Im Vordergrund stehen hierbei Fragestellungen zu den Themen des Bevölkerungsrückganges, der deutlichen Veränderung der Altersstruktur und der Integration der Bevölkerung mit Migrationshintergrund.

Hinsichtlich einer Bewertung der Auswirkungen auf kommunaler Ebene ist es jedoch unbedingt erforderlich, die spezielle Situation in Lüdenscheid zu kennen, da die demografische Entwicklung einzelner Kommunen deutliche Unterschiede aufweist. Selbst innerhalb einer Kommune sind auf Stadtbezirksebene demografische Schwerpunkte zu differenzieren um Handlungsansätze identifizieren zu können.

Auf Grundlage der Anträge der SPD-Fraktion und der CDU-Fraktion wurde die Verwaltung durch den Hauptausschuss am 10.03.2008 beauftragt, einen entsprechenden Bericht zu erarbeiten.

Die derzeitigen demografischen Trends legen eine solche Vorgehensweise nahe. Seit einiger Zeit werden die Sterbefälle nicht durch die Geburten ausgeglichen und darüber hinaus hat auch eine erhebliche Verringerung der Zuzüge zu empfindlichen Bevölkerungsrückgängen geführt. Somit gehört Lüdenscheid auch zu den Kommunen in NRW, die sich auf deutliche Veränderungen der demografischen und sozialen Strukturen einstellen müssen.

Um erkennen und bewerten zu können, in welchen Bereichen über eine Neuausrichtung des kommunalen Handelns nachgedacht werden sollte und welche Handlungsnotwendigkeiten bestehen, dient die Erarbeitung eines Demografiekonzeptes.

Mit der Aufstellung eines entsprechenden Erarbeitungskonzeptes zu diesem Projekt wurde eine Arbeitsgruppe beauftragt, der Mitarbeiter/innen des Bürgermeisteramtes, des Jugendamtes und des Planungsamtes angehören.

### 1.2. Zielsetzung dieses Berichtes

Die Anträge der beiden Parteien beinhalten die Erarbeitung eines Demografiekonzeptes, das ein breites Spektrum von Handlungsfeldern (Schwerpunkt des CDU Antrags) und einen umfangreichen konzeptionellen Ansatz (Schwerpunkt des SPD Antrags) umfasst.

Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die Anträge nicht nur auf einen analysierenden Bericht zur Querschnittsthematik Demografie abzielen, sondern auch eine Verständigung zwischen Politik, Verwaltung und der Bürgerschaft hinsichtlich Handlungsschwerpunkten, Zielsetzungen und Handlungskonzepten einfordern.

Die AG-Demografie hat sich daher mit der Frage befasst, welcher konzeptionelle Ansatz geeignet erscheint, um dem Anspruch der Anträge und der komplexen querschnittsorientierten Thematik Demografie gerecht zu werden.

Der vorliegende Bericht zielt darauf ab, die notwendige Abstimmung des Projektablaufes zwischen Verwaltung und Politik transparenter zu gestalten. Hierfür beinhaltet der Bericht eine erste grobe Projektstruktur, die Beschreibung einiger Rahmenbedingungen bezüglich der Datenbasis sowie die bisherige Vorgehensweise zum Projekt. Als Einstieg in die Thematik Demografie dient eine kompakte Darstellung der demografischen Entwicklung Lüden-

scheids. Eine Sammlung von Kurzstellungnahmen ermöglicht einen ersten Eindruck über die Überlegungen der Fachämter zu möglichen Handlungsfeldern. Thematisiert wird auch die Möglichkeit einer kooperativen Zusammenarbeit mit einem externen Fachbüro.

### 1.3. Projektstruktur und bisherige Vorgehensweise

Die AG hat zu Beginn des Projektes ein erstes Grobkonzept zur Strukturierung des Projektablaufes erarbeitet und ein Paket von Modellberechnung zur Bevölkerungsentwicklung beim Landesamt für Datenverarbeitung beauftragt.

Die einzelnen Modellberechnungen variieren hinsichtlich der Annahmen zum Verlauf der zukünftigen Wanderungsbewegungen. Die Modellberechnungen sollen zur Orientierung hinsichtlich der Bandbreite der möglichen Bevölkerungsentwicklung dienen. Im weiteren Projektverlauf können die Modellberechnungen problemlos um weitere Varianten ergänzt werden.

Das Projektkonzept gliedert den Projektablauf in folgende drei Phasen:

- I. **Erarbeitung eines Zwischenberichtes - in Form einer Präsentation - zur Darstellung der Grundlagendaten, der Strukturierung des Projektes und Identifizierung möglicher Handlungsschwerpunkte.**
- II. **Abstimmung von Zielen und Handlungsschwerpunkten zwischen Politik und Verwaltung, unter Beteiligung externer Kooperationspartner.**
- III. **Erarbeitung eines Endberichtes im Sinne eines Handlungskonzeptes zu den querschnittsbezogenen Handlungsschwerpunkten.**

Diese Projektstruktur ist im weiteren Projektverlauf noch weiterzuentwickeln und hinsichtlich der gewünschten Abstimmungsprozesse zu konkretisieren.

Auf Grundlage dieses Konzeptes und der Modellberechnungen wurden die relevanten Ämter der Verwaltung über das Projekt informiert, um mit der Bestandsaufnahme der notwendigen Arbeitsgrundlagen beginnen zu können. Die **Handlungsfelder** wurden folgendermaßen den Fachbereichen zugeordnet:

- |  |                 |
|--|-----------------|
| • <b>Wirtschaft und Arbeit</b>                           | <b>Amt 80</b>   |
| • <b>Kinder, Jugend und Familie</b>                      | <b>Amt 51</b>   |
| • <b>Ältere Menschen in Lüdenscheid</b>                  | <b>Amt 50</b>   |
| • <b>Migranten in Lüdenscheid</b>                        | <b>Amt 50</b>   |
| • <b>Bildung und Kultur</b>                              | <b>Amt 41</b>   |
| • <b>Siedlungsstruktur, Wohnungsmarkt und Stadtumbau</b> | <b>Amt 61</b>   |
| • <b>Schulen und Sport</b>                               | <b>Amt 40</b>   |
| • <b>Tourismus und Stadtmarketing</b>                    | <b>Abt. 102</b> |
| • <b>Finanzen</b>  | <b>Amt 20</b>   |

Um im späteren Projektverlauf auch den Aspekt der technischen Infrastruktur berücksichtigen zu können, wurden auch SEL, STL, SEWAG und die Abteilung Verkehrsplanung und -lenkung bereits in den Informationsprozess einbezogen.

Die Ämter wurden aufgefordert, Grundlageninformationen zur Verfügung zu stellen. Nach den ersten Rückläufen ist diese Bestandsaufnahme im weiteren Projektablauf noch zu vervollständigen und zu ergänzen. Insbesondere wegen der Querschnittsbezüge, der Daten-

strukturen und der Bezüge zu den Stadtbezirken sind hier noch weitere Absprachen mit den Fachämtern notwendig.

Im Rahmen der Erarbeitung dieses Berichtes wurden die Fachämter aufgefordert eigenverantwortlich kurze, prägnante Fachberichte zum Einstieg in das Projekt zur Verfügung zu stellen. Die AG hat hierzu die folgende Struktur vorgegeben und im Rahmen von Fachgesprächen erläutert, um die Informationen fachübergreifend und projektorientiert transparenter darstellen zu können:

- I. Grundanalyse und demografische Reflexion**
  - Beschreibung der aktuellen Entwicklung
  - Reflexion hinsichtlich der zukünftigen demografischen Entwicklung
- II. Fachbereichsbezug zum Handlungsfeld und kommunale Steuerungsmöglichkeiten**
- III. Bezug zu externen Stellen und Beteiligungsnotwendigkeiten**
- IV. Erste Handlungseinschätzungen**

Diese von den Ämtern erarbeiteten Fachberichte sind in Kapitel 3 als Einstieg in die Problematik zusammengestellt.

**Aufgrund der komplexen Anforderungen, die sich aus der Querschnittsaufgabe und der Antragsstellung ergeben, wurde auch die Möglichkeit einer externen kooperativen Verstärkung im Rahmen der Beauftragung eines Fachbüros geprüft.**

Die Gespräche mit Büros haben gezeigt, dass aufgrund der fachlichen Bandbreite der Handlungsfelder eine Komplexität des Projektes zu berücksichtigen ist, die auch innerhalb der Büros eine ausreichende personelle Bandbreite erfordert. Es wurde auch deutlich, dass ein externes Büro aufgrund der konzeptionellen und praktischen Erfahrungen z.B. schon bei der Datenaufbereitung wesentlich zum Projekterfolg - während aller Projektphasen - beitragen kann. Darüber hinaus verfügt die Projektgruppe nicht über die personellen Kapazitäten, um ohne externe Verstärkung das Projekt im Sinne der Anträge der SPD und CDU weiterverfolgen zu können.

Parallel zu dem Beginn der Datensammlung wurde daher eine Liste geeigneter Fachbüros für eine kooperative Zusammenarbeit zusammengestellt. Nach einer ersten Anfrage bei sechs Büros wurden mit vier Büros, die grundsätzlich an einer Zusammenarbeit interessiert waren, Vorgespräche geführt. Im Rahmen der Vorgespräche wurden die Büros aufgefordert, Projektkonzepte für eine Zusammenarbeit vorzulegen.

### 1.4. Kritische Bewertung der Datenbasis

Um sich mit der Thematik Demografie fundiert befassen zu können, ist ein sinnvolles Paket von Ausgangsinformationen erforderlich. Bei der entsprechenden Zusammenstellung und Aufbereitung dieser Projektdaten erscheint es wichtig, einen langfristigen Datenbeschaffungsaufwand zu vermeiden, ohne die für die Erarbeitung des Demografiekonzeptes notwendigen Basisdaten zu vernachlässigen.

Im Rahmen der bisherigen Grundlagenarbeit sind hinsichtlich der Möglichkeit der Datenbeschaffung einige grundlegende Rahmenbedingungen aufgefallen, die hierbei zu beachten sind:

- Theoretisch besteht die Möglichkeit einige stadtbezirksbezogene Daten, zur Arbeitslosigkeit und zur Bezugsstruktur von Sozialmitteln, von der Agentur für Arbeit einzukaufen. Dazu wäre jedoch aus Gründen des Datenschutzes eine sogenannte „abgeschlossene statistische Stelle erforderlich“. Der personelle Aufwand wäre erheblich.
- Einige Datenstrukturen des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik werden nur bis zur Gliederungstiefe der Kreisebene zur Verfügung gestellt. Dies betrifft z.B. Informationen zur Wohneigentumsstruktur und Daten zum Gesundheitswesen.
- Für die Darstellung von Bevölkerungszahlen auf Stadtbezirksebene muss auf die Daten aus dem städtischen Einwohnermeldewesen zurückgegriffen werden. Da kein Abgleich zwischen den Zahlen des Landesamtes erfolgen kann, entstehen hier Abweichungen die hinzunehmen sind.
- Die Struktur der Stadtbezirke wurde erst vor kurzer Zeit entwickelt. Entsprechend ist eine rückwirkende Betrachtung von Daten nur sehr eingeschränkt möglich. In Bezug auf die Neuerhebung muss sich die Struktur noch etablieren.
- In Lüdenscheid wird keine kontinuierliche Wohnungsmarktbeobachtung durchgeführt, da der Aufwand erheblich ist. Die hier landesweit organisierten Kommunen sind im Durchschnitt über 200.000 Einwohner groß. Entsprechend sind z.B. Informationen zum Wohnungsleerstand nur bedingt vorhanden.
- Lüdenscheid verfügt über kein Amt für Statistik, das kontinuierlich Daten sammelt und querschnittsbezogen weiterverarbeiten kann. Entsprechend ist die kontinuierliche Bereitstellung interpretierbarer Daten nicht mit Städten wie z.B. Dortmund vergleichbar. So ist z.B. die Bereitstellung von Daten, zu der Bevölkerungsgruppe mit Migrationshintergrund, nicht möglich. Hierfür bedarf es eines erheblichen Datenabgleichs entsprechend einer zu wählenden Definition.

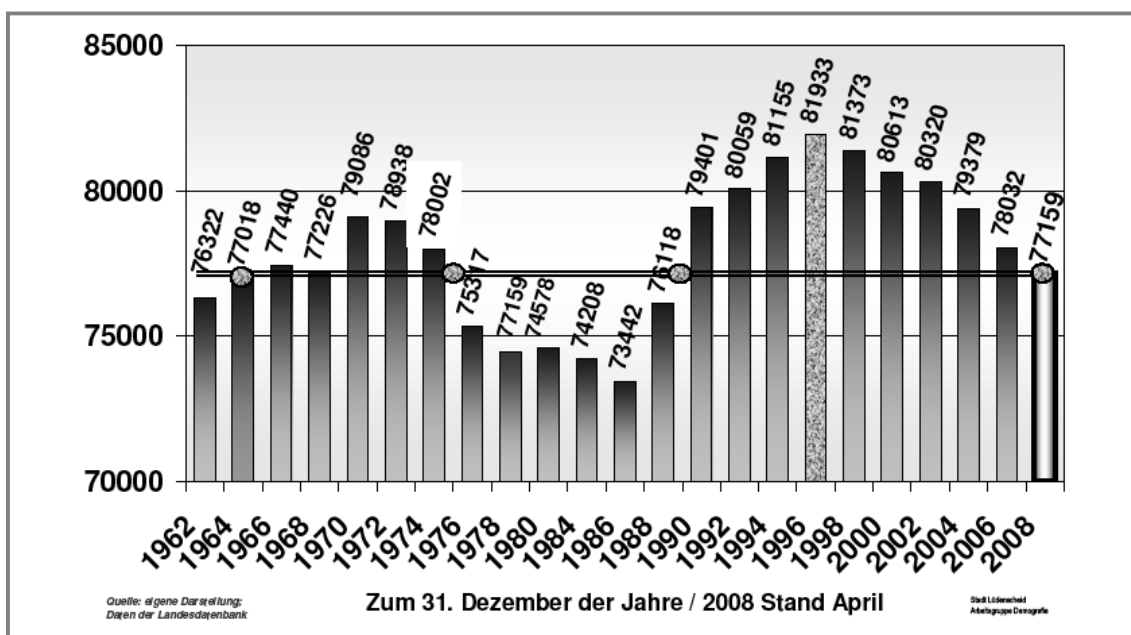
Wegen dieser Rahmenbedingungen wird es im Zweifelsfall notwendig sein Aufwand und Nutzen zur Grundlagenerarbeitung abzuwägen und pragmatisch vorzugehen. Entscheidend ist auch, dass man sich eher auf Daten beschränkt die ohne erheblichen Aufwand fortgeschrieben werden können und das Projekt tatsächlich fördern.

## 2. Demografische Situation

### 2.1. Wesentliche Merkmale der bisherigen Bevölkerungsentwicklung

Die Bevölkerungsentwicklung Lüdenscheids erreichte, nach den erheblichen Wanderungsgewinnen ab 1986, im Jahr 1996 einen Höchststand von 81.933 Einwohnern mit Hauptwohnsitz in Lüdenscheid. Seit 1996 sinkt die Bevölkerungszahl kontinuierlich. Mit Stand April 2008 beträgt der aktuelle Bevölkerungsstand auf Grundlage der Datensammlung des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik (LDS) 77.159 Einwohner. Ein vergleichbarer Entwicklungstrend mit starken Verlusten hat auch bereits im Zeitraum zwischen 1970 und 1985 stattgefunden.

**Bevölkerungsentwicklung bis 2008**



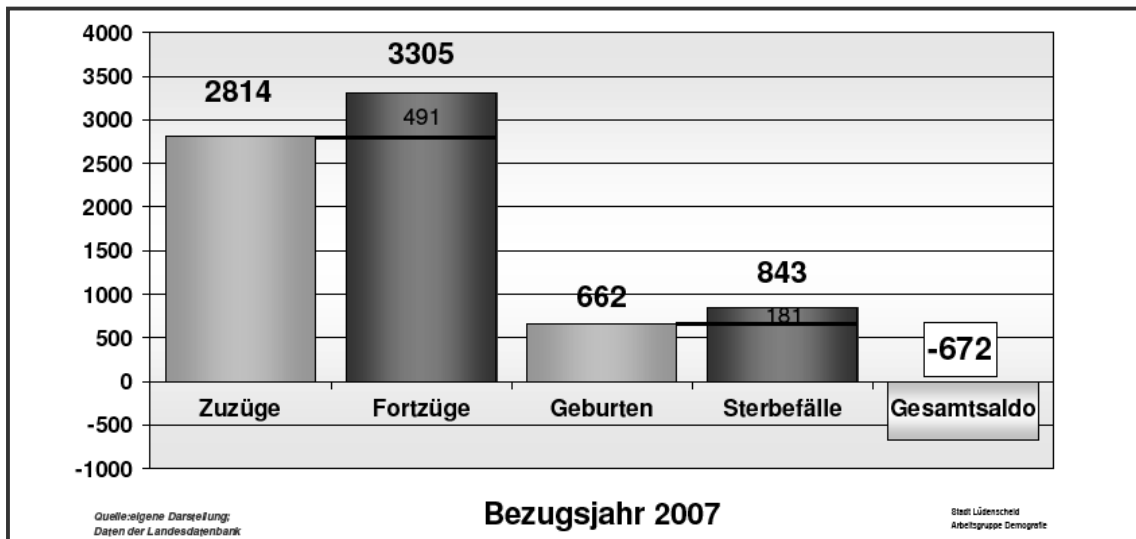
Der derzeitige Bevölkerungsstand und auch noch geringere Zahlen – wie z.B. 1985 mit 73.292 Einwohnern - ist also auf den ersten Blick nichts Neues. Beachtlich sind aber die erheblichen demografischen Strukturveränderungen, die sich hinter diesen absoluten Zahlen verbergen und auf die noch einzugehen ist.

Aus Sicht der Stadtentwicklung bleibt zunächst festzuhalten, dass bei gleicher Bevölkerungszahl heute wesentlich mehr Siedlungsflächen als in den Jahren 1964, 1974 und 1989 (Jahre mit vergleichbarem Bevölkerungsniveau) vorhanden ist. Die Stadt und somit auch ihre Infrastruktur ist erheblich gewachsen und hat 1996 immerhin rund 82.000 Einwohner Platz geboten.

Hinsichtlich der Bevölkerungsverluste der letzten Jahre ist zunächst zu hinterfragen, welche Faktoren diese Entwicklung bestimmen und welcher Wirkungsanteil den Einzelfaktoren zukommt. Die derzeitige demografische Entwicklung Lüdenscheids ist durch Trends geprägt, die sich gegenseitig in ihrer Wirkung ergänzen und zu deutlichen jährlichen Abnahmen der Bevölkerung führen. Die Daten des Landesamtes weisen seit 1997 jeweils Bevölkerungsrückgänge auf. Besonders hoch waren diese Verluste in den Jahren 2005 bis 2007 mit Rückgängen von -692, -656 und -672 Einwohnern.

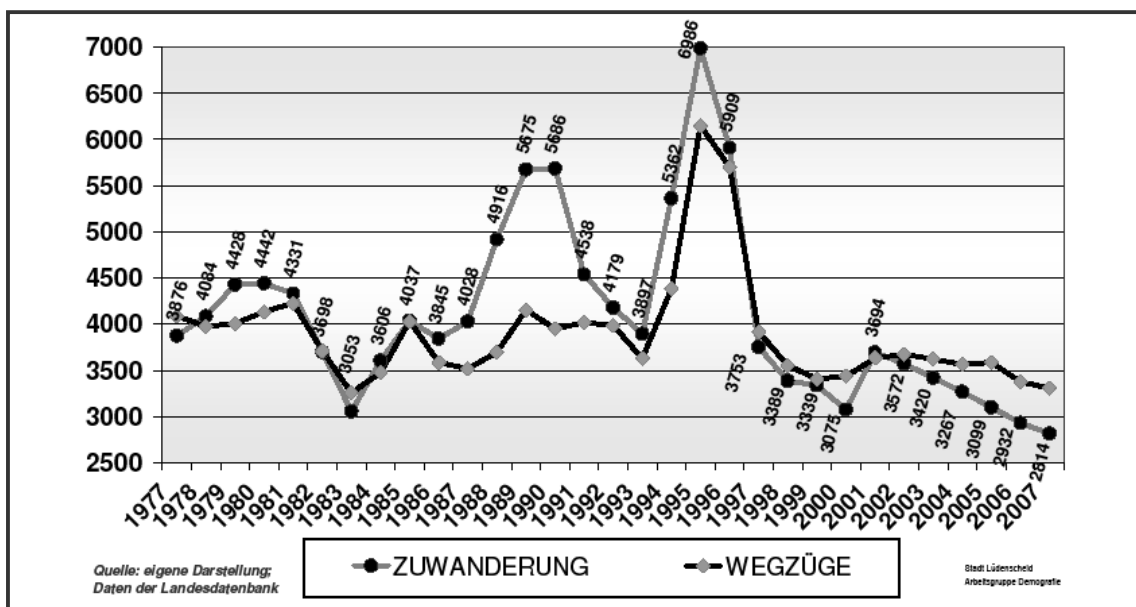
Die nachfolgende Grafik zeigt am Beispiel des Jahres 2007, dass sowohl die sogenannte natürliche Entwicklung (Geburten und Sterbefällen), als auch die Entwicklung der Wanderungsbewegungen (Zuzüge und Wegzüge) jeweils mit einem negativen Saldo enden. Diese sich summierenden Negativsaldo bestimmen seit ca. 10 Jahren die Bevölkerungsentwicklung. Vor diesem Zeitraum gehörte Lüdenscheid zu der Gruppe der Kommunen mit einer weitgehend positiven Wanderungsbilanz. Die größtenteils negativen Saldo aus der natürlichen Entwicklung wurden entsprechend überlagert.

### Faktoren der Bevölkerungsentwicklung



Die stärkste Wirkung übt derzeit eindeutig die negative Wanderungsbilanz aus, die für 2007 ein Minus von 491 Personen ausweist. Oberflächlich betrachtet könnte man hieraus schließen, dass eine Zunahme der Fortzüge die Ursache des Trends ist. Bei differenzierter Betrachtung der Zeitreihen zeigt sich jedoch, dass sich die Zahl der Fortzüge in den letzten Jahren sogar verringert hat. Problematisch ist, dass parallel zu dieser Abnahme die Anzahl der Zuzüge viel schneller gesunken ist.

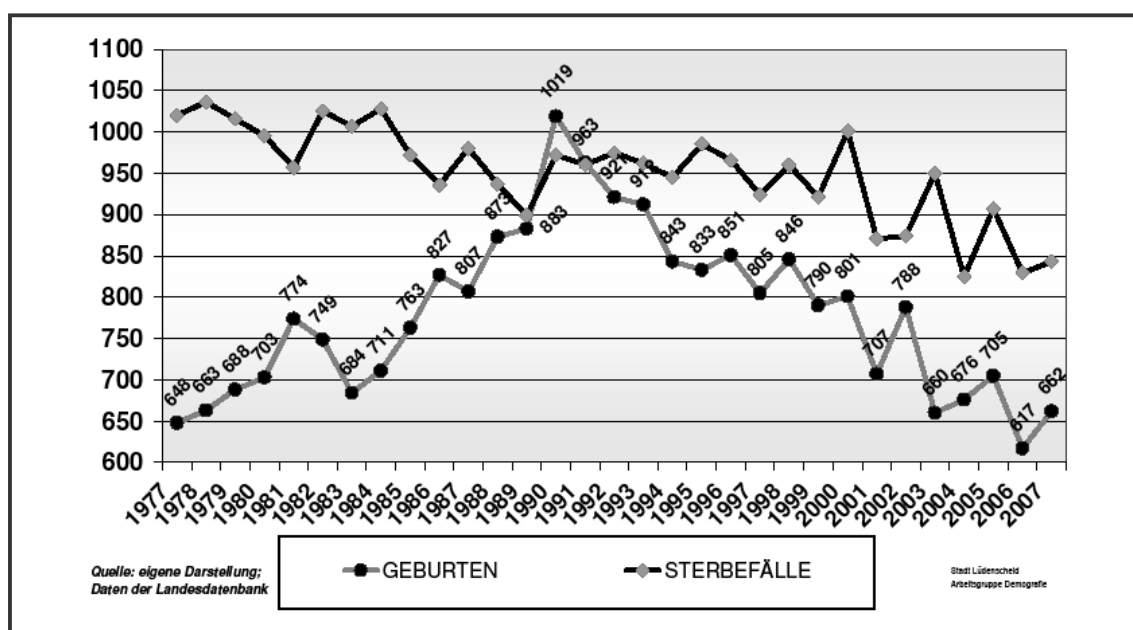
### Entwicklung der Zuwanderung und Fortzüge



Die Ursache der Wanderungsverluste liegt also primär nicht an einer Zunahme der Wegzüge, sondern an einem Ausbleiben der Zuzüge. Beide Wanderungsfaktoren gleichen sich nicht mehr aus. Diese Wirkung kann nur durch eine noch schnellere Senkung der Fortzugsraten oder durch eine Erhöhung der Zuzüge erreicht werden.

Die Verluste aus der natürlichen Entwicklung sind im Vergleich zu den negativen Wanderungssalden relativ geringer, tragen aber doch auch stetig und deutlich zum Bevölkerungsrückgang bei. Dieser Trend reicht bereits bis ins Jahr 1971 zurück und wurde zwischenzeitlich nur durch die erheblichen Zuwanderungsgewinne zwischen 1986 und 1996 überlagert. Lediglich in den Jahren 1990 und 1991 konnten, bedingt durch den vorherigen verstärkten Zuzug potenzieller Eltern, noch einmal leichte Geburtenüberschüsse erzielt werden.

### Entwicklung der Geburten und Sterbefälle



Die seit den 70er Jahren, im Verhältnis zu den potenziellen Vätern und Müttern, niedrigen Kinderzahlen, bedingen den heute relativ geringen Besatz der Bevölkerungsgruppe der möglichen Eltern. Diese Elterngeneration weist trendfolgend wiederum schwache Geburtenraten auf. Entsprechend verstärkt sich der Trend in der weiteren Generationenfolge aus sich selbst heraus.

Wegen seiner schon über Jahrzehnte kontinuierlichen Wirkung führt diese Entwicklung auch zu immer deutlicheren Auswirkungen auf die Altersstruktur Lüdenscheids. Durch das Ungleichgewicht zwischen hohen Sterbezahlen und geringen Geburtenzahlen verschiebt sich der Schwerpunkt der Altersstruktur kontinuierlich in Richtung der älteren Jahrgänge. Die Erhöhung des Lebensalters wirkt sich nur noch mittelfristig bis ca. 2020 verzögernd auf den Anstieg der Sterbefälle aus. Ohne diesen Effekt würde das negative Saldo, aus Geburten und Sterbefällen, noch schneller Wirkung zeigen.

Die Wanderungsgewinne ab 1989 bis 1996 waren demografisch gesehen lediglich eine zeitweise Auffrischung der Bevölkerungsstruktur ohne tatsächlich nachhaltige Wirkung hinsichtlich der Altersstruktur. Zwar wanderten auch viele Familien zu, doch sind viele Zuwanderer heute auch bereits wieder in den Jahrgängen zu finden, die nicht mehr zu einer Senkung des Durchschnittsalters beitragen. Eine Zuwanderung, auch wenn sie in familiären Strukturen mit Kindern erfolgte, wirkt eher trendverzögernd und nicht im Sinn einer nachhaltigen Trendumkehr bei der Altersstrukturentwicklung.

Die Entwicklung der natürlichen Bevölkerungsentwicklung lässt sich relativ transparent mit allgemein bekannten Entwicklungen wie z.B. den niedrigen Geburtenraten und dem steigenden Lebensalter begründen. Anders sieht dies allerdings bei den Wanderungsbewegungen aus. Hier ist es zunächst erforderlich, die regionalen und überregionalen Wanderungsbezüge zu hinterfragen. Dies erfolgt hier auf Grundlage der Wanderungsdaten für die Jahre 2004 bis 2006, da zum Stand Oktober 2008 noch keine neueren Angaben zur Auslandswanderung für das Jahr 2007 zur Verfügung standen. Die weitere Entwicklung sollte im Projektverlauf beobachtet werden.

Aus der globalen Wanderungsstruktur wird ersichtlich, dass sowohl die Wanderungen innerhalb Nordrhein Westfalens als auch im Bezug zum übrigen Bundesgebiet und dem Ausland, jeweils erheblich zu den Bevölkerungsverlusten beitragen. Hierbei haben in den letzten Jahren die Wanderungsverluste zugunsten anderer Bundesländer (nicht NRW) und dem Ausland zugenommen. Insgesamt überwiegt die Wirkung der überregionalen Wanderungsbeziehungen zu Kommunen außerhalb NRW's.

### Globale Struktur der Wanderungsbewegungen

| JAHR | GESAMTSOLDO | NRW  | ANDERE BUNDESLÄNDER | AUSLAND |
|------|-------------|------|---------------------|---------|
| 2004 | -297        | -114 | -77                 | -106    |
| 2005 | -490        | -178 | -129                | -183    |
| 2006 | -444        | -65  | -161                | -218    |

Quelle: LDS

Innerhalb dieser globalen Struktur zeichnen sich einige Schwerpunkte ab, die noch besonders zu erwähnen sind. Bemerkenswert ist der gegenläufige Trend auf Kreisebene. Zumindest in den Jahren 2004 bis 2006 zogen aus den Kreiskommunen mehr Menschen nach Lüdenscheid als umgekehrt. Ohne diesen Effekt wären die überregionalen Wanderungssalden noch negativer ausgefallen.

Herausragend ist die Abwanderung in Richtung Griechenland, die anscheinend auch nicht nur eine kurzfristige Entwicklung aufzeigen. Die Fernwanderungsbeziehungen zu Ländern außerhalb Europas spielen für die Einwohnerentwicklung derzeit überhaupt keine Rolle.

### Schwerpunkte der Wanderungsbewegungen

| JAHR | GESAMT-SALDO | SALDO ZUM MK | SALDO INNERHALB DEUTSCHLANDS | SALDO INNERHALB EUROPAS | SALDO ZU EUROPA OHNE DEUTSCHLAND | SALDO ZU GRIECHENLAND | SALDO ZUM AUSLAND OHNE EUROPA |
|------|--------------|--------------|------------------------------|-------------------------|----------------------------------|-----------------------|-------------------------------|
| 2004 | -297         | 39           | -191                         | -289                    | -98                              | -115                  | -9                            |
| 2005 | -490         | 69           | -307                         | -458                    | -151                             | -129                  | -31                           |
| 2006 | -444         | 190          | -226                         | -439                    | -213                             | -142                  | -5                            |

Quelle: LDS

Hinsichtlich der Wanderungsmotivation bei den Fortzügen führt Amt 10 seit einiger Zeit eine kontinuierliche Befragung durch, die im weiteren Projektverlauf noch zu berücksichtigen sein wird. Im weiteren Ablauf sollten auch die Altersstruktur und der Stadtbezirksbezug der wan-

dernden Bevölkerung näher untersucht werden. Ferner könnte diese Thematik, wegen der starken Auswirkungen, einen Schwerpunkt hinsichtlich der weiteren Vertiefung der Grundlagenbeschaffung bilden.

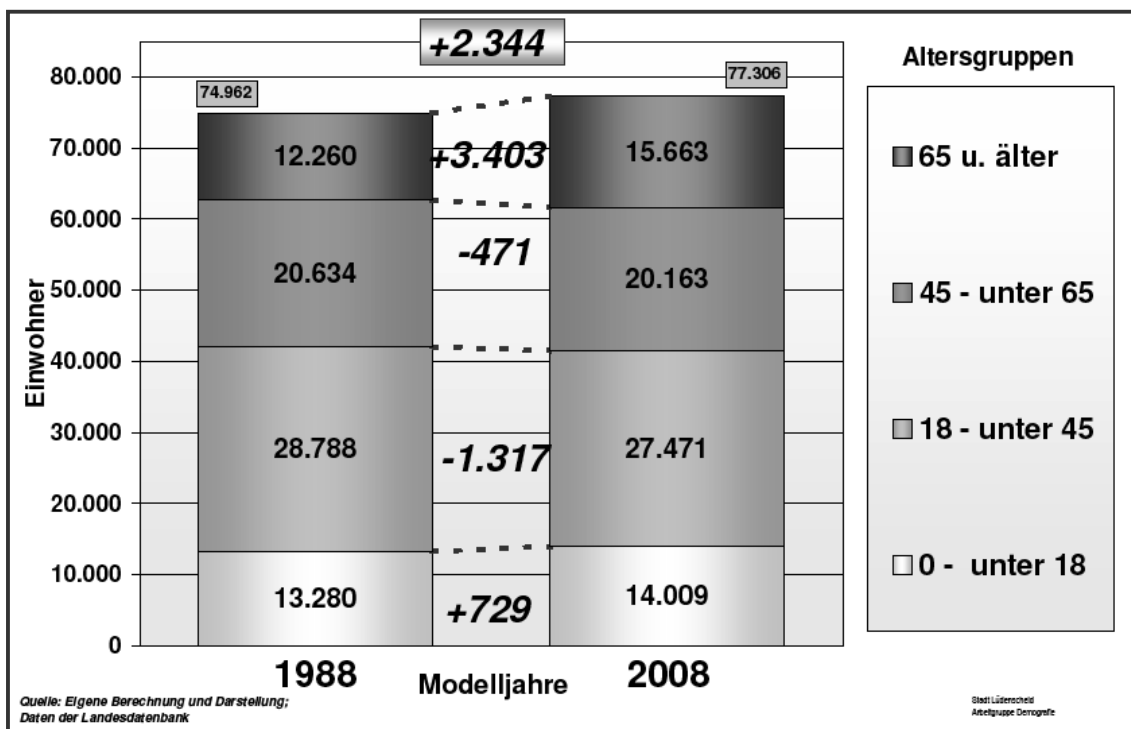
Bezüglich seiner Wirkung auf die weitere Entwicklung der Stadt ist neben der absoluten Zahl der Einwohner entscheidend, wie sich die Altersstruktur verändert. Die folgende Grafik zeigt beispielhaft an einigen markanten Altersgruppen die strukturellen Veränderungen innerhalb des Zeitraumes der letzten 20 Jahre. Somit ergibt sich ein Vergleich zwischen der Bevölkerungsstruktur vor der Zuwanderungswelle, die ab 1989 besonders stark wirkte, und der heutigen Struktur.

Es fällt auf, dass die Altersgruppe „65 und älter“ einen besonders hohen Zuwachs aufweist. Es leben also im Vergleich zu 1988 viel mehr Menschen außerhalb des Erwerbsalters in Lüdenscheid. Diese wachsende Bevölkerungsgruppe ist nicht mehr über einen Arbeitsplatz an Lüdenscheid gebunden, entsprechend freizeitorientiert und frei in der Wohnortwahl.

Im Gegensatz hierzu sind bereits erhebliche Rückgänge in den Gruppen im Bereich des Erwerbsalters sichtbar. Besonders deutlich ist dieser Rückgang in der „jüngeren“ Gruppe „18 bis unter 45“, die auf dem Arbeitsmarkt bevorzugt nachgefragt ist.

Die Gruppe „0 bis unter 18“ ist im Vergleich mit 1988 noch gut besetzt. Im weiteren Projektverlauf sollte diese Gruppe in Bezug auf eine differenziertere Untergliederung der Altersstruktur und hinsichtlich der Stadtbezirksschwerpunkte näher analysiert werden.

### Altersstrukturveränderung 1988 / 2008



Die altersstrukturellen Schwerpunkte haben sich bereits verschoben und zeigen z.B. im Hinblick auf den Fachkräftemangel erste Auswirkungen, entfalten aber noch nicht ihre volle Wirkung. Teilweise zeigen sich sogar positive Wirkungen, wie z.B. in Bezug auf die verringerte Arbeitslosigkeit und die Möglichkeit mehr Menschen der Altergruppe zwischen 45 und 65 in der Erwerbstätigkeit zu halten. Diese Effekte ergeben sich selbst bei schlechterer Konjunkturentwicklung, da die Gruppe der für den Arbeitsmarkt zur Verfügung Stehenden bereits merklich geschrumpft ist und anscheinend noch erheblich weiter schrumpfen wird.

Im Rahmen der politischen Anträge wurde auch gefordert, die Konzepterarbeitung auch auf die neu geschaffene Bezirksstruktur herunterzubrechen. In Bezug auf die Einwohnerdaten kann dies prinzipiell auf Grundlage der Melderegisterdaten der Stadt Lüdenscheid erfolgen.

Diese Daten werden zurzeit bei fachspezifischem Bedarf genutzt und stehen zum allgemeinen Gebrauch in Form von Auswertungstabellen zur Verfügung. In diesem Zusammenhang soll auch die zukünftige allgemeine Datensammlung hinsichtlich einheitlicher Altersgruppenvorgaben optimiert werden, um Querbezüge zu bilden. Die Möglichkeit der Einführung von Indikatoren zur Analyse fachlicher und bezirksbezogener Fragestellungen könnte im Projektverlauf vertieft werden. Die möglichen Kooperationsbüros verfügen über entsprechende Systematiken.

### 2.2. Modellbetrachtung für 2020

Zur Einschätzung der Bandbreite möglicher zukünftiger demografischer Entwicklungen wurden beim LDS Modellberechnungsvarianten in Auftrag gegeben.

Hierbei handelt es sich um Standardberechnungen, die zunächst die aktuellen Trends aus der natürlichen Entwicklung (Geburten- und Sterbefällquoten) aufgreifen und für die Zukunft fortschreiben. Die Wanderungsannahmen werden bei der beauftragenden Kommune abgefragt, da dieser Faktor stark von der konkreten Stadtentwicklungspolitik abhängen kann und in der Regel auch nicht linearen Trends folgt.

Die Modelle sollen den Fachbereichen Anhaltspunkte für den Rahmen der möglichen zukünftigen Entwicklung geben, um die Betroffenheit der einzelnen Handlungsfelder besser einschätzen zu können. Vor diesem Hintergrund können dann erste Handlungseinschätzungen aus allen Fachbereichen zusammengetragen werden, die wiederum die Basis zur Benennung von möglichen Handlungsansätzen bilden.

Ebenso sind die Modelle aber auch notwendig, um eine Abstimmung hinsichtlich möglicher demografischer Handlungsschwerpunkte und Zielsetzungen zu ermöglichen. Auch hierfür ist es erforderlich, einen Einblick in die Bandbreite der möglichen Entwicklung zu erhalten, um die Wahrscheinlichkeit der Zielerreichung bzw. den hiermit verbundenen Handlungsaufwand besser einschätzen zu können.

Die Modelle zielen aber nicht darauf ab, die demografische Situation für 2020 abzubilden, sie dienen lediglich zur Einschätzung der Dynamik der demografischen Entwicklung zum Projektbeginn. Wie die demografische Realität im Jahr 2020 ausgeprägt sein wird, hängt natürlich auch von der Wirkung des Handlungskonzeptes ab, das Bestandteil des weiteren Projektablaufs ist. Während der Abstimmungsprozesse im Projektablauf können auch problemlos modifizierte Modelle eingebracht werden.

Alternativ zu den Standardberechnungen des LDS könnten auch komplexere Modelle verwendet werden, die z.B. auf eine gewünschte Veränderung der Geburtenrate eingehen können. Der Aufwand wäre jedoch erheblich höher, ohne dass im Rahmen des Projektes ein erheblicher Mehrwert an Information zu erwarten wäre. Insbesondere ein Herunterbrechen der Modelle auf die Bezirksebene würde hinsichtlich der notwendig werdenden Annahmen zu den Wanderungsbewegungen höchst spekulative Elemente aufweisen. Die Erarbeitung solcher komplexeren Modelle ist derzeit personell nicht abgedeckt.

Es wurden zwei Varianten bestimmt, die von einem Rückgang der derzeitigen Wanderungsverluste ausgehen. Die erste Variante geht sogar davon aus, dass ab 2016 eine Trendwende in Richtung steigender Zuwanderung möglich sein könnte. In der zweiten Variante sinkt das negative Wanderungssaldo stufenweise bis 2020 auf null. Bei einer dritten Berechnung wur-

de unterstellt, dass bis 2020 linear hohe Wanderungsverluste eintreffen, die sogar noch leicht über den aktuellen negativen Werten liegen. Somit ist, für eine Ersteinschätzung der Ausgangssituation zum Projektbeginn, eine ausreichende Bandbreite der möglichen zukünftigen Entwicklung gegeben.

Die beiden Varianten, die von einer Trendumkehr beim Wanderungsverhalten ausgehen, berücksichtigen folgende Annahmen:

- Aufgrund der Veränderung der Altersstruktur könnte ein erheblicher Bedarf an Zuwanderung von Fachkräften entstehen. Ob diese Wanderung tatsächlich einsetzt, hängt stark von der Attraktivität für eine Zuwanderung (Lohnniveau, Wohnungsangebot, Familienfreundlichkeit, usw.) nach Lüdenscheid ab.
- Die derzeitigen Überschüsse an Einpendlern sind sehr stark ausgeprägt. Insbesondere wegen der steigenden Energiepreise könnte eine Senkung der Pendlerzahlen Zuzüge bewirken.
- Die Wanderungsstruktur weist Ansatzpunkte auf, die durch gezielte Maßnahmen in Hinblick auf Zielgruppen (z.B. Bildungswanderung, Seniorenwanderung, Familienwanderung) zumindest abgemildert werden könnten.

Die Rechenmodelle führen für 2020 zu folgenden abgerundeten absoluten Bevölkerungszahlen:

- **Modell mit Trendumkehr beim Wanderungsverhalten und leicht ansteigenden Wanderungsgewinnen ab 2016:**

**ca. 73.500 Einwohner (Modelrechnung A Anlage 5.3)**

- **Modell mit Trendabschwächung bei den Verlusten aus der Wanderung und einer ab 2020 ausgeglichene Wanderungsbilanz:**

**ca. 72.500 Einwohner (Modelrechnung B / Anlage 5.4)**

- **Modell mit gleichbleibend hohen Wanderungsverlusten, die leicht über den derzeit aktuellen Werten liegen:**

**ca. 68.500 Einwohner (Modelrechnung C / Anlage 5.5)**

In Rahmen aller Modellbetrachtungen verliert Lüdenscheid bis 2020 erheblich an Bevölkerung. Geringere Rückgänge, als in den Modellberechnungen berücksichtigt, wären nur durch erhebliche Steigerungen der Zuzüge und Verringerungen der Fortzüge realisierbar. Dies scheint jedoch derzeit nicht absehbar, ohne dass grundsätzlich neue Rahmenbedingungen - wie z.B. in der Vergangenheit die Wiedervereinigung Deutschlands - Wirkung ausüben.

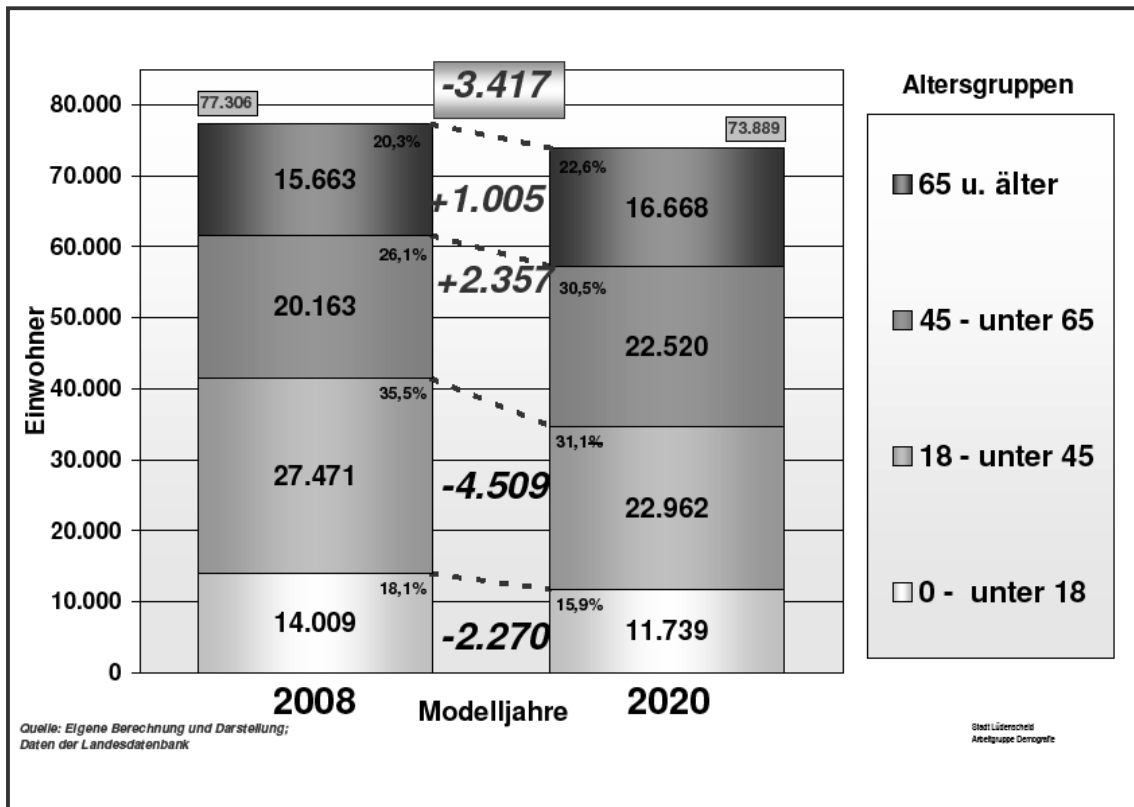
Im Rahmen der Modelle zeigt sich, dass nur eine erhebliche Abschwächung der Wanderungsverluste ein Absinken der Bevölkerungszahl auf unter 70.000 Einwohner im Jahr 2020 verhindern kann. Von der Stärke einer solchen Verringerung wäre abhängig, ob im Jahr 2020 eher 73500 oder 71000 Einwohner in Lüdenscheid leben.

Sehr entscheidend für die zukünftige demografische Situation Lüdenscheids ist natürlich die Veränderung der Altersstruktur zwischen 2008 und 2020. Diese Veränderung wird beispielhaft anhand der Ergebnisse für die Modelvariante A dargestellt.

Auffallend sind zunächst die erheblichen absoluten aber auch strukturellen Verluste der beiden unteren Altersgruppen, „0 bis unter 18“ und „18 bis unter 45“. Bei der Gruppe „0 bis un-

ter 18“ entsteht zwischen 2008 und 2020 ein Rückgang von 2.270 Personen. Auch in Bezug auf die insgesamt sinkende Bevölkerungszahl verliert die Altersgruppe an Bedeutung und sinkt von 18,1% auf 15,9%. Noch ausgeprägter ist der strukturelle Rückgang bei der Gruppe „18 bis unter 45“ von 35,5% auf 31,1%. Der absolute Verlust ist hier mit rund 4.500 Personen sehr deutlich ausgeprägt. Da diese Bevölkerungsgruppe besonders stark auf dem Arbeitsmarkt nachgefragt wird, ist eine solche Veränderung für Lüdenscheid als Arbeitsmarktschwerpunkt bedeutsam.

### Veränderung der Altersstruktur zwischen 2008 und 2020



Die Verluste in der Gruppe „18 bis unter 45“ relativieren sich nur teilweise durch die Verschiebung in die Gruppe „45 bis unter 65“. In der Gesamtstruktur steigt der Gruppenanteil von 26,1% auf 30,5%. Diese Verlagerung bedeutet eine erhebliche Verschiebung des Schwerpunktes der Altersstruktur in den Gruppen der Erwerbstätigen.

Weiter ansteigend ist die Gruppe „65 und älter“. Trotz Bevölkerungsrückgängen wächst die Gruppe erwartungsgemäß kontinuierlich. Somit steigt der Anteil der Bevölkerung, die nicht mehr durch Erwerbstätigkeit an Lüdenscheid gebunden ist.

Selbst bei einer Trendumkehr hinsichtlich der unausgeglichene Wanderungsbilanz, wie sie für die Modellvariante A angenommen wurde, kommt es zu beachtlichen Verschiebungen innerhalb der Altersstruktur. Diese Grundaussage bestimmt das Bild aller Modellrechnungen. In Variante B und C verstärkt sich besonders der Effekt der Rückgänge in den beiden jüngeren Gruppen.

### 3. Ergebnisse aus der Befragung der Fachbereiche

#### 3.1. Wirtschaft und Arbeit

##### Grundanalyse und demografische Reflexion

Die Wirtschaftsstruktur der Stadt Lüdenscheid ist nach wie vor durch kleine und mittlere in der Regel mittelständisch organisierte Industriebetriebe geprägt. Der produzierende Sektor ist mit rund 50 Prozent der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten der wesentliche wirtschaftliche Faktor der Stadt. Innerhalb der Unternehmen hat der Anteil der Dienstleistungstätigkeiten jedoch deutlich zugenommen. Aber auch die Struktur der Tätigkeiten in den Unternehmen hat sich gewandelt. Einfache Anlern Tätigkeiten verlieren an Bedeutung, die Nachfrage nach qualifizierten Fachkräften hingegen wächst.

##### Entwicklung von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

Lüdenscheid hatte in der Sonderkonjunktur nach der deutschen Wiedervereinigung nahezu 40.000 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (SvB). In der 2. Hälfte der 90er Jahre fiel die Zahl der SvB auf 36.000. Mit dem Boom der New Economy Anfang dieses Jahrtausend stieg die Zahl der SvB wieder kurzzeitig auf über 37.000, um in der dann folgenden Abschwungphase auf unter 35.000 zu fallen. Seit 2006 ist wieder ein leichter Anstieg auf nahezu 35.000 SvB zu beobachten. Aktuelle Zahlen für 2008 liegen noch nicht vor, es ist jedoch davon auszugehen, dass seit Mitte 2007 ein weiterer Arbeitsplatzaufbau stattgefunden hat, zumal wenn man die aktuelle Entwicklung der Arbeitslosenzahlen gegenüberstellt. Während die Zahl der SvB im Bereich der sonstigen Dienstleistungen bis 2002 leicht anstieg und seitdem nahezu gleich geblieben ist, fand der Rückgang der Beschäftigten vor allem im produzierenden Gewerbe und beim Handel, Gastgewerbe und Verkehr statt.

Spiegelbildlich zur Beschäftigtenentwicklung ging die Arbeitslosigkeit in der Stadt Lüdenscheid Ende der 90er Jahre zurück, um in 2001 knapp unter 3.000 zu fallen. Anschließend stieg sie dann im Abschwung jedoch auf über 4.500 Arbeitslose, während seit 2006 ein deutlicher Rückgang zu beobachten ist, der die Arbeitslosenzahl seit Mitte 2007 wieder unter 3.000 fallen ließ. Die Arbeitslosenquote ist damit unter 7 % gefallen. Die Struktur der Arbeitslosigkeit unterteilt nach Geschlecht, Nationalität und Alter entwickelte sich weitgehend parallel zur Gesamtarbeitslosigkeit. Auffällig ist jedoch der kontinuierliche Rückgang bei den über 55 jährigen Arbeitslosen, was vermutlich auf Vorruhestandsregelungen zurückzuführen ist. Erfreulich ist der deutliche Rückgang bei den Langzeitarbeitslosen von rd. 1.800 Personen in 2006 auf unter 1.000 in 2008.

Die Zahl der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten scheint sich auf eine Größenordnung um 35.000 einzupendeln. Dies entspricht der Annahme, die bei der Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes zugrunde gelegt wird. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit ist in der aktuellen Aufschwungphase deutlich stärker als der Anstieg bei der Beschäftigung. Hier macht sich möglicherweise bereits der Rückgang der Bevölkerung bemerkbar.

Schon jetzt haben einige Unternehmen große Probleme, geeignete Fachkräfte zu finden. Dies wird sich mit einem Bevölkerungsrückgang noch verschärfen, wobei sich die Folgen für die verschiedenen Wirtschaftsbereiche und Branchen unterschiedlich stark auswirken werden. Aufgrund des hohen Standortwettbewerbs wird die Akquisition von gut ausgebildeten Fachkräften von außerhalb in die Region zunehmend schwierig. Dies hat bereits zur Folge, dass sich die Unternehmen wieder stärker auf Aus- und Weiterbildung eigener Fachkräfte konzentrieren. Das vorhandene Potenzial muss stärker genutzt werden. Dazu gehören eine bessere Eingliederung von jungen Menschen in den Arbeitsmarkt, eine verstärkte Integration von Ausländern in den Arbeitsmarkt und eine Erhöhung des Anteils der älteren Arbeitnehmer an den Beschäftigten. Die aufgezeigte Entwicklung würde sich in einer allgemein erwarteten wirtschaftlichen Abschwungphase abschwächen. Darüber hinaus muss berücksichtigt wer-

den, dass es sich um einen regionalen Arbeitsmarkt mit ausgeprägten Pendlerbeziehungen handelt.

### **Ausbildungsplatzentwicklung**

Bis zum August dieses Jahres wurden im Bereich der Geschäftsstelle Lüdenscheid der Arbeitsagentur Iserlohn 737 Berufsausbildungsstellen gemeldet und 851 Bewerber aufgeführt. Während die Zahl der Stellen um 46 oder 6,7 % gegenüber 2007 zugenommen hatte, nahm die Anzahl der Bewerber um 62 oder 6,8 % ab. Zu diesem Zeitpunkt standen in Lüdenscheid 137 unversorgten Bewerbern (-24 oder -14,9 % im Vergleich zu 2007) noch 76 unbesetzte Stellen (+1 oder +1,3 % im Vergleich zu 2007) gegenüber.

Schon jetzt haben eine Anzahl von Unternehmen Schwierigkeiten, geeignete Bewerber für ihre Ausbildungsstellen zu finden. Dieses Problem wird sich zukünftig verschärfen. Die geringere Grundzahl an Bewerbern wird jedoch nicht zwangsläufig zu einer vollständigen Versorgung insbesondere auch der Altbewerber führen, da die Ausbildungsfähigkeit ein limitierender Faktor ist. Die Anforderungen in den Berufen werden komplexer und damit steigen die Erwartungen an die Qualität der Bewerber. Vor allem die strukturprägende Lüdenscheider Industrie wird zunehmend Probleme bekommen geeignete Fachkräfte auf dem Arbeitsmarkt zu finden und daher, wie oben dargestellt, wieder stärker auf die Eigenausbildung setzen.

### **Entwicklung von Angebot und Nachfrage an Gewerbeflächen**

In den 90er Jahren verzeichnete die Stadt Lüdenscheid eine starke Nachfrage nach Gewerbeflächen. Nachdem die Gewerbegebiete Freisenberg und Römerweg in den frühen 90er Jahren besiedelt waren, zeichnete sich ein deutlicher Engpass in der Flächenverfügbarkeit ab. Abhilfe wurde durch die Konversion der Kasernenanlagen Buckesfeld und Baukloh Ende der 90er Jahre geschaffen. Praktisch parallel wurden die Industrie- und Gewerbegebiete Timberg und Wibscha entwickelt, die dann nach der Jahrtausendwende zur Vermarktung bereitstanden. Dann schloss sich der Märkische Gewerbepark Rosmart als interkommunales Gewerbegebiet an.

In den Jahren 1997 bis 2002 wurden einschließlich Buckesfeld und Baukloh im Jahresdurchschnitt rd. 6,3 ha Industrie- und Gewerbeflächen verkauft. In den folgenden drei Jahren konnte hingegen praktisch kein Quadratmeter Fläche an Unternehmen veräußert werden. Erst 2006 konnten wieder Erweiterungsflächen am Freisenberg und eine erste Fläche im neuen Industrie- und Gewerbegebiet Wibscha mit zusammen rd. 4,3 ha verkauft werden. 2007 wurden rd. 4,9 ha im neuen Gebiet Heedfeld-Süd verkauft, wobei es sich teilweise um eine Optionsfläche (1,6 ha) für eine mittelfristige Betriebsverlagerung handelt.

Ohne Berücksichtigung des Märkischen Gewerbeparkes Rosmart hält die Stadt zur Zeit ca. 8 ha gewerblicher Baufläche im Gewerbegebiet Wibscha und ca. 3 ha im Gewerbegebiet Timberg vor. Im Gewerbegebiet Heedfeld-Süd sind noch ca. 1,7 ha verfügbar.

Der Rückgang der Bevölkerung bedingt nicht einen Rückgang der Gewerbeflächennachfrage. Der durchschnittliche Gewerbeflächenbedarf pro Arbeitnehmer hat durch die zunehmende Automatisierung in den letzten Jahren erheblich zugenommen. Nur kapitalintensive Produktion rechnet sich im globalen Wettbewerb am Standort Deutschland. Nach aller Erfahrung ist die Gewerbeflächennachfrage im wesentlichen von der konjunkturellen Entwicklung und insbesondere den Zukunftserwartungen der Unternehmen abhängig. Lediglich fehlende Fachkräfte könnten ein limitierender Faktor für die Entwicklung der Unternehmen sein. Durch die bereits angesprochenen starken Pendlerbeziehungen mit dem Umland sind Ableitungen von der Wohn- auf die Arbeitsbevölkerung nur begrenzt möglich.

### **Brachflächen und Leerstände**

Bei einer letzten Überprüfung von gewerblichen und industriellen (ohne Einzelhandelsflächen) Brachflächen in Lüdenscheid im Januar diesen Jahres, wurden knapp über 20 leerstehende Immobilien ermittelt. Inzwischen ist ein Teil dieser Immobilien bereits wieder in Nutzung bzw. wird in absehbarer Zeit einer Nutzung zugeführt. Aufgrund der sehr guten Geschäftslage der letzten Jahre haben einige Firmen ihre Geschäftsflächen ausgeweitet. Doch zunächst wurde in der Regel versucht, die Nutzflächen am bestehenden Standort zu vergrößern oder eine gebrauchte Immobilie zu erwerben bzw. anzumieten. Andere Brachflächen wurden in Einzelhandelsflächen und Wohnflächen umgewandelt.

Dass andere Immobilien nun zum Teil schon seit Jahren leer stehen, hat ganz unterschiedliche Gründe und muss im Einzelfall betrachtet werden. So weisen industriell genutzte Grundstücke und Gebäude häufig Altlasten auf, die eine Wiedernutzung aufwendig und teuer machen. In Gemengelagen sind bestimmte Nutzungen nicht verträglich. Zudem sind die Gewerbebauten oftmals sukzessive über Jahrzehnte erweitert worden und die Räumlichkeiten entsprechen heute nicht mehr den Anforderungen an moderne Produktionsabläufe. Häufig verhindern allerdings auch überzogene Preisvorstellungen auf der Eigentümerseite eine Wiedernutzung von Immobilien. Die öffentliche Hand hat hier nur geringe Einflussmöglichkeiten. In der Regel wird versucht, so auch in Lüdenscheid, mithilfe einer Datenbank Angebot und Nachfrage zusammenzuführen.

Ein Einfluss der Bevölkerungsentwicklung auf den Bestand an gewerblichen und industriellen Brachen wird nicht gesehen. Hier sind vielmehr die oben genannten Faktoren von Bedeutung und die Aussagen, die zur Gewerbeflächennachfrage gemacht wurden. Lediglich bei der Umnutzung von Industrie- und Gewerbebrachen in Wohnbebauung könnte der Bevölkerungsrückgang dämpfend wirken, andererseits zeigen die Entwicklungen an der Gartenstraße, dass innenstadtnahe Brachen gerne für altersgerechtes Wohnen genutzt werden.

Das Büro Junker und Kruse führt in seinem Konzept zum Leerstandsmanagement vom Februar 2006 30 Leerstände in der weiteren Lüdenscheider Innenstadt auf. Eine Aktualisierung liegt aufgrund der großen Fluktuation nicht vor. Es lassen sich dennoch einige Entwicklungen aufzeigen. Mit der Wiedernutzung der ehemaligen P&C Immobilie und der absehbaren Wiedernutzung des ehemaligen Kaufhallen Gebäudes wären die beiden strukturbildenden Leerstände in der Innenstadt beseitigt. Abgesehen von Flächen im Forum sind keine weiteren Leerstände in der näheren Innenstadt bekannt. Auch in der vorderen Knapper Straße haben Leerstände Nachnutzer gefunden. Diese rein quantitative Betrachtung sagt jedoch nichts über die Qualität der Nutzungen und damit des Einzelhandelsangebots in der Stadt aus. Für die Erweiterung des Stern-Centers und die Einzelhandelsflächen im Neubau am Sternplatz wurden ebenfalls Mieter gefunden. Größere Probleme mit leerstehenden, ehemaligen Einzelhandelsflächen bestehen in der Altstadt, der Oberstadt und der hinteren Knapper Straße. Die Verschiebungen in der Alterspyramide müssten Auswirkungen auf das Einzelhandelsangebot in der Stadt haben. Gemäß dem ökonomischen Leitsatz, dass sich jede Nachfrage auch ein Angebot schafft, müsste sich der Einzelhandel zukünftig stärker auf ältere Bevölkerungsgruppen konzentrieren. Die Konzentration der Einzelhandelflächen in der Lüdenscheider Innenstadt ist für ältere, weniger mobile Bevölkerungsgruppen sicherlich von Vorteil.

### **Fachbereichsbezug zum Handlungsfeld / Kommunale Steuerungsmöglichkeiten**

Unabhängig von der demografischen Entwicklung ist es das Ziel des Amtes für Wirtschaftsförderung, Projektsteuerung und Liegenschaften, möglichst gute Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche Entwicklung des Standortes Lüdenscheid zu schaffen. Dazu gehört die Bereitstellung von geeigneten Industrie- und Gewerbeflächen, die Unternehmensbetreuung, die Entwicklung städtebaulich und wirtschaftlich bedeutsamer Projekte sowie eine Vielzahl weiterer Tätigkeiten.

Es ist davon auszugehen, dass das produzierende und verarbeitende Gewerbe Schwerpunkt der wirtschaftsstrukturellen Entwicklung in Lüdenscheid und dem Umland bleiben wird. Daher muss auch zukünftig die Bereitstellung von ausreichenden, den unterschiedlichen Anfor-

derungen entsprechenden, Industrie- und Gewerbegrundstücken ein Schwerpunkt der Anstrengungen bleiben, um zum einen eine Abwanderung von heimischen Firmen zu verhindern und zum anderen auch Möglichkeiten für eine sinnvolle Ergänzung der Wirtschaftsstruktur zu bieten. Dabei gewinnt die Entwicklung von interkommunalen Gewerbegebieten weiter an Bedeutung.

### **Bezug zu externen Stellen und Beteiligungsnotwendigkeiten**

Die demografische Entwicklung wird zurzeit auf vielen Ebenen diskutiert. Die Wirtschaftsförderungen der Kreise, der Märkische Kreis selber, die Südwestfälische Industrie- und Handelskammer (SIHK) und die Kreishandwerkerschaft führen eine ganze Reihe von Veranstaltungen und Projekten zu der Thematik durch. Die Regionalagentur agentur mark, Hagen, ist dabei, ein Netzwerk der Akteure aufzubauen und die Vielzahl der Angebote transparenter zu machen. Untersuchungen auf regionaler und kommunaler Ebene haben an vielen Orten bereits stattgefunden. Es sollte daher geprüft werden, ob es in der Region nicht bereits bestehende Handlungsansätze gibt, an denen sich Lüdenscheid beteiligen kann bzw. die auf die Stadt übertragen werden können.

### **Erste Handlungseinschätzungen**

Der sich verschärfende Engpass bei qualifizierten Fachkräften in Teilen des verarbeitenden und produzierenden Gewerbes ist ein neues Themenfeld, das jedoch nicht auf die kommunale Ebene beschränkt ist, sondern im regionalen Kontext angegangen werden muss. Hier ist die Bildung der Region Südwestfalen ein guter Rahmen, der Entwicklung entgegen zu steuern. So wird im neuformierten Maschinenbaunetzwerk, in dem sich die Wirtschaftsförderung bereits engagiert, diese Thematik zurzeit mit den beteiligten Unternehmen diskutiert.

Da trotz dieser Bemühungen die Akquisition von Fachkräften über den Arbeitsmarkt, wie oben bereits dargestellt, schwieriger werden wird, wird die Verbesserung der Ausbildungsfähigkeit der Absolventen Lüdenscheider Schulen zukünftig stärker in den Fokus rücken. Mit Tätigkeiten wie der Technikvermittlung im Vor- und Grundschulbereich, dem Projekt „Paten für Ausbildung“ und der Ehrung für die besten Auszubildenden, versucht die Stabsstelle Wirtschaft / Arbeitsmarkt, den Nachwuchs für die technischen Berufe zu motivieren, die Hauptschüler beim Übergang von der Schule in den Beruf zu unterstützen und gute Leistungen in der Ausbildung besonders zu würdigen. Auch von Seiten des Arbeitgeberverbandes der Metall- und Elektroindustrie AGV, der SIHK, der Kreishandwerkerschaften und der Arbeitsagentur sowie der Schulen selber gibt es bereits eine Reihe von Maßnahmen und Projekten, um möglichst vielen jungen Menschen den Weg in eine fundierte Ausbildung zu ermöglichen.

### 3.2 Kinder, Jugend und Familie

#### Grundanalyse und demografische Reflexion

##### Umgang mit dem Thema Demografie in den einzelnen Fachbereichen

Von großer Bedeutung ist an dieser Stelle die Aussage, dass die demografische Entwicklung zunächst zwar Hinweise geben kann, wie sich eine Adressatengruppe in den nächsten Jahren quantitativ verändert. Dies allein reicht jedoch für Planungsprozesse der Kinder- und Jugendhilfe nicht aus.

Im Rahmen der Jugendhilfeplanung, einer Pflichtaufgabe gem. § 80 Sozialgesetzbuch (SGB) VIII, ist der Dreischritt von Bestandsfeststellung, Bedarfsermittlung und Maßnahmeplanung festgeschrieben. Im Rahmen der regelmäßigen Fortschreibungen bestimmter Pläne wie „Betreuungen und Förderung für Kinder“, „Jugendförderplan“, „Hilfen zur Erziehung“, „Erziehungsberatung“ werden in kurzen Abständen die neuesten demografischen Daten in Verbindung mit den vorhandenen Platzangeboten aufbereitet und mit den Bedarfen der Familien abgeglichen beispielsweise in Form von Eltern- und Schülerbefragungen, Jugendhearings, Workshops oder Projekten.

Die Grundlagendaten zur Betreuungssituation von Kindern mit den Angeboten für Jugendliche, Beratung und Unterstützung von Familien und einer Auflistung der Einrichtungen stehen aktualisiert bei der Jugendhilfeplanung zur Verfügung.

##### Datenerhebung

Die Jugendhilfeplanung bekommt den Zugriff der Bevölkerungsdaten bezogen auf die Stadt Lüdenscheid in erster Linie direkt von der KDZ Iserlohn (Abzug = jeweils zum 30.06. und 31.12.), ferner vom hiesigen Bürgeramt sowie vom Landes- als auch Bundesamt für Statistik und aus Studien (Bertelsmannstiftung, Landesjugendamt, Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik (AKJ) Dortmund ...).

Die Stadt Lüdenscheid verfügt über keine abgeschlossene statistische Stelle, sodass bestimmte Daten z.B. von der Arge oder bezüglich des Migrationshintergrundes von Bürgerinnen und Bürgern stadtteilbezogen nicht zu bekommen sind.

Gemäß Beschluss des Verwaltungsvorstandes aus dem Jahr 2007 werden sämtliche verfügbare Daten ab Januar 2008 den 16 neu zugeschnittenen Sozialräumen / Bezirken zugeordnet und dienen zur Bestands- und Bedarfsermittlung gesamtstädtisch sowie stadtteilbezogen jugendhilfeplanerischen Aufgaben.

##### Auswirkungen der Bevölkerungsentwicklung

Mit den Auswirkungen der Bevölkerungsentwicklung auf einige Arbeitsfelder der Kinder- und Jugendhilfe bis zum Jahr 2015 in Westfalen-Lippe beschäftigte sich eine Studie der Dortmunder Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik (akj-stat) – Forschungsverbund Deutsches Jugendinstitut / Universität Dortmund, veröffentlicht im April 2007. Für die Weiterentwicklung eines Demografiekonzeptes vor Ort werden wichtige Prognosen und Einschätzungen gegeben, die zu berücksichtigen sind.

Hier ein kleiner Auszug:

##### Kindertagespflege und Kindertageseinrichtungen:

Der Analyse der Auswirkungen der Bevölkerungsvorausberechnung für das Arbeitsfeld der Kindertageseinrichtungen kommt eine besondere Bedeutung zu: Dieser Bereich stellt das mit Abstand größte Arbeitsfeld innerhalb der Kinder- und Jugendhilfe dar. Aufgrund des Rechtsanspruchs auf Erziehung, Bildung, Betreuung und Versorgung in Kindertageseinrichtungen für Kinder ab einem Alter von 3 Jahren bis zum Schulalter und der sich daraus ergebenden

hohen Versorgungsquote haben schon kleinere Veränderungen der relevanten Altersgruppen Auswirkungen auf den Platz- bzw. Betreuungsbedarf.

Abgesehen davon, welche Versorgungsquote eine Region für Kinder im Kindergartenalter anstrebt bzw. beibehalten will und vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung auf die nächsten Jahre für die Bedarfsplanung projiziert, ist für derartige Berechnungen und Abschätzungen nun zu beachten, dass durch das neue Schulgesetz in Nordrhein-Westfalen, das mit Beginn des Schuljahres 2006/2007 in Kraft getreten ist, der Stichtag für das Einschulungsalter beginnend mit dem Schuljahr 2007/2008 schrittweise vom 30. Juni auf den 31. Dezember verlegt wird.

Für die Arbeit mit der Bevölkerungsvorausberechnung bzw. mit dem Bevölkerungsbestand für Bedarfsplanungen im Arbeitsfeld der Kindertageseinrichtungen, bei denen Versorgungsquoten weiter fortgeschrieben oder auch modifiziert werden, hat dies zur Konsequenz, dass mittelfristig nicht weiterhin die 3 bis unter 6,5-jährigen und damit 3,5 Jahrgänge als Referenzgröße in den Modellberechnungen berücksichtigt werden können, sondern für die kommenden Jahre je nach Verschiebung des Einschulungsalters unterschiedliche Alterskohorten berücksichtigt werden müssen. Das bedeutet, dass die verwendete Referenzgröße der Kinder im Kindergartenalter für Berechnungen der Versorgungsquoten und damit des Platz- und Personalbedarfs von bislang 3,5 Jahrgängen in den nächsten Jahren auf 3 Jahrgänge sinkt. Für die Planungen der Betreuungsangebote für Kinder unter 3 Jahren greift man im Zuge von Ausbauszenarien auch auf die demografische Entwicklung zurück. In der regionalen Perspektive der Kreise und kreisfreien Städte in Westfalen-Lippe lässt sich für unter 3-jährige Kinder in allen Regionen ein Rückgang ausmachen.

### **Kinder- und Jugendförderung**

Die Altersgruppe der Adressantinnen und Adressanten des Arbeitsfeldes Jugendarbeit reicht von Kindern über Jugendliche bis hin zu den jungen Erwachsenen. Für die einzelnen Bevölkerungsgruppen werden im Rahmen der Vorausberechnung unterschiedliche Entwicklungen erwartet. Im Rahmen der Kinder- und Jugendarbeit muss zunächst berücksichtigt werden, dass sich in der Praxis eine Adressatenerweiterung hin zu einer jüngeren Klientel zeigt. Dementsprechend bietet es sich an, auch die Entwicklung der Bevölkerungszahlen in der Altersgruppe der 6- bis unter 10-Jährigen zu betrachten. Für diese Alterskohorte weist die Bevölkerungsprognose eine deutlich rückläufige Entwicklung von ca. -21% aus. Für die Kinder im Alter von 10 bis unter 14 Jahren liegt die Entwicklung ähnlich, wenngleich sie etwas zeitverzögert eintrifft. Zwischen 2005 und 2008 gehen die Adressatenzahlen in dieser Altersgruppe zunächst um rund 5% bzw. bis 2011 um rund 9% zurück, bevor die Zahl der 10- bis unter 14-Jährigen 2015 nur noch bei rund 80% des Ausgangswertes von 2005 liegt. Die Bevölkerungsgruppen der 14- bis unter 18- sowie der 18- bis unter 21-Jährigen stellen die zentralen Altersgruppen der Jugendarbeit dar. Die erstgenannte Gruppe wird sich kurzfristig zunächst nicht stark verändern, da der Rückgang hier zeitverzögert erst im Jahr 2008 allmählich beginnt. Mittelfristig zeigt sich eine Verminderung der Bevölkerungszahl in dieser Altersgruppe zwischen 2005 und 2015 um 13%. Für die Zahl der jungen Volljährigen von 18 bis unter 21 Jahren wird ein anderer Trend erwartet. Hier geht die Bevölkerungsvorausberechnung davon aus, dass die Adressatenzahl in den nächsten Jahren zunächst noch ansteigt, dies entspricht einem Plus von 8%. Ab 2009 setzt dann auch in dieser Altersgruppe der Rückgang der Bevölkerung ein.

Fest steht also, dass im Gegensatz zur Entwicklung in den letzten Jahren nun ein anderer Trend in der Entwicklung der Adressatenzahlen der Kinder- und Jugendarbeit deutlich wird: Die rückläufigen Kinderzahlen erreichen nun auch die jugendlichen Altersgruppen. Daher lassen sich zukünftig auch quantitative Verluste bei den Kindern nicht mehr durch die Entwicklung bei den Jugendlichen ausgleichen. Denkt man über Auswirkungen auf das Arbeitsfeld der Kinder- und Jugendarbeit im Zusammenhang mit der Bevölkerungsentwicklung nach, können hinsichtlich der Veränderungen von benötigten Personalressourcen und der Einrichtungsstruktur in diesem Arbeitsfeld keine konkreten Aussagen erfolgen, wie für es das

Arbeitsfeld der Kindertageseinrichtungen mittels vorgegebener Platz- und Personalquoten möglich ist. Denn für die Kinder- und Jugendarbeit existieren diese verbindlichen Personal-Jugendlichen-Quoten nicht, entsprechende Statusquoberechnungen können hier nur Hinweise auf Entwicklungstendenzen geben.

Ein Rückgang der Kinder- und Jugendlichenzahlen zieht daher nicht zwangsläufig einen Rückgang des Personals nach sich. Denn neben der rein quantitativen Bevölkerungsentwicklung ist für die Planungen zum einen ebenso von Bedeutung, welche Veränderungen sich in den nächsten Jahren regionalspezifisch hinsichtlich der Bevölkerungsstruktur der für dieses Arbeitsfeld relevanten Altersgruppen zeigen. Hierzu zählt zum Beispiel für die Art der Angebote im Sinne einer Zielgruppenorientierung, wie sich der Anteil der Jugendlichen mit Migrationshintergrund regional verändert. Zum anderen sind Wandlungen mit Blick auf regionale Einflussfaktoren zu beachten, wie eine stärkere Belastung sozioökonomischer Lebenslagen: Beispielsweise muss in Stadtteilen mit einer hohen Arbeitslosen- und Sozialhilfequote zusätzlich berücksichtigt werden, dass Familien nicht viel Geld für kommerzielle Freizeitaktivitäten zur Verfügung haben und die Kinder und Jugendlichen aus ökonomisch schlechter gestellten Familien verstärkt auf Angebote der örtlichen Kinder- und Jugendarbeit zurückgreifen müssen. Inwieweit durch den Rückgang der Adressatenzahlen in der Jugendarbeit auch ein geringerer Finanzierungsbedarf entsteht, kann über die Quotierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter pro Jugendliche/m, also einer Personal-Jugendlichen-Quote, aufgrund der oben genannten Schwierigkeiten sinnvollerweise daher nicht erfolgen.

### **Familienhilfe / Hilfen zur Erziehung (HzE)**

Für die Hilfen zur Erziehung hingegen haben die Ergebnisse der Bevölkerungsvorausberechnung als Basis für eine Vorausschätzung eine sehr viel geringere Bedeutung. Der demografische Faktor ist hier eine zu beachtende Hintergrundvariable – nicht mehr, aber auch nicht weniger. So hat nicht zuletzt der 11. Kinder- und Jugendbericht festgestellt, dass im Rahmen aller fachlichen Einschätzungen der Bedarf an Hilfen zur Erziehung in einem viel stärkeren Maße im Zusammenhang mit der Entwicklung sozialstruktureller Belastungsfaktoren zu sehen ist. Doch auch diese reichen nicht aus, die Höhe der Inanspruchnahme von erzieherischen Hilfen zu erklären. Hinzu kommen zu den jugendamtsspezifische Wahrnehmungs-, Definitions- und Entscheidungsprozesse auch die politischfiskalische Einflussnahme, unter denen Jugendämter ihre Aufgaben erledigen, Wechselwirkungen zwischen stationären und nichtstationären Hilfen und nicht zuletzt Veränderungen in den Rechtsgrundlagen der Kinder- und Jugendhilfeleistungen als weitere Einflussfaktoren.

Die Zahl der Hilfen zur Erziehung für junge Menschen ist also kein eindimensional erklärbares Phänomen, das allein von der Bevölkerungsentwicklung abhängt. Dennoch ist der Faktor demografische Entwicklung von den unterschiedlichen Einflussfaktoren derjenige, der möglicherweise nicht am stärksten wirkt, sich aber vergleichsweise verlässlich bestimmen lässt. Bei einer Betrachtung der erwarteten Bevölkerungsentwicklung der im Rahmen der erzieherischen Hilfen relevanten Altersgruppen bietet die Analyse Informationen darüber an, wie sich die Grundgesamtheit voraussichtlich zukünftig entwickeln und welche Auswirkungen dies auf die Inanspruchnahme von Hilfen zur Erziehung haben wird. Die sich mit der aktuellen Bevölkerungsvorausberechnung für die Region Westfalen-Lippe abzeichnenden Trends in den einzelnen Altersgruppen stellen sich so dar, dass sich der seit einigen Jahren zu beobachtende Rückgang bei den jüngeren Kindern in den nächsten Jahren weiter fortsetzen wird.

Auch die Entwicklung der rechtlichen Rahmenbedingungen und deren Auswirkungen auf die Praxis der Kinder- und Jugendhilfe sind kaum abzuschätzen. Selbst die Auswirkungen der jüngsten Novellierung mit dem § 8a SGB VIII vom Herbst 2005 sind in ihren Folgen noch kaum vorauszusehen. So scheint es durchaus möglich, dass die Festschreibung des Schutzauftrages bei Kindeswohlgefährdung und die Aufforderung, den Personensorgeberechtigten Hilfen anzubieten und bei ihnen auf eine entsprechende Inanspruchnahme hinzu-

wirken, in den nächsten Jahren die Fallzahlen der Hilfen zur Erziehung und damit auch der Heimerziehung ansteigen lassen werden.

### Jugendhilfeplanung

Im Rahmen der örtlichen Jugendhilfeplanung scheint es notwendig, ein Zukunftsszenario zu entwickeln, wie die Jugendhilfe in den nächsten Jahren aufgestellt werden soll, um den Bedarf entsprechend den Gegebenheiten vor Ort zu bestimmen. Grundsätzlich ist in diesem Zusammenhang auch eine Abstimmung über Grundversorgungsstandards in der Kinder- und Jugendarbeit und die an dieses Arbeitsfeld gestellten, sich möglicherweise verändernden Anforderungen notwendig, wie z.B. die Angebotsvielfalt. Hierzu zählt auch, wie und in welchem Umfang sich die Kinder- und Jugendarbeit in den Ausbau der offenen Ganztagschule einbringen kann, für die sie einen wichtigen Kooperationspartner darstellt. Ebenso weisen die Ergebnisse des Modellprojekts „Jugendhilfe 2010“ darauf hin, dass sich die Kinder- und Jugendarbeit vor dem Hintergrund der Verschärfung der Arbeitsmarkt und Ausbildungssituation verstärkt um die Entwicklung von Konzepten von Hilfestellungen bemühen sollte, um den Übergang von der Schule in den Beruf zu erleichtern.

In die Überlegungen zur Zukunftsfähigkeit der Kinder- und Jugendarbeit sollten ebenso Aspekte der Niedrigschwelligkeit des Angebotes und damit verbunden auch Vorstellungen über die Größe eines bestimmten Einzugsgebietes einfließen. Neben der Bevölkerungsentwicklung existieren eine Reihe anderer Faktoren, die sich z.B. auf die Inanspruchnahme von Maßnahmen der Jugendsozialarbeit auswirken. Da Jugendsozialarbeit auf schul- und berufsbezogene Problemsituationen von jungen Menschen reagiert, können folgende Indikatoren für den Bedarf von Jugendsozialarbeit angesehen werden: Entwicklung der Jugendarbeitslosigkeit, Anzahl der Ausbildungsabbrecherinnen und Ausbildungsabbrecher, Anzahl der jungen Menschen ohne Schulausbildung, Anzahl der Schulverweigerer bzw. Schulmüden.

Eine Abschätzung der zukünftigen Bedarfe an Einrichtungen und Personal für die Jugendsozialarbeit alleine auf der Basis der zukünftigen Bevölkerungsentwicklung kann nicht zu realistischen Planungsgrößen kommen. Im Arbeitsfeld der Jugendsozialarbeit kommt es u.a. erheblich darauf an, welche Chancen der regionale Ausbildungsmarkt den jungen Menschen bietet. Die Analysen der kommunalen Jugendhilfeplanerinnen und Jugendhilfeplaner müssen insbesondere in diese Richtung gehen.

Bisher wurde die demografiebasierte Jugendhilfeplanung eher in den eigenen Bereichsgrenzen gesehen. Allerdings spricht vieles dafür, dass wenn gute lokale Analysen über die Entwicklung der Kinder- und Jugendhilfe vorliegen, diese dann auch in einen gesamtkommunalen Diskurs der Zukunftsfähigkeit der eigenen Kommune einzubringen bzw. einen entsprechenden Diskurs anzuregen.

## **Fachbereichsbezug zum Handlungsfeld / Kommunale Steuerungsmöglichkeiten**

### Anforderungen des demografischen Wandels an die Jugendhilfe

Gemäß einer Expertise der Firma GEBIT in Münster (2004) steht das Jugendhilfesystem aufgrund des demografischen Wandels vor neuen Herausforderungen. Insgesamt wird der Umfang ihrer Zielgruppe kleiner werden. Bereits relativ kurzfristig trifft dies für die Altersgruppen bis zum Grundschulalter zu, mittelfristig wird auch die Zahl der Jugendlichen abnehmen. Die Folgen für die verschiedenen Teilsysteme des Jugendhilfesystems treten also zeitlich versetzt ein. Die größten Herausforderungen für die Jugendhilfe ergeben sich jedoch nicht aus der zahlenmäßigen Verkleinerung ihrer Zielgruppe, sondern aus ihrer veränderten sozialen Zusammensetzung. Der Anteil von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund sowie aus Familien mit niedrigem Bildungsniveau wird steigen, angesichts steigender Scheidungsraten werden mehr Kinder bei nur einem Elternteil aufwachsen und damit einem größeren Risiko ausgesetzt sein in wirtschaftlich prekären Lebenskonstellationen auf-

zuwachsen. Obwohl bereits kurzfristig mit einem Rückgang der Kinderzahlen in den jüngsten Altersgruppen zu rechnen ist, bedeutet dies keine „Entlastung“ für die Jugendhilfe.

Für die Kinder- und Jugendhilfe ist festzuhalten, dass es keinen Automatismus zwischen sinkenden Bevölkerungszahlen, Betreuungsplätzen und sinkenden Kosten gibt. Mit dem gesellschaftlichen Wandel verändern sich vor allem auch die Bedarfe und Notwendigkeiten.

Beispiele:

Die Geburtenbilanz der Stadt Lüdenscheid ist seit dem Jahr 2004 recht konstant geblieben und wird auch vom LDS ohne Berücksichtigung der Wanderungsbewegung bis ins Jahr 2020 als relativ gleich bleibend eingestuft. Im Herbst letzten Jahres hat sich die Große Koalition in Berlin darauf geeinigt, im Rahmen von Vereinbarkeit von Familie und Beruf für die unter dreijährigen Kinder, deren Eltern nach dem Elterngeldbezug ein Betreuungsangebot suchen, bis 2013 ausreichend Plätze in Einrichtungen und in der Tagespflege zu schaffen: insgesamt bundesweit für 35 Prozent der unter Dreijährigen, d. h. ca. 750.000 Plätze. Die Länder stimmen der bundesweiten Einführung eines Rechtsanspruches auf ein Betreuungsangebot für alle Kinder vom vollendeten 1. bis zum 3. Lebensjahr mit Beginn des Kindergartenjahres 2013/2014 zu.

Im Bereich der Hilfen zur Erziehung hat die Fallzahlentwicklung der ambulanten Dienste in den letzten Jahren zugenommen. Die stationären Hilfen in Heimen hatten rückblickend vom Juli 2002 (71 Kinder und Jugendliche) im Juli 2008 mit 109 Kindern- und Jugendlichen einen Höchststand zu verzeichnen.

### **Kommunale Steuerungsmöglichkeit**

Seitens der Landschaftsverbände Rheinland und Westfalen-Lippe werden in Kürze Empfehlungen zur Jugendhilfeplanung in Jugendämtern und zum Umgang mit dem demografischen Wandel herausgegeben. Hier der Entwurf mit Stand zum 12.09.2007:

Der demografische Wandel birgt zwei zentrale Herausforderungen für die Jugendhilfe: Einen gewaltigen strukturellen und quantitativen Wandel der Nachfragegruppen und eine verstärkte gesellschaftliche Anforderung an die Förderung von Familien, um dem Bevölkerungsrückgang entgegen zu wirken. Die Berücksichtigung und Förderung der Lebensbedingungen von jungen Menschen, Rahmenbedingungen und Unterstützungen für Familien sollten auf der kommunalen Ebene immer stärker in den Fokus rücken, um langfristig die negative Bevölkerungsentwicklung im demografischen Wandel zumindest zu verlangsamen.

Der strukturelle Wandel birgt aber vor allem erhebliche Probleme für die Jugendhilfeinfrastruktur. Einerseits wird sich die demografische Entwicklung in den unterschiedlichen Altersgruppen zeitversetzt auswirken – es gibt keine einheitliche demografische Entwicklung. So werden die älteren Jugendlichen zunächst noch mit stärkeren Jahrgängen vertreten sein, was u.a. im Bereich der erzieherischen Hilfen keinen Fallzahlenrückgang erwarten lässt. Langfristig werden sich aber erhebliche infrastrukturelle Herausforderungen stellen, wenn die Jugendbevölkerung deutlich zurückgeht und Angebote, Dienste und Leistungen der Jugendhilfe weiterhin flächendeckend zugänglich sein sollen. Mit der Veränderung der Altersstruktur und zurückgehenden Kinderzahlen geht auch eine sozialstrukturelle Veränderung einher. Es ist denkbar, dass zukünftig anteilig mehr junge Menschen in benachteiligten Milieus aufwachsen, weil dort mehr Kinder geboren werden. Kommunale Planung wird sehr genau beobachten müssen, inwieweit sich Zielgruppen quantitativ unterhalb der Gesamtbevölkerungsentwicklung verändern und welchen Einfluss Migration auf diese Bevölkerungsentwicklung haben wird.

Die Herausforderung der nächsten Jahre wird sein, die Infrastruktur und die Leistungen der Jugendhilfe trotz schrumpfender Bevölkerungszahlen und damit sinkender Nachfrage sozialräumlich verfügbar bzw. persönlich zugänglich zu machen. Da die demografische Entwick-

lung regional sehr unterschiedlich verlaufen wird, ist eine Betrachtung auf örtlicher Ebene sehr wichtig. Hier sehr genau zu analysieren, ist Aufgabe der Jugendhilfeplanung.

### **Bezug zu externen Stellen und Beteiligungsnotwendigkeiten**

In der Vorbereitung und Durchführung dieses Prozesses und bei der Komplexität des Themas ist eine externe Begleitung unverzichtbar.

### **Erste Handlungseinschätzungen**

Angeregt wird zunächst die Erstellung einer „Arbeitshilfe“, welche die Auswirkungen der Bevölkerungsentwicklung in Lüdenscheid auf alle Arbeitsfelder der Kinder- und Jugendhilfe mit ihren Stärken und Schwächen beschreibt in den Feldern:

- a. Kindertagespflege und Kindertageseinrichtungen
- b. Kinder- und Jugendförderung
- c. Familienhilfe / Hilfen zur Erziehung (HzE)
- d. Pflegekinderdienst (PKD), Jugendgerichtshilfe (JGH), Erziehungsbeistandschaft, Sozialpädagogische Familienhilfe (SPFH)
- e. Erziehungsberatung
- f. Beistandschaften, Unterhaltsvorschuss, Betreuungsstelle
- g. Verwaltung, wirtschaftliche Jugendhilfe
- h. Jugendhilfeplanung

### 3.3 Ältere Menschen in Lüdenscheid

#### **Grundanalyse und demografische Reflexion**

In Lüdenscheid lebten zum Zeitpunkt der Auswertung 21.069 Menschen ab 60 Jahren. Nach einer Modellrechnung des Landesamtes für Datenstatistik NRW (LDS) werden im Jahr 2020 in Lüdenscheid 21808 Menschen ab 60 Jahren leben, allerdings bei einer schrumpfenden Gesamteinwohnerzahl. Der Anteil der älteren Menschen würde somit von zurzeit 26,25 % auf 29,51 % steigen.

#### **Angebote für Senioren (Aspekt A)**

Lüdenscheid verfügt über ein Angebot an ambulanten Diensten, Altentagesstätten, Seniorenclubs- und Gruppen, stationären Einrichtungen, Altenwohnungen/ Betreutes Wohnen, Vereinen (Sportangebote für ältere Menschen), (kulturellen) Veranstaltungen u. a.

#### **Wohnsituation (Aspekt B)**

In Lüdenscheid gibt es nach Fertigstellung aller begonnenen Baumaßnahmen etwa 300 Angebote im Bereich von betreutem Wohnen/ Altenwohnungen (ohne private Wohnungen).

Es ist bekannt, dass ältere Menschen nur sehr ungern ihr bisheriges Wohnquartier verlassen. Um Aussagen zum Bedarf an altengerechten Wohnungen treffen zu können, sollte zunächst überprüft werden, in welchen Bereichen des Stadtgebietes viele ältere Menschen leben bzw. im Jahr 2020 leben werden. Aus diesem Grund werden bei den folgenden Auswertungen auch die jüngeren Menschen ab 60 Jahren berücksichtigt.

Im Stadtgebiet gibt es eine sehr unterschiedliche Verteilung auf die einzelnen Stadtteile. So leben viele ältere Menschen in den Stadtteilen Honsel / Eichholz (2193 Personen) sowie Oeneking / Stüttinghausen (2256 Personen) mit jeweils mehr als 10 % aller älteren Einwohner Lüdenscheids. Es ist feststellbar, dass in diesen Stadtteilen sowie im Bereich Ramsberg / Hasley / Baukloh bereits jetzt die meisten älteren Einwohner Lüdenscheids leben und dass zu erwarten ist, dass hier auch im Jahr 2020 die meisten älteren Menschen leben werden (die heute 60 – 70-jährigen ohne Berücksichtigung von Wanderungsbewegungen und Sterberaten). Eine Prognose zur Bevölkerungsentwicklung in den einzelnen Stadtteilen liegt bisher nicht vor.

#### **Betreuungs- und Pflegesituation (Aspekt C)**

Das Landespflegegesetz NRW sieht vor, dass die Kreise und kreisfreien Städte für die Sicherstellung und die Trägervielfalt der pflegerischen Angebotsstruktur den örtlichen Anforderungen entsprechend sicherzustellen haben. Primär ist für die kommunale Pflegeplanung somit der Märkische Kreis zuständig. Die Stadt Lüdenscheid ist als kreisangehörige Stadt lediglich in die Planungen mit einzubeziehen. Eine Pflegebedarfsplanung sieht der Gesetzgeber nicht mehr vor.

Zu der Zahl der Pflegebedürftigen in Lüdenscheid ist festzustellen, dass Daten einzig durch den Märkische Kreis erhoben werden. Im Rahmen der Pflegemarktbeobachtung wird im Abstand von 2 Jahren eine Datenabfrage durchgeführt. Zurzeit liegen die Daten aus der Abfrage zum Stichtag 15.12.2005 vor. Zum 15.12.2007 wurde zwar eine weitere Abfrage durchgeführt, allerdings wurden die Daten lt. Aussage des MK bisher nicht erfasst und somit auch nicht ausgewertet. Aus diesem Grunde werden hier die Zahlen zum 15.12.2005 zugrunde gelegt.

Zum Stichtag gab es in Lüdenscheid 958 Dauerpflegeplätze (die 112 Plätze des „Haus Helsen“ wurden nicht berücksichtigt, da es sich hier um eine Einrichtung nur für Pflegebedürftige mit psychiatrischen Behinderungen handelt. Von den 958 Pflegeplätzen waren 904 Plätze belegt, was einer Belegungsquote von 94,36 % entspricht.

Im Herbst 2006 eröffnete zudem das Johanniter-Haus Lüdenscheid mit 74 Dauer- und 5 eingestreuten Kurzzeitpflegeplätzen. Des Weiteren wird die Seniorenwohnheim Weststraße gGmbH einen Neubau errichten.

Lüdenscheid verfügt außerdem über insgesamt zwei dauerhafte (angebundene) Kurzzeitpflegeplätze und eine Tagespflegeeinrichtung mit 18 Tagespflegeplätzen. Ein Nachtpflegeangebot besteht in Lüdenscheid nicht.

Die ambulante Versorgung wird derzeit von 11 Pflegediensten sichergestellt.

### **Fachbereichsbezug zum Handlungsfeld / Kommunale Steuerungsmöglichkeiten**

Im Bereich des **Aspektes A** bestehen gute Steuerungsmöglichkeiten, sei es im Rahmen der Zusammenarbeit mit Wohlfahrtsverbänden, der Mitarbeit in Arbeitskreisen oder dem Initiieren/Mitwirken im Rahmen von Veranstaltungen.

Im Bereich des **Aspektes B** sind die Steuerungsmöglichkeiten eher gering. Generell bestehen kommunalen Möglichkeiten weitestgehend im Bereich von Wohnungsbauförderung (MK) oder des Vorhaltens attraktiver Baugebiete.

**Aspekt C** ist – wie bereits ausgeführt – Aufgabe des Märkischen Kreises. Hier besteht eine Zusammenarbeit im Bereich der Pflegekonferenz und der Schaffung von Angeboten in gemeinsamen Arbeitskreisen.

### **Bezug zu externen Stellen und Beteiligungsnotwendigkeiten**

Es besteht bereits eine Zusammenarbeit mit dem MK im Bereich der Pflegekonferenz sowie drei Arbeitskreisen in den Bereichen „Haushaltsnahe Dienstleistungen“, „Ehrenamt“ sowie dem Gesundheitsbereich „Gerontopsychiatrie“ (Demenz, Altersdepressionen). Wünschenswert wäre eine Beteiligung der Wohnungswirtschaft, der Wohnungsbauförderung und der Städtebauplanung für den Aspekt Wohnen. Im Bereich älterer Migranten besteht eine Mitwirkung bei der Integrationskonferenz sowie eine Zusammenarbeit mit Migrantenselbstorganisationen, (Moschee-)vereinen und in einigen Arbeitskreisen. Generell wünschenswert wäre eine verbesserte Vernetzung der Angebotsträger. In allen Bereichen wäre es sinnvoll, über konkretere Daten zu verfügen, um mögliche aktuelle und auch spätere Bedarfe besser feststellen zu können.

### **Erste Handlungseinschätzungen**

Zum einen aus dem Grundsatz heraus, dass ambulante Pflege – soweit möglich - Vorrang vor stationärer Pflege haben sollte und zum anderen um den Wünschen und Bedürfnissen älterer Menschen gerecht zu werden, sollte im Bereich der häuslichen Versorgung älterer (und nicht nur pflegebedürftiger) Menschen dafür Sorge getragen werden, dass eine größere Angebotsvielfalt entsteht. Älteren Menschen sollte in Lüdenscheid die Perspektive geboten werden, durch gute Versorgungsangebote so lange wie möglich in der eigenen Wohnung leben zu können. Dies bezieht sich nicht nur auf die Pflegesituation, sondern auch auf die Schaffung von Versorgungsstrukturen (Supermärkte, Ärzte, Apotheken), (Nachbarschafts-)Netzwerken und die Schaffung bzw. den Erhalt von Verkehrsanbindungen mit öffentlichen Verkehrsmitteln.

Ein weiteres Ziel sollte das Vorhalten ausreichender Angebote im Bereich altengerechter Wohnungen und betreutem Wohnen sein.

Aus diesem Grund sollten folgende Bereiche im Vordergrund stehen:

- Schaffung von besseren Betreuungsangeboten für Alzheimer-/Demenzpatienten (z. B. sogen. Tagesmütter für demenziell erkrankte Menschen)
- Entlastungsangebote für pflegende Angehörige ausbauen
- Schaffung von wohnquartiersnahen Versorgungsstrukturen, z. B. Einkaufsmöglichkeiten und Altenwohnungen zusammenbringen
- Verstärkte Einbeziehung der Wohnungsunternehmen (mögliche Anpassung von Wohnungen im Bestand, Erstellung von Konzepten innerhalb größerer Häuser/-blocks zur Versorgung älterer Menschen, z. B. Häuser analog „Sternhaus“)
- Ausbau der Angebote von Haushaltsdiensten
- Aufbau eines nachbarschaftlichen/ehrenamtlichen Versorgungsnetzes

## 3.4. Migranten in Lüdenscheid

### Grundanalyse und demografische Reflexion

#### Vorbemerkung / Definition

Der vorliegende Fachbericht nutzt nicht die Begrifflichkeit „Menschen mit Migrationshintergrund“ (Als Person mit Migrationshintergrund gilt, wer eine ausländische Staatsbürgerschaft hat, wer im Ausland geboren wurde und selbst nach 1949 zugewandert ist, oder wer einen Elternteil hat, das selbst zugewandert ist oder eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzt.), sondern differenziert die Wohnbevölkerung ausschließlich nach deren Staatsangehörigkeit.

Es fehlen daher die eingebürgerten Menschen und die Gruppe der Aussiedler. Weiterhin fehlen die Kinder, die nach dem neuen Staatsangehörigkeitsrecht die deutsche und die Staatsangehörigkeit der Eltern besitzen. Daten zu „Menschen mit Migrationshintergrund“ liegen nicht vor.

#### Wohnen

Die ausländische Wohnbevölkerung ist in Lüdenscheid ungleichmäßig verteilt. Neben Stadtteilen mit hohem Ausländeranteil, *Tinsberg / Kluse* mit 33 % ausländischer Wohnbevölkerung und *Innenstadt / Staberg / Knapp* 23 % sowie *Hasley / Ramsberg / Baukloh-* mit jeweils 18 % ausländischer Wohnbevölkerung, leben in den Stadtteilen *Bierbaum / Höh / Hellersen, Brüninghausen / Augustenthal* sowie *Oeneking / Stüttinghausen* jeweils 5 % ausländische Wohnbevölkerung.

Während in den Stadtteilen mit einer großen Anzahl ausländischer Einwohner die Menschen mit türkischer und griechischer Nationalität dominieren, sind in den aufgeführten Stadtteilen mit niedrigem Ausländeranteil Personen aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion und Polen ebenfalls sehr stark vertreten.

#### Über 60jährige Migranten

In den innerstädtischen Stadtteilen liegt der Anteil der über 60 jährigen Migranten bei 11 %, 12 % und im Stadtteil *Tinsberg / Kluse* sogar bei 19 %, während in den Stadtteilen mit niedrigem Ausländeranteil der Anteil bei 2 und 3 % liegt. Der Anteil in Lüdenscheid gesamt liegt bei 7 %.

#### Kinder

Eine statistische Auswertung der Daten der nach 2000 geborenen Kinder verfälscht in diesem Fall das Bild. Im Jahr 2000 kam es zu einer Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes, welches einer Großzahl der hier geborenen Kinder neben der Staatsangehörigkeit der Eltern auch die deutsche Staatsangehörigkeit verlieh, (Optionsmodell).

Eine Auswertung der Geburtsjahrgänge 1990 – 1999 ergibt ein realistischeres Bild über die Anzahl der ausländischen Kinder und Jugendlichen.

Der Ausländeranteil in dieser Altersgruppe liegt im Durchschnitt in Lüdenscheid bei 18 %. Allerdings erreicht der Stadtteil *Tinsberg / Kluse* in der Altersgruppe der von 1990 – 1999 geborenen Kinder einen Ausländeranteil in Höhe von 47 %.

### Fachbereichsbezug zum Handlungsfeld / Kommunale Steuerungsmöglichkeiten

#### Allgemein

Die innerstädtischen Stadtteile mit hohem Ausländeranteil bedürfen der besonderen Beachtung der Stadt. Da hier besonders viele Kinder und Jugendliche mit ausländischem Pass leben, werden diese Stadtteile in Zukunft weiterhin einen hohen Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund haben.

Ein hoher Anteil von nicht EU-Bürgern in diesen Stadtteilen hat ebenfalls zur Folge, dass viele Menschen dieser Stadtteile nicht zu Wahlen gehen dürfen. Um hier eine Anbindung an

kommunale Entscheidungsprozesse zu gewährleisten, wären z. B. die Anstrengungen des Integrationsbeirates in diesen Stadtteilen besonders sinnvoll. Unter Umständen sind auch andere Wege der Beteiligung der Menschen dieser Stadtteile an Entscheidungsprozessen zu erproben.

Hier ist es besonders wichtig, dass die Kommunalpolitik und die Verwaltung auf die dort lebenden Menschen zugehen, um sie zu beteiligen.

Beispiele:

Mehr Bürgeranhörungen als gesetzlich vorgesehen.

Regelmäßige Sprechstunden von Ratsmitgliedern.

Hier erscheint es besonders wichtig, kommunale Angebote an Bildung und außerschulischen Freizeitaktivitäten bereitzuhalten, um eine Alternative zu den Angeboten der Moscheevereine zu haben.

### **Kinder**

Der Bedarf an besonders gut ausgestatteten Kindertageseinrichtungen und Schulen ist hier besonders hoch. Gute Kindertageseinrichtungen und Schulen werden durch besondere Angebote auch von Eltern aus eher „deutschen“ Stadtteilen genutzt, sodass die Kinder gemeinsam aufwachsen und die Innenstadtteile nicht zu segregierten Stadtteilen werden.

### **Bezug zu externen Stellen und Beteiligungsnotwendigkeiten**

Wohnungsbaugesellschaften: Städtebauliche Möglichkeiten, durchgeführt auch unter Beteiligung von Wohnungsbaugesellschaften, können zu einer Aufwertung und damit zu einer Attraktivitätssteigerung der Stadtteile führen.

Familienbildungseinrichtungen (VHS): Bildungsangebote in den Stadtteilen, besonders auch für Erwachsene mit Migrationshintergrund, entwickeln.

Sozialwissenschaftler: Datengrundlage auf Basis „Menschen mit Migrationshintergrund“ statt „Ausländer“. (Siehe Vorbemerkung)

### **Erste Handlungseinschätzungen**

Im städt. Konzept zur „Integration von Menschen mit Migrationshintergrund“ aus 2006 sind bereits Ziele für verschiedene Handlungsfelder formuliert.

Im Handlungsfeld „Schule und Bildung“ sollen Kinder mit Migrationshintergrund im Rahmen ihrer persönlichen Möglichkeiten gleiche Schulabschlüsse wie deutsche Kinder erreichen. Hier sind zwischenzeitlich Arbeitsgruppen aktiv, die konkrete Handlungsvorschläge erarbeitet haben, um die Grundlagen der Chancengleichheit zu verbessern.

Für den Bereich „Wohnen“ wurde festgehalten, dass „...Wohnen in allen Stadtteilen unabhängig von der ethnischen Zugehörigkeit attraktiv bleibt oder wieder werden muss.“ Und somit „...auf der einen Seite die Infrastrukturen des Sozialraumes im Sinne der Wohnbevölkerung weiterentwickelt werden müssen, auf der anderen Seite die Attraktivitätssteigerung für zuziehende Personen nicht vernachlässigt werden darf.“

Im Handlungsfeld „Arbeit und Berufsausbildung“ ist an vorderer Stelle formuliert: „Auch wenn die Kommunen keine Arbeitsplätze schaffen können, so haben sie doch ein hohes Interesse an den Problemen des Arbeits- und Ausbildungsmarktes, weil nachhaltige Integration nur über Teilhabe am beruflichen und wirtschaftlichen Leben erreicht werden kann und die Lebensqualität einer Stadt wesentlich durch die Vielfalt an Arbeitsmöglichkeiten definiert wird.“

Im Handlungsfeld „Gewerbe – Handel - Wirtschaft“ wird auf „Das Potential der Ausländer als Unternehmer und Arbeitgeber ... für Innovationen und die Weiterentwicklung der „Vielfalt“ in der Stadt im Hinblick auf Lebensqualität ...“ hingewiesen.

Im Bereich der „Älteren Migranten“ wird besonders auf die Vernetzung, Information und die Problematiken in der ambulanten und stationären Pflege hingewiesen. Eine Veranstaltung zu diesem Themenbereich hat die Notwendigkeit des Handelns aufgezeigt und dieses Jahr werden erste Schritte eingeleitet, um eine Verbesserung der Situation zu erreichen.

Diese formulierten Ziele und Handlungsschritte werden die Integration verbessern, sodass „zugewanderte Personen mit Migrationshintergrund ... durch ihre Integration eine reale Perspektive der Zugehörigkeit zur deutschen Gesellschaft (erhalten). „Zugehörigkeit“ bedeutet in der kommunalen Praxis, dass sie einen Anspruch auf Anerkennung und Wertschätzung haben und dieser Anspruch ihnen in gleichen Zugangsrechten zu staatlichen Leistungen und Bürgerangeboten gewährleistet wird und Möglichkeiten dort geschaffen werden, wo diese im Alltag noch nicht bestehen. „Zugehörigkeit“ bedeutet auch, dass sich die Migranten eigenverantwortlich und eigeninitiativ um ihren gesellschaftlichen Anschluss und Anerkennung bemühen müssen, was am besten durch die Stärkung ihrer kommunikativen und sozialen Kompetenzen zur Begegnung mit der einheimischen Bevölkerung erreicht werden kann.“

### 3.5. Bildung und Kultur

#### Grundanalyse und demografische Reflexion / Volkshochschule

##### Bestandsaufnahme

Die VHS ist demokratisch legitimiert (laut Weiterbildungsgesetz - WBG - eine Pflichtaufgabe der Kommunen in NRW) und in die kommunalen Strukturen eingebunden. Sie stellt in einem flächendeckenden Netzwerk der Volkshochschulen in Nordrhein-Westfalen ein wichtiger Partner des Landes dar. Der Kommune und ihren Bürgerinnen und Bürgern erwächst aus der Arbeit der VHS ein Nutzen und Wert. Der gesellschaftliche Auftrag in bildungs-, kultur-, gesundheits-, sozial- und arbeitsmarktpolitischer Hinsicht ist im Weiterbildungsgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen als Arbeitsauftrag und Pflichtangebot im Weiterbildungsgesetz (WBG NRW) formuliert:

Die Volkshochschule Lüdenscheid kommt diesem Arbeitsauftrag nach. Sie plant, organisiert und reflektiert ihr Weiterbildungsangebot in folgenden Fachbereichen:

- a. Mensch & Gesellschaft
- b. Gesund leben
- c. Kultur & Kreativität
- d. Studienreise & Länderkunde
- e. Sprachen lernen & Integration
- f. Grundbildung & Schulabschlüsse
- g. Arbeit & Beruf
- h. Junge VHS

Insgesamt werden jährlich über 600 Kurse, Seminare und Projekte in den genannten Fachbereichen durchgeführt. Nahezu 7000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer nehmen hieran teil. Um genaue Zahlen zur Geschlechtsverteilung, zur Altersstruktur oder zum Bildungsniveau der Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu erhalten, müsste eine genaue empirische Untersuchung vorgenommen werden. Grundsätzlich sind alle Kursangebote der Volkshochschule offen für die Gesamtbevölkerung. Gleichwohl bietet die Volkshochschule jetzt schon spezielle Kursangebote für feste Zielgruppen an: EDV und Sprachkurse für Senioren, Erwerb von Schulabschlüssen für junge Menschen ohne Schulabschluss, Integrationskurse für Migranten oder Qualifizierungsmaßnahmen für Berufsrückkehrer und maßgeschneiderte Firmenkurse.

##### Handlungsnotwendigkeiten

Die Veränderungsprozesse in der Weiterbildung werden infolge des demografischen Wandels zukünftig folgende Zielgruppen besonders zu berücksichtigen haben:

- a. ältere und alte Menschen
- b. Menschen mit Migrationshintergrund
- c. Frauen
- d. An- und Ungelernte
- e. Menschen mit hohem Ausbildungsniveau

Die prozentuale Zunahme älterer und alter Menschen an der Gesamtbevölkerung wird die Volkshochschule dazu bewegen müssen sich noch stärker mit gezielter Weiterbildung dieses Personenkreises und mit ihrem Bildungsbedarf auseinander zusetzen. Dabei geht es nicht nur um die Qualifizierung älterer Fachkräfte, sondern ebenso um die Bildungsbeteiligung in der nachberuflichen Lebensphase. Bereits jetzt spricht die Volkshochschule mit ihren Bildungsangeboten ältere und alte Menschen an. Bundesweit gehen über 30% der Kursbelegungen auf das Konto der über 50 Jährigen. Das Konzept des lebenslangen Lernens gewinnt einmal mehr an Bedeutung für diese Zielgruppe und damit auch für die Volkshochschule.

Die Potentiale von Menschen mit Migrationshintergrund und von Frauen werden verstärkt genutzt werden müssen, um dem Mangel an Fachkräften entgegenzuwirken. So müssen zum Beispiel Bildungsangebote für den Übergang von der Familienphase in den Beruf gestaltet werden. Insgesamt gehen zur Zeit zwei Drittel aller Volkshochschulteilnahmen auf das Konto von Frauen.

Die Volkshochschule hat sich bereits seit vielen Jahren der bildungspolitischen Aufgabe der Integration gestellt und hier zentrale Aufgaben der Kommune übernommen. In der Umsetzung der Kurse im Rahmen des Zuwanderungsgesetzes ist die Volkshochschule mit ihrer Anerkennung durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) u.a. mit Sprachkursen und Einbürgerungstest tätig.

Für Menschen, die zur sogenannten Gruppe der An- und Ungelernten gehören, ist die Volkshochschule ein bedeutender Partner. Kurse zum Nachholen von Schulabschlüssen und jede Form niederschwelliger beruflicher Qualifizierungen sollten zu den Angeboten gehören.

Die höheren Stufen des Europäischen Referenzrahmens (GERR) bieten vielfältige Möglichkeiten für den Erwerb von Sprachenzertifikaten für Menschen mit höherem Ausbildungsniveau. Für diese Zielgruppe müssen, neben den höherwertigen Sprachangeboten auch andere Zusatzqualifizierungen wie die Xpert Programme oder auch maßgeschneiderte Firmenkurse angeboten werden.

### **Ziele**

Die gesellschaftlichen Herausforderungen, die Alltagserfahrungen in der Begegnung mit Bürgerinnen und Bürgern, die Beobachtung des Marktes, die Erfolge bei langjährig durchgeführten Kursangeboten und die Implementierung neuer Projekte und Angebotsstrukturen hat die Volkshochschule als kommunales Weiterbildungszentrum der Stadt Lüdenscheid dazu bewogen, für ihre mittel- und langfristige Arbeit folgende Ziele zu formulieren:

1. Befähigung der Bürgerinnen und Bürger zur aktiven Teilhabe am öffentlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Leben.
2. Abbau schulischer und sozialer Defizite durch das Nachholen von Schulabschlüssen sowie Alphabetisierung
3. Sprachliche und kulturelle Integration in der Gesellschaft durch das Erlernen der deutschen Sprache und Kultur
4. Berufliche Fort- und Weiterbildung als Grundlage für die Daseinsvorsorge, die berufliche Integration in den Arbeitsmarkt bzw. Verbleib im Arbeitsmarkt
5. Befähigung zur aktiven Teilhabe an der technologischen Entwicklung
6. Erwerb von Schlüsselqualifikationen für den gesellschaftlichen Wandlungsprozess
7. Förderung der künstlerischen und kreativen Potenziale
8. Stärkung der Sprachenkompetenz einer globalisierten Welt
9. Aktivierung und Förderung der körperlichen und geistigen Gesundheit
10. Förderung der besonderen Bildungsinteressen von Behinderten, Jungen, Älteren und Frauen

### Grundanalyse und demografische Reflexion / Stadtbücherei

#### **Bestandsaufnahme**

Die Nutzer der Stadtbücherei setzen sich je ca. zur Hälfte aus jungen Menschen bis inkl. 19 Jahre und aus Erwachsenen ab 20 Jahre zusammen.

Es wird vermutet, dass dies nicht der Bevölkerungsstruktur Lüdenscheids entspricht, da die jungen Menschen zu einem sehr hohen Prozentsatz erreicht werden, die (gebührenpflichtigen) über 19-Jährigen jedoch zu einem weit niedrigeren Anteil.

Ein Teil der Nutzer (ca. 10-15%) kommt nicht aus Lüdenscheid, sondern wohnt in den umliegenden Gemeinden.

Der Anteil der Nutzer mit Migrationshintergrund wird bei den Daten nicht erfasst. Nach Beobachtung ist die Einrichtung allerdings bei solchen Nutzern, besonders bei den Kindern und Jugendlichen und besonders als Aufenthaltsort sehr beliebt.

Die Nutzung (sowohl Vor-Ort-Nutzung als auch Ausleihe) durch die Altersgruppen „50plus“ nimmt seit einigen Jahren leicht, aber kontinuierlich zu.

#### **Handlungsnotwendigkeiten**

Das Medienangebot der Stadtbücherei ist seit einigen Jahren vornehmlich an allgemeinem Bedarf ausgerichtet und kann aus finanziellen Gründen besondere Zielgruppen nicht mehr bedienen.

Es müssten nennenswerte Bestände zumindest in den wichtigsten „Lüdenscheider“ Sprachen wie Türkisch, Griechisch, Italienisch usw. aufgebaut werden, um die Einwohner mit Migrationshintergrund als Nutzer gewinnen zu können. Diese zeigen sich vielfach an der Stadtbücherei interessiert (z. B. als Eltern von Kindern aus einer Klasseneinführung) und streben (zumindest für ihre Kinder) einen guten Bildungshintergrund und daher die Medienutzung in der Stadtbücherei an.

Der Bücher- und Medienmarkt bietet inzwischen geeignete Publikationen für die Situation der zwei- und mehrsprachig lebenden Menschen an, und die Einarbeitung des Personals in diese Themenbereiche sollte bei vorhandenen Mitteln leistbar sein.

Für die Generationen der 50-, 60-, 70- und inzwischen auch 80-Jährigen sind besondere Konzeptionen erforderlich, die auf die Bedürfnisse dieser „neuen Alten“ eingehen müssen. Mit ersten Überlegungen dazu ist intern bereits begonnen worden.

Da beobachtet wird, dass die älteren Zielgruppen sich verhältnismäßig lange und oft im Haus aufhalten und auch gern Veranstaltungen besuchen, sollen die Aufenthaltsqualität sowie das Programm auf deren Wünsche hin optimiert werden. Ein daraufhin zusammengesetzter Qualitätszirkel mit Ausrichtung auf neue Angebote und auf Gewinnung neuer Kunden aus diesen Altersgruppen wird angestrebt.

Die Leseförderungs- und Bildungsangebote für Kinder und Jugendliche sollen zumindest auf dem vorhandenen Niveau gehalten werden. Eine weitere Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Schulen wird angestrebt. Die Angebote für Kinder und Jugendliche für deren Freizeit und für die Ferienzeiten sollen unbedingt wieder möglich gemacht bzw. intensiviert und ausgebaut werden.

Die Einwerbung von Menschen mit Migrationshintergrund als Kunden der Stadtbücherei ist mittelfristig anzustreben. Dazu wäre bei Bereitstellung der notwendigen Mittel eine umfassende Konzeption zu entwickeln.

## **Grundanalyse und demografische Reflexion / Museen**

### **Bestandsaufnahme**

Insgesamt ist festzuhalten, dass bei abnehmender Mittelzuweisung der Stadt Lüdenscheid durch die Einwerbung von Fremdmitteln das Angebot ausgeweitet, die Attraktivität gesteigert werden konnte. Eine besondere Rolle spielt dabei die ständige Bereithaltung von Angeboten, die von Senioren bevorzugt angenommen werden. Ausgelöst durch die gestiegene Nachfrage bei den großen Sonderausstellungen sind die Angebote an Führungen deutlich ausgeweitet worden. Insbesondere auch viele ältere Menschen nämlich machen von öffentlichen und gebuchten Führungen bei Sonderausstellungen Gebrauch. Da das Programm der Museen variiert, ist bei Produktionen, die regionale Identität befestigen und bereits vorhandenes Geschichtsbewusstsein zu stärken vermögen, der Anteil an Menschen im Lebensalter von über 60 Jahren besonders hoch.

Seit etwa drei Jahren, wie insbesondere der laufenden Presseberichterstattung zu entnehmen ist, entwickeln die Städtische Galerie und das Geschichtsmuseum fortlaufend Angebote für Kinder und Jugendliche, die sich größter Nachfrage erfreuen. Sie unterliegen einem häufigen Wechsel, sind fast immer ausgebucht.

Da sich Lüdenscheid überdies auch durch Migration in einem demografisch-bevölkerungsstrukturellen Wandel befindet, wurden bereits Konzepte für Migranten entwickelt und erprobt. Schließlich plant das Geschichtsmuseum für das Jahr 2011 eine Ausstellung über Zuwanderung in Lüdenscheid und im Märkischen Kreis. Damit möchte das Museum dieses regional höchst bedeutsame Thema auf hohem Niveau aufgreifen und der Einrichtung neue Besuchergruppen zuführen.

### **Handlungsschwerpunkte**

Ein zu erwartender Bevölkerungsrückgang um 6.000 bis 10.000 Menschen dürfte im Hinblick auf die Nutzung der musealen Einrichtungen nur in sehr begrenztem Umfang mit Folgen verbunden sein. Dieser Hypothese liegt die mit Fakten und Beobachtungen unterfütterte Annahme zugrunde, dass sich die Besucherzahlen auch aus dem Kreisgebiet und einiger Umlandregionen rekrutieren. Die Einrichtung wird überdies von bestimmten Bevölkerungssegmenten stärker, von anderen weniger genutzt. Ob sich innerhalb der betroffenen Gruppen die Bevölkerungsabnahme jeweils in prozentual identischem Umfang vollzieht, ist nicht erwiesen. Überdies sei zum Bevölkerungsrückgang an dieser Stelle angefügt, dass "Arbeitspendler" aus dem Umland und den Ruhrgebietsstädten stark an die Stadt Lüdenscheid gebunden werden sollen. Dieses ist nur möglich, wenn attraktive Abendangebote die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben der Stadt attraktiv erscheinen lassen.

### **Ziele**

Rücksichtlich der Verschiebung der Alterstruktur ergibt sich aus den oben gemachten Ausführungen, dass sich die Museen für die Herausforderungen der Zukunft gut aufgestellt haben.

- Die Zahl der Kinder und Jugendlichen als Besucher wächst; die Angebotsentwicklung wird immer wichtiger
- Die Bevölkerung in den mittleren Alterssegmenten nimmt ab; hier ist die Entwicklung von attraktiven Angeboten in den Abendstunden und am Wochenende wichtig
- Angebote für Senioren werden immer wichtiger; gerade für diese Alterssegmente, denen sehr häufig eine originäres Heimat- und Geschichtsbewusstsein eigen ist, entwickelt das Geschichtsmuseum (inkl. Bremecker Hammer) immer wieder neue Programme

### Grundanalyse und demografische Reflexion / Stadtarchiv

#### Strukturen und Angebote

Das Stadtarchiv ist Ansprechpartner bei allen Fragestellungen zum Thema Geschichte. Im Stadtarchiv befinden sich die authentischen Schrift- und Bildquellen zur Beantwortung aller möglichen, v.a. lokalhistorischen und genealogischen Fragestellungen.

#### Zielgruppen, Nutzer und Nutzerpotentiale

Die Benutzer des Stadtarchivs lassen sich grob in drei Gruppen einteilen, die jeweils ungefähr ein Drittel ausmachen:

- Schüler und Studenten,
- Wissenschaftler, Lehrer und Heimatforscher und
- geschichtsinteressierte Menschen im sogenannten dritten Lebensabschnitt (nach dem Ende des Erwerbslebens)

In diesem Zusammenhag besonders interessant sind die erste und die letzte Zielgruppe:

Jungen Menschen bietet das Stadtarchiv über die Erforschung der Geschichte der eigenen Stadt (und damit der eigenen Geschichte) Identifikationsmöglichkeiten, die nicht nur der persönlichen Entwicklung dienen, sondern langfristig dazu führen, dass die Bindung an die eigene Stadt zu nimmt, junge Menschen in „ihrer“ Stadt Wurzeln schlagen. Entsprechende wirtschaftliche Möglichkeiten vorausgesetzt, verbleiben diese jungen Menschen eher in Lüdenscheid oder kehren nach Ausbildung bzw. Studium hierher zurück, als solche, die keinen Bezug zu ihrer Stadt haben.

Viele Menschen entdecken für sich im dritten Lebensabschnitt einen neuen Interessenschwerpunkt: die Beschäftigung mit Geschichte – ganz allgemein, vor allem aber der Geschichte des eigenen Nahbereiches bzw. der Reflexion von erlebter Geschichte vor dem Hintergrund der eigenen Biografie. Diese Menschen wenden sich früher oder später fast alle an das Stadtarchiv, spätestens dann, wenn sie beginnen, sich ernsthafter mit der Materie auseinander zu setzen. Das gilt auch und gerade für Menschen von außerhalb, die ihre Wurzeln in Lüdenscheid haben und für die das Stadtarchiv häufig ein erster Anknüpfungspunkt und Ansprechpartner ist. Diese Gruppe der Archivbenutzer hat ein erhebliches Wachstumspotenzial.

Eine vierte Zielgruppe könnten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Alteneinrichtungen sein – mittelbar also die Menschen, die in diesen Einrichtungen betreut werden, selbst. In den Niederlanden arbeiten Kommunalarchive eng mit Alteneinrichtungen zusammen und unterstützen diese z.B. durch Bildmaterial (z.B. bei der Aktivierung Demenzkranker, etc.) und andere Unterlagen. Anfang 2007 wurden die Möglichkeiten des Stadtarchivs auch den hiesigen Alteneinrichtungen und der Ehrenamtsbörse vorgestellt. Leider fand das Angebot keine nennenswerte Resonanz. Auf Nachfrage liegt das v.a. an der hohen Arbeitsbelastung der Pflegekräfte, die keine Zeit haben, die Materialien, die das Stadtarchiv Lüdenscheid zu bieten hat, für die eigene Arbeit zu nutzen.

Hier wäre ein weitergehender Service des Stadtarchivs nötig (Vorauswahl von Motiven nach den Wünschen der Einrichtungsmitarbeiter, Zusammenstellung von Präsentationen, etc.), als er bei der momentanen personellen Ausstattung möglich ist.

#### Fragen zur zukünftigen Entwicklung

Konkrete Auswirkungen auf Grundlage der allgemeinen Entwicklung und der Bevölkerungsprognose wie erwähnt, rekrutiert sich bereits heute gut ein Drittel der Archivbenutzer aus der Gruppe derer, die sich im dritten Lebensabschnitt befinden. Es kann davon ausgegangen werden, dass der Anteil dieser Menschen an der Gruppe der Archivbenutzer – und dadurch die Zahl der Archivbenutzer insgesamt – aufgrund der zu erwartenden demografischen Entwicklung überproportional ansteigen wird. Dabei dürfte die in den verschiedenen Szenarien dargestellte Entwicklung der Einwohnerzahl lediglich die Stärke des Anstiegs der Benutzer-

zahlen beeinflussen (von moderat bis erheblich). Das gilt um so mehr, als bereits jetzt eine Zunahme von Anfragen – auch von außerhalb – zu verzeichnen ist.

Wenn es zu einer erheblichen Reduzierung der Verwaltungstätigkeit käme, könnte dies theoretisch zu einer Reduzierung der zu übernehmenden Altakten führen. Anbetracht der jahrzehnte alten Bearbeitungsrückstände fiel eine solche Entwicklung für das Stadtarchiv allerdings auf absehbare Zeit (20-25 Jahre) kaum ins Gewicht. In den nächsten Jahren ist weiterhin eher mit räumlichen Engpässen zu rechnen.

### **Kritische Schwellenwerte**

Da die Unterhaltung des Stadtarchivs Pflichtaufgaben nach § 10 ArchivG NW ist, wäre es nach aktueller Gesetzeslage theoretisch auch dann in der momentanen Form zu betreiben, wenn keine Benutzer es frequentieren würden. Insofern gibt es bezogen auf die demografische Entwicklung nach unten keinen kritischen Schwellenwert. Es ist wie gezeigt jedoch ganz im Gegenteil davon auszugehen, dass die Benutzerzahlen des Stadtarchivs – entgegen dem Trend in anderen Bereichen – weiter ansteigen werden, u.U. sogar in erheblichem Maße. Hier könnten die personellen Kapazitäten des Stadtarchivs bald an ihre Grenzen stoßen (bzw. erhebliche Wartezeiten für die Benutzer entstehen).

Beeinflussbarkeit, Handlungsmöglichkeiten, Konsequenzen:

Die Bevölkerungsentwicklung der Stadt Lüdenscheid vor dem Hintergrund des demografischen Wandels ist durch das Stadtarchiv mittelbar durch die Zusammenarbeit mit Schulen und anderen Bildungseinrichtungen beeinflussbar. Diese Zusammenarbeit hat allerdings aufgrund der Personalsituation des Stadtarchivs bisher eher punktuellen und reaktiven Charakter.

Das Stadtarchiv selbst kann dem demografischen Wandel aufgrund der oben geschilderten Benutzerstruktur vergleichsweise gelassen entgegen sehen. Bei dem zu erwartenden Anstieg der Benutzerzahlen werden jedoch die räumlichen und personellen Ressourcen der Einrichtung schnell an ihre Grenzen stoßen. Der Benutzerraum ist bereits jetzt an manchen Tagen überfüllt. Aufgrund der Zunahme des Anteils älterer Menschen wird der Betreuungsaufwand steigen, was selbst bei dem momentan angebotenen Basisservice mittelfristig eine Aufstockung des Archivpersonals erforderlich machen wird.

Wenn ein proaktives Zugehen auf Schulen und Bildungseinrichtungen und/oder auf Alteneinrichtungen der Stadt Lüdenscheid gewünscht wird, ist bereits kurzfristig eine bessere personelle Ausstattung des Stadtarchivs notwendig. Dies bietet sich auch deshalb an, weil es mittelfristig zunehmend schwieriger werden dürfte, qualifiziertes Personal zu finden (es ist bereits für das kommende Jahr 2009 mit ersten (statistisch zunächst positiven) Auswirkungen des demografischen Wandels auf den Arbeitsmarkt zu rechnen).

### **Handlungsnotwendigkeiten und Ziele**

Handlungsnotwendigkeiten vor dem Hintergrund der Basisvariante als Zielgröße:

Das Stadtarchiv hat, wie bekannt sein dürfte, erhebliche Bearbeitungsrückstände aufzuarbeiten. Die prekäre Erschließungssituation macht die Benutzerbetreuung sehr Zeitaufwändig. Das führt dazu, dass diese Zeit wiederum beim Abbau besagter Bearbeitungsrückstände fehlt. Der so entstandene Teufelskreis muss durchbrochen werden, wenn der Betrieb des Archivs mittel- und langfristig aufrecht erhalten werden soll. Daher ist eine Konzentration auf den Abbau der Bearbeitungsrückstände v.a. aus arbeitsökonomischen Gründen unerlässlich.

Gleichzeitig steigen bereits jetzt die Anforderungen der Benutzer an das Archiv, nicht nur in quantitativer (Benutzerzahlen), sondern auch in qualitativer (Führungen, Projekte, Veröffentlichungen, etc.) Hinsicht. Es ist, wie gezeigt, aufgrund des besonderen Nutzerprofils des Stadtarchivs, auch und gerade vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung mit einer weiteren Zunahme dieser Anforderungen zu rechnen.

## Grundlagen zum Demografiekonzept

Auf diese grundsätzlich sehr erfreuliche Entwicklung ist das Archiv v.a. personell und teilweise auch räumlich (kleiner Benutzerraum) nicht vorbereitet. Hier besteht akuter Handlungsbedarf.

Aus Sicht des Stadtarchivs sollte es das Ziel sein, die interessanten Möglichkeiten der Einrichtung bei der Gestaltung des demografischen Wandels in Lüdenscheid (Bindung des Nachwuchses an die Heimatstadt, Freizeiteinrichtung für geschichtsinteressierte Bürger im sog. dritten Lebensabschnitt, Orientierung und Halt für Menschen in Alteneinrichtungen) zu nutzen.

Die vorhandenen Mitarbeiter sind allerdings mit der Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes und der Basisversorgung der Benutzer bereits voll ausgelastet. Eine Verlagerung der Arbeitsschwerpunkte ist aus den o.g. Gründen nicht möglich.

Die Einstellung eines Fachangestellten für Medien und Informationsdienste (FAMi) zusätzlich zu den bisherigen drei Mitarbeitern würde die beiden Diplomarchivare soweit entlasten, dass hier Spielräume geschaffen werden könnten. Dazu wäre auch die Einrichtung eines Ausbildungsplatzes denkbar, wenn der ausgebildete FAMi nach dem Ende der Ausbildung übernommen werden könnte.

Darüber hinaus sollte über eine Erweiterung der räumlichen Kapazitäten nachgedacht werden. Ein Plan zur Verdoppelung der Benutzerarbeitsplätze von jetzt vier auf dann acht Plätze mit verhältnismäßig geringem finanziellen Aufwand liegt vor.

## Grundanalyse und demografische Reflexion / Kulturhaus

### Bestandsaufnahme

Das Kulturhaus der Stadt Lüdenscheid ist eine öffentliche Kultureinrichtung. Aufgrund der baulichen Gegebenheiten und der Programmstruktur hat das Haus nicht nur lokal, sondern auch auf überregionaler Ebene eine wichtige Bedeutung. Aufgabe des Kulturhauses ist es, Begegnungsorte zu sein und eine kulturelle Grundversorgung im Bereich Theater sicher zu stellen. Darüber hinaus soll eine -gehobenen Ansprüchen gerecht werdende- Infrastruktur zur Durchführung von Feiern, Seminaren, Vortragsveranstaltungen u.ä. bereitgestellt werden.

### **Durchführung von Eigenveranstaltungen**

Es werden in 12 programmatisch unterschiedlichen Abonnementreihen aus den Bereichen Schauspiel, Musiktheater, Konzerte, Kinder- und Jugendtheater sowie Kleinkunst rund 65 Veranstaltungen angeboten. Ergänzt werden diese durch ca. 20 Extraveranstaltungen aus verschiedenen Bereichen. Bei der Programmauswahl liegt der Fokus darauf, einerseits die Erwartungen des Publikums hinsichtlich Thematik und Besetzung genügend zu berücksichtigen und andererseits bezüglich der Qualität der Aufführungen (Inhalt, Besetzung, Inszenierung und Ausstattung) ein anspruchsvolles Niveau erreicht wird. Verbunden mit der Bandbreite und dem künstlerischen Niveau des Angebots hat das Haus ein Alleinstellungsmerkmal und so wurden in der Spielzeit 2007/08 ca. 30.700 Besucher in 92 Eigenveranstaltungen gezählt.

### **Durchführung von Fremdveranstaltungen mit kulturellem Hintergrund**

Neben dem städtischen Kulturangebot werden im Kulturhaus auch Veranstaltungen aufgeführt, bei denen die Stadt Lüdenscheid das Kulturhaus an externe Veranstalter vermietet. Als weitere Leistungen, die den Mietern angeboten werden, sind Kartenverkauf, Einlasskontrolle, Ansprechpartner vor Ort zur Vor- und Nachbereitung der Veranstaltung u.a. zu nennen.

### **Durchführung von Fremdveranstaltungen**

Neben dem i.e.S. kulturellen Veranstaltungen werden im Kulturhaus pro Jahr ca. 200 sonstige Fremdveranstaltungen (dies entspricht ca. 60 % der Gesamtveranstaltungen) durchgeführt. Zu diesen Veranstaltungen zählen Tagungen, Seminare, Versammlungen, Feiern, Tanzveranstaltungen, Vorträge, Messen und Kongresse. Auch hier werden die Räumlichkeiten des Kulturhauses an externe Veranstalter vermietet. Das Haus erfreut sich aufgrund der günstigen Mietkonditionen, der hervorragenden technischen Ausstattung und dem guten Service großer Beliebtheit. Die Anzahl der Vermietveranstaltungen ist kontinuierlich gestiegen und die Einnahmen konnten von 26.000 € im Jahresergebnis 2002 auf knapp 92.000 € in der Spielzeit 2006/07 und in der Spielzeit 2007/08 auf ca. 99.800 € gesteigert werden. Der Mietpreis ist eine Kombination aus einem Basispreis für die Räume und einem sowohl zeit- als auch aufwandsabhängigem Teil. Leistungen, die den Mietern angeboten werden sind: Veranstaltungsbetreuung, zur Verfügung Stellung von Equipment, Kartenverkauf, Einlasskontrolle, Ansprechpartner vor Ort zur Vor- und Nachbereitung der Veranstaltung.

### **Eigenproduktionen**

Neben den Tourneetheateraufführungen gab es in der Vergangenheit und gibt es auch heute noch in kleinem Umfang Eigenproduktionen des Kulturhauses. Ein weiterer Ausbau der Aktivitäten z.B. auch für die Spielfläche Waldbühne, die sich zunehmender Beliebtheit erfreut, wäre wünschenswert.

### **Zielgruppen und Nutzer**

Die Zielgruppe des Kulturhauses sind Kinder, Jugendliche, Erwachsene sowie Vereine und Unternehmen aus Lüdenscheid und Umgebung. Das Angebot des Kulturhauses wird von Unternehmen, Vereinen, Schulen, Kindergärten und Individualnutzern nachgefragt.

### **Weitere mögliche relevante Faktoren**

Die relativ große Gruppe von Migranten in und um Lüdenscheid wird durch das bisherige Kulturangebot nicht angesprochen. Hier ist eine Zusammenarbeit mit Migrantengruppen am entstehen und es besteht Entwicklungspotential.

### **Fragen zur zukünftigen Entwicklung / Welche konkreten Auswirkungen sind zu erwarten?**

#### **Auf Grundlage der allgemeinen Entwicklung**

Die Gesellschaft befindet sich in einem Wandel, es ist aber keine Kulturermüdung zu erkennen. Es existiert eher ein Überangebot an Freizeitveranstaltungen, was bei gleichzeitig knapper Freizeit zu einer Allinterdependenz der Märkte führt. Das Kulturhaus steht nicht nur in Konkurrenz zu Fernsehprogramm, Kino, Erlebniscentern, Diskotheken und Vereinen, sondern auch sonstigem Freizeitangebot. Es erfolgt überzeichnet eine Abwägung, ob die Küche renoviert (verbunden mit einem Besuch im Baumarkt) oder ein Theaterbesuch erfolgen soll. In dieser Zeit ist es wichtig, dass das Kulturhaus ein positives und aktuelles Image hat.

Mit der rasanten Entwicklung des Internets hat die Menge der zur Verfügung stehenden Informationen zugenommen. Es ist wichtig, dass das Programm und die Leistungen des Kulturhauses schnell und einfach zur Verfügung gestellt werden. Dies ist mit der Einführung der Homepage, dem Online -Ticketsystems, der Online Einbindung von Vorverkaufsstellen und dem Erfassen und Bewerben eines breiteren Adressatenkreises gelungen.

Die Sehgewohnheiten der Besucher haben sich verändert. Das bedeutet, dass althergebrachte Denkstrukturen überarbeitet werden müssen. Ein heute 65 Jähriger interessiert sich nicht aufgrund der Tatsache, dass er das Rentenalter erreicht hat automatisch für Operetten. Möglicherweise hat dieser Besucher in seiner Jugend Konzerte der Beatles, Rolling Stones oder anderer Gruppen besucht, so dass heute andere Veranstaltungen nachgefragt werden. Auf diese veränderten Bedürfnisse muss reagiert werden. Leider ist dies aufgrund der Ange-

botssituation am Tourneetheatermarkt nicht immer möglich. Dies hat aber Priorität, um das kulturelle Angebot mit den Wünschen der Besucher in Einklang zu bringen.

In einer Stadt mit einer begrenzten Nachfrage nach Kultur, einem entsprechenden Zuschauerraum und Budget ist es nur in Ausnahmefällen möglich Spitzenveranstaltungen zu präsentieren, da dies das Budget sprengen würde. Andererseits besteht aber aufgrund der z.Zt. steigenden Preise für Mobilität die Chance mit einem qualitativ hochwertigen Programm das Publikum dauerhaft an das Haus zu binden und das regionale Angebot wahrzunehmen.

Wie in den vorangehenden Absätzen beschreiben, ist ein ständiges Reagieren auf veränderte Rahmenbedingungen notwendig und muss der Öffentlichkeit durch entsprechende Pressearbeit verdeutlicht werden.

### **Auf Grundlage der Bevölkerungsprognose**

Wenn in Lüdenscheid die Bevölkerungsentwicklung weitergeht wie prognostiziert, werden weniger Menschen als potentielle Besucher des Hauses zur Verfügung stehen. Wenn es nicht gelingt, die bisherigen Besucher zu einem häufigeren Besuch des Hauses zu animieren oder es nicht gelingt, die große Gruppe der Nichtbesucher des Hauses zu begeistern, muss über eine Reduzierung des Angebotes oder eine Veränderung des Angebotes nachgedacht werden.

### **Schwellenwerte**

Schwellenwerte gibt es nicht, da die Attraktivität und damit die Frequenz des Besuches von verschiedenen Angeboten abhängig ist. Es kann durchaus sein, dass mit der Altersentwicklung in den umgebenden Gemeinden das geringe Kulturangebot komplett zurückgefahren wird, was dazu führt, dass das Angebot in Lüdenscheid stärker nachgefragt wird. Es sind zu viele Unbekannte in der Gleichung, als dass ein Schwellenwert genannt werden könnte.

### **Beeinflussbarkeit durch die Stadt**

Durch die Wahl des Angebotes können weitere Besuchergruppen angesprochen werden, sodass der Rückgang der Bewohner sich nicht in einem Rückgang der Besucher niederschlägt.

Es werden in der letzten Zeit verstärkt Veranstaltungen für ein jüngeres Publikum angeboten, z.B. Jazz, Pop und Rockkonzerte. Weiterhin ist der Aufbau einer Kinderuniversität geplant, sodass auch hier eine neue Publikumssicht angesprochen wird.

### **Handlungsnotwendigkeiten**

#### **Erhalt der Kultureinrichtungen**

Das Kulturhaus hat als weicher Standortfaktor eine erhebliche Bedeutung in einer eher unattraktiven Stadt. Die Wahl des Arbeitsplatzes und des Wohnsitzes wird neben der Verfügbarkeit der Arbeit von den weichen Standortfaktoren wie Schulen, Bücherei, Theater, Schwimmbad usw. abhängig gemacht.

Durch den Erhalt der Kultureinrichtungen, wird die Stadt im Vergleich zu anderen Städten, in denen das kulturelle Angebot abgebaut wird. Mit der Zunahme der Preise für Mobilität ist davon auszugehen, dass sich die Zahl der Pendler nach Lüdenscheid reduziert und diese Menschen ihren Wohnsitz in der Stadt nehmen. Wenn die Arbeitsplätze erhalten werden, kann zusammen mit der Errichtung einer Fachhochschule eine Stadt entstehen, die neben den Arbeitsplätzen, Bildung und Unterhaltung anbietet und damit attraktiv wird. Es ist daher mit einer Steigerung der Bevölkerungszahl zu rechnen.

#### **Ziele und Handlungsschwerpunkte**

Durch die Zusammenarbeit mit regionalen Partnern wird das Programm erweitert, doch dies beschränkt sich auf den weniger kostenintensiven Bereich der Jazz, Rock-Pop und Folkkonzerte, da die Finanzkraft der kooperierenden Vereine beschränkt ist.

Das Kulturhaus ist über die Stadtgrenzen hinaus bekannt, hat in kultureller Hinsicht eine Sogwirkung und leistet mit seiner Arbeit einen wichtigen Beitrag für die Attraktivität der Stadt. Diese Sogwirkung kann nur durch ein attraktives Programm erreicht werden, das muss aufrechterhalten werden.

## Grundanalyse und demografische Reflexion / Musikschule

### Bestandsaufnahme

| Jahr        | Schülerzahl | 26 - 60 Jahre | über 60 Jahre |
|-------------|-------------|---------------|---------------|
| <b>2002</b> | <b>1085</b> | <b>90</b>     | <b>16</b>     |
| 2003        | 1114        | 94            | 16            |
| 2004        | 1128        | 94            | 12            |
| 2005        | 1205        | 95            | 10            |
| 2006        | 1262        | 83            | 12            |
| 2007        | 1293        | 101           | 13            |
| <b>2008</b> | <b>1287</b> | <b>108</b>    | <b>12</b>     |

Ca. 10 % der SchülerInnen der Musikschule sind über 26 Jahre.

Die Musikschule bietet spezielle Kurse für „Erwachsene Wiedereinsteiger“<sup>1</sup> an. Die Nachfrage nach musikalischer Bildung ist auch im Kinder – und Jugendalter sehr stark, sodass zur Zeit alle Kapazitäten ausgeschöpft sind.

### ... zur zukünftigen Entwicklung

Der Umgang mit Erwachsenen erfordert eine differenzierte Pädagogik. Die Musikschule bietet z. Z. einen speziellen Erwachsenenkurs (s.o.) an, welcher ausgelastet ist.

Weitere Projekte sind vorstellbar, allerdings aus verschiedenen Gründen nicht realisierbar.

- Die Kapazitäten der Musikschule sind zur Zeit voll ausgelastet.
- Die hohe Nachfrage bei den Jugendlichen wird vorrangig behandelt.

Durch das initiierte Projekt vom Land NRW JeKi 2, ist davon auszugehen, dass die Nachfrage nach Musizieren in den nächsten Jahren weiter ansteigen wird.

### Ziele und Handlungsnotwendigkeiten

Die räumlichen und personellen Kapazitäten der Musikschule müssten erweitert werden. Die Pädagogen sind besonders auf den Umgang mit Erwachsenen zu schulen. Die zeitlichen Ressourcen von Erwachsenen im Alter steigen – die finanziellen Möglichkeiten schrumpfen. Diese Rahmenbedingungen müssen in der Gebührenstruktur Berücksichtigung finden.

1 Titel: Freude durch lernen – Lernen mit Freunden. Ein Kursus speziell für erwachsene Wiedereinsteiger

2 Bis zum Jahr 2010 soll jedem Grundschulkind des Ruhrgebiets die Möglichkeit offen stehen, ein Musikinstrument zu erlernen, das es sich selbst ausgesucht hat. Im Mittelpunkt steht das gemeinsame Musizieren der Kinder - von der ersten bis zur vierten Klasse. Ab 2010 soll das Projekt auf NRW ausgeweitet werden. [www.jedemkind.de](http://www.jedemkind.de)

### 3.6 Siedlungsstruktur, Wohnungsmarkt und Stadtumbau

#### Grundanalyse und demografische Reflexion

##### Siedlungsstrukturentwicklung

Die monozentrale Siedlungsstruktur Lüdenscheids ist kompakt und weist eine prägende und vergleichsweise hohe Bevölkerungsdichte - in Bezug zu den Siedlungs- und Verkehrsflächen - auf. In der Vergleichsgruppe „Große Mittelstadt“ liegt der Gruppendurchschnitt bei 2.628 Einwohnern pro km<sup>2</sup> und in Lüdenscheid bei beachtlichen 3.201 Einwohnern pro km<sup>2</sup>. Diese dichte Siedlungsstruktur bietet bei Bevölkerungsrückgängen zunächst wesentliche Vorteile, da eine Reduzierung der Einwohnerdichte, bei überschaubaren Bevölkerungsrückgängen, nur zu einer Reduzierung der erheblichen Dichtewerte führt, ohne dass ganze Siedlungsbereiche und die hiermit verbundene technische Infrastruktur strukturell gefährdet sind. Kleinteiligere Randlagen, insbesondere mit Mehrfamilienhäusern können aber zunehmend problematisch werden, insbesondere wenn die Bevölkerungszahl unter 70.000 Einwohner sinkt.

Die Siedlungsfläche hat in den letzten Jahre vergleichsweise gering zugenommen, ist aber auch während der aktuellen Einwohnerrückgänge kontinuierlich gewachsen. Während in der Gruppe der Kommunen gleicher Größe zwischen 1996 und 2007 der Siedlungsflächenanstieg ca. 7,5 % betrug waren dies in Lüdenscheid lediglich rund 3,3 %. In dem Zeitraum ab 1996 hat Lüdenscheid allerdings auch merklich und im Vergleich zur Gruppe „Große Mittelstadt“ überdurchschnittlich viel Bevölkerung verloren. Diese demografische Entwicklung hat anscheinend dazu beigetragen, dass die Flächeninanspruchnahme der letzten Jahre weniger stark ausgeprägt war und der Druck auf die Freiflächen nachgelassen hat.

Neben den Wohnungen der ca. 77.600 Einwohnern werden in Lüdenscheid auch Flächen für die Arbeitsplätze von ca. 50.000 Beschäftigten (nicht nur die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten) bereitgestellt. Lüdenscheid ist ein bedeutender regionaler Arbeitsmarktschwerpunkt. Dies spiegelt sich in dem Anstieg der "Tagesbevölkerung" zwischen 1998 und dem Jahr 2004 deutlich wieder. Als Tagesbevölkerung bezeichnet man die Wohnbevölkerung abzüglich der Auspendler und zuzüglich der Einpendler. Während die Tagesbevölkerung 1998 noch rund 91.000 Personen umfasste, waren es 2004 bereits rund 93.200 Personen. Die Zahl der Einpendler ist in diesem Zeitraum merklich angestiegen. Auch dieser Trend begründet die weitere Inanspruchnahme von Siedlungsflächen, da die Anzahl der Personen, die Flächen beanspruchen, weiterhin hoch ist, obwohl die Wohnbevölkerungszahl abnimmt.

Wegen des Anstieges der Flächenbedarfe pro Person ergeben sich auch bei rückläufiger Einwohner- und stagnierender Arbeitsplatzzahl steigende Flächenansprüche. Sowohl die Wohnfläche als auch die Arbeitsfläche pro Person ist in den letzten Jahren kontinuierlich weiter angestiegen. Der Rückgang der Wohnbevölkerung mildert die flächenbeanspruchende Wirkung dieses Trends lediglich ab. Während 1998 die Wohnfläche pro Einwohner noch 34,8 m<sup>2</sup> betrug, waren es Ende 2006 bereits 38,2 m<sup>2</sup>. Bezogen auf die Gesamtbevölkerung ergibt sich deswegen ein erheblicher Mehrbedarf an Wohnfläche. Die Entwicklung begründet sich insbesondere aus dem Rückgang der Personen pro Haushalt und dem Anstieg der Haushaltszahl. In dem aktuellen Bedarfsmodell zur Ermittlung des Wohnflächenbedarfs ergibt sich bei einer Wohnbevölkerung von 74.000 Personen im Jahr 2020 aus jedem weiteren Rückgang der Haushaltsgröße um 0,1 Personen ein Mehrbedarf an Wohnfläche von 50 ha Siedlungsfläche.

Bei der Gewerbeflächeninanspruchnahme wird in den Bedarfsberechnungen auf Ebene der Regionalplanung inzwischen von 250 m<sup>2</sup> pro Beschäftigten ausgegangen, während im 2005 abgeschlossenen Verfahren zur Neuaufstellung des Gebietsentwicklungsplanes noch von 225 m<sup>2</sup> ausgegangen wurde. Die zunehmende Automation von Fertigungsprozessen und logistische Anforderungen werden zu weiteren - nicht unerheblichen - Flächenansprüchen heimischer Unternehmen führen.

### **Wohnungsmarkt**

Der Wohnungsbestand nimmt in den letzten Jahren in Lüdenscheid kontinuierlich zu. Dabei ist allerdings festzustellen, dass sich das jährliche Wachstum seit 2000 abschwächt. Zwischen 1998 und 2006 betrug das Wachstum an Wohnungen 3,8 %. Beim Wohnflächenbestand in m<sup>2</sup> Wohnfläche betrug die Steigerung sogar 5,1 %, während im gleichen Zeitraum die Einwohnerzahl bereits um 4,1 % zurückgegangen ist. Der Grund ist die schon geschilderte rückläufige durchschnittliche Haushaltsgröße. Die Folge der gegenläufigen Trends (Abnahme der Bevölkerung / Zunahme der Wohnfläche) ist ein bedeutender Anstieg der Wohnfläche pro Einwohner. Der Bedarf an Wohnraum wird bis 2020 voraussichtlich noch weiter ansteigen, da keine Veränderung im Trend sinkender Haushaltsgrößen absehbar ist. Lediglich erhebliche Bevölkerungsverluste, mit Bevölkerungszahlen unter 72.000, könnten die Wirkung dieses Trends ganz überlagern.

Eine Studie des LDS, auf Basis von Mikrozensusdaten, weist für den Märkischen Kreis eine Wohneigentumsquote zwischen 35 und 45 % aus. Das LDS verfügt leider nicht über Angaben für die einzelnen Kommunen des Märkischen Kreises. Daher sind ohne weitere Erhebungen keine differenzierten primären Daten zur Eigentumsquote in Lüdenscheid vorhanden. Verfügbar sind allerdings aufschlussreiche Daten hinsichtlich der Verteilung des Wohnungsbestandes entsprechend der Anzahl der Wohnungen in den Häusern. Somit können die Häuser mit 1-2 Wohnungen von denen mit drei und mehr Wohnungen, die im Folgenden als Mehrfamilienhäuser bezeichnet werden, unterschieden werden. Eine Studie des LDS belegt, dass sich in NRW Wohneigentum zu ca. 75 % auf ein Haus mit höchstens zwei Wohnungen bezieht. Indirekt kann man somit auch vorsichtige Rückschlüsse auf die Eigentumsituation in Lüdenscheid entwickeln.

Die Lüdenscheider Wohnungsstruktur ist in Bezug auf die Kommunen der Vergleichsgruppe „Große Mittelstadt“ und die Ausprägung auf Kreisebene sehr spezifisch. Wohnungen in Häusern mit 1-2 Wohnungen sind in Lüdenscheid mit nur 31 % im räumlichen Vergleich deutlich unterdurchschnittlich vertreten. Im Märkischen Kreis liegt der Anteil um 15 % höher bei 46 % und im Landesdurchschnitt bei 43%. Im Landesdurchschnitt ist eine Mietwohnung im Durchschnitt 70,4 m<sup>2</sup> groß und Eigenheime bzw. Eigentumswohnungen 118,5 m<sup>2</sup>. Die Wohnungsstruktur Lüdenscheids ist wegen der geringeren Wohnfläche pro Einwohner und des Schwerpunktes der kompakten Wohnungsanordnung in Mehrfamilienhäuser insgesamt flächensparend. Problematisch ist der hohe Bestand an Geschosswohnungen hinsichtlich der Eignung als Seniorenwohnungen. Diese Struktur mit dem hohen Anteil an flächensparenden Mehrfamilienhäusern erklärt auch die hohe Siedlungsdichte sowie die - zum Landesdurchschnitt - unterdurchschnittliche Ausstattung mit Wohnfläche pro Person (Lüdenscheid 37 m<sup>2</sup> / NRW 39m<sup>2</sup>).

Aufgrund der enormen Einpendlerzahlen von über 20.000 Personen bei ca. 50.000 Arbeits- und Ausbildungsplätzen scheint der Wohnungsmarkt in einem starken regionalen Kontext zu stehen. Der Lüdenscheider Wohnungsmarkt steht hierbei mit einem Schwerpunkt für die Bereitstellung der flexibler verfügbaren Mietwohnungsbestände. In Lüdenscheid haben auch die Eigentumswohnungen in Mehrfamilienhäusern eine wichtige Bedeutung. Die Bedarfsdeckung bei den Einfamilienhäusern muss daher im regionalen Zusammenhang gesehen werden. Aufgrund der eindeutigen Ausrichtung der Wohnungsstruktur Lüdenscheids muss von einer vergleichsweise geringeren Eigentumsquote als im Landesdurchschnitt ausgegangen werden.

Die grundlegenden Schwerpunkte des Lüdenscheider Wohnungsmarktes mit rund 38.000 Wohneinheiten stehen im wesentlichen fest und lassen sich nur noch unwesentlich durch die Bereitstellung von Neubaugebieten ändern. Insbesondere in Zeiten verminderter Bautätigkeit sind bis 2020 lediglich einige gezielte strukturelle Ergänzungen und ansonsten eher notwendige Veränderungen im Wohnungsbestand erreichbar.

In den letzten fünf Jahren betrug das negative Wanderungssaldo im Durchschnitt 500 Personen. Diese derzeit merklichen Abwanderungstendenzen tragen zur Entlastung des Wohnungsmarktes bei, ohne dass bisher gesamtstrukturell auffällige Leerstandsquoten bemerkbar sind. Eine Befragung der größeren Wohnungsgesellschaften hat ergeben, dass Mehrfamilienhäuser in peripheren Lagen und Wohnungen mit schlechtem Ausstattungsstandard derzeit schwierig zu vermarkten sind, aber gleichzeitig Wartelisten zu innerstädtischen Lagen mit gutem Standard bestehen.

Die demografische Entwicklung führt auch in den nächsten Jahren zu einem Anstieg der Zahl der Haushalte, die eine Wohnung benötigen. Erst bei sehr starker Abwanderung der Bevölkerung würde, wenigstens rechnerisch, der Bestand an Wohnflächen dem Bedarf entsprechen. Fraglich ist jedoch auch in diesem Fall die strukturelle Deckung. Nach Ansicht der LBS ist insbesondere die mittelfristige Bedarfsdeckung im Segment der Mietwohnungen als kritisch zu bewerten. Insbesondere in diesem Marktsegment hat die Bautätigkeit stark nachgelassen. Zwar ist im regionalen Vergleich der Anteil der Mehrfamilienhäuser in Lüdenscheid überproportional, doch hat dieses flexible Marktsegment anscheinend auch eine große Bedeutung für die zukünftige Bedarfsdeckung. Engpässe würden insbesondere bei steigenden Zuwanderungszahlen zu erwarten sein. Ein verstärkter Bedarf ist im Bereich der Senioren und Singles zu erwarten, die in eher zentralen Lagen mittlere bis kleine Immobilien benötigen.

Im Rahmen der seit 1998 aufgestellten Bauleitpläne wurde schwerpunktmäßig Planungsrecht für Einfamilienhäuser geschaffen. Der verbliebene Mehrfamilienhausbau orientiert sich hier zu den integrierten Lagen. Der Grundstücksmarkt wird zunehmend von der Vermarktung der vorhandenen Bestandsobjekte geprägt, der Wohnungsneubau hat an Bedeutung verloren. Der Verkauf von Eigentumswohnungen hat sich nach einer Hochphase im Jahr 1998 stark rückläufig entwickelt. Auch rückläufig ist der Marktanteil der unbebauten Grundstücke für den individuellen Wohnungsbau. Ein Vergleich von 16 Neubaugebieten im Umland von Lüdenscheid zeigt durchweg eine zurzeit schleppende Vermarktung und eine sehr geringe Bautätigkeit.

Dagegen ist der Verkauf von bebauten Grundstücken im Rahmen von Jahresschwankungen recht stabil geblieben. In diesem Marktsegment haben die Ein- und Zweifamilienhäuser eine starke Bedeutung. Viele Käufer bevorzugen hier Bestandsobjekte in guten innenstadtnahen Lagen.

Aufgrund der Altersstruktur der Bevölkerung wird der Wechsel Alt zu Jung auch weiterhin bis 2020 zu einer hohen Bedeutung der Bestandsverkäufe beitragen. Insbesondere bei weiter stark rückläufigen Bevölkerungszahlen wird das Segment der unbebauten Grundstücke nur noch eine geringe Bedeutung haben. Zunehmend schwieriger wird es sein, nicht optimale Lagen zu vermarkten. Für gute Lagen wird auch zukünftig ein Markt bestehen. Entsprechend hochwertige Neubaugebiete, wie dies z.B. das Neubaugebiet Oeneking war, fehlen derzeit in Lüdenscheid.

Während die Preise für Bauland und gebrauchte Immobilien im regionalen Vergleich durchschnittlich ausfallen, erreichen die Mietpreise im Vergleich zum Kreis anscheinend ein relativ hohes Niveau. Aufgrund des geringen Marktgeschehens ist es schwierig, die zukünftige Entwicklung der Bauland-, Immobilienpreise und Mietpreise einzuschätzen. Entscheidend für die allgemeine Preisentwicklung bis 2020 ist es, ob die verfügbaren Bestandsobjekte den Bedarf weitgehend decken können.

### **Stadtumbau**

Aufgrund des sehr dynamischen demografischen Wandels Lüdenscheids ist dieses Thema auf Stadtbezirksebene durchaus relevant. Auf Landesebene ist die Thematik unter anderem auch in den Förderprogrammen „Soziale Stadt“ und „Stadtumbau West“ berücksichtigt. Eine entsprechende Voruntersuchung hat das Büro Wolter Partner für Brügge durchgeführt, da

sich hier deutliche Hinweise auf eine problematische nicht akzeptable städtebauliche Entwicklung abzeichnen. Begründet ist dies auch erheblich durch den demografischen Wandel in Brügge. Brügge könnte im Rahmen eines Stadtumbauprojektes Modellcharakter hinsichtlich des demografischen Wandels in Stadtteilen erhalten. Ob hier oder in anderem Stadtteilen ein Projekt entstehen kann, ist noch weiter zu prüfen.

### **Fachbereichsbezug zum Handlungsfeld / Kommunale Steuerungsmöglichkeiten**

Der direkte Einfluss auf den Wohnungsmarkt im Sinne einer kommunalen Bereitstellung von Wohnraum ist für Lüdenscheid begrenzt. Die Stadt ist zwar an der Lüdenscheider Wohnungsgesellschaft mbH beteiligt, diese verfügt aber in Bezug auf den gesamten Wohnungsbestand über eine geringe Anzahl an Wohnungen. Darüber hinaus ist auch noch die Beteiligung an dem Seniorenwohnheim Weststraße GmbH, hinsichtlich des Wohnungsmarktes für Senioren, zu erwähnen. Eher verwaltungstechnischer Natur sind die Aufgaben der Wohngeldvergabe und der Vergabe von Wohnberechtigungsbescheinigungen.

Auf den Wohnungsmarkt kann jedoch auch indirekt über die Schaffung von Baurecht Einfluss genommen werden. Hier kommt der Bauleitplanung eine besondere Bedeutung zu, um die Grundlage für Wohnbauinvestitionen gewährleisten zu können und Baulandengpässen entgegenwirken zu können. Insbesondere kann auch die Umwandlung von Brachflächen planerisch zumindest unterstützt werden. Im Rahmen der derzeit laufenden Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes wird die Entwicklung der Nutzungsstruktur der Siedlungsfläche bis 2020 geplant.

Die Begleitung notwendiger Strukturveränderungen des Wohnungsbestandes ist auch im Rahmen eines kooperativer Maßnahmenkonzeptes denkbar. Das Land propagiert in diesem Zusammenhang die Erarbeitung entsprechender kommunaler Handlungskonzepte. Solche Initiativen sollen die Akteure des Wohnungsmarktes ansprechen und eine gemeinsame Zielerreichung fördern.

Projekte des Stadtumbaus konzentrieren Ressourcen auf einen besonderen Handlungsschwerpunkt im Stadtgefüge. In der Regel ist hierfür ein integriertes Handlungskonzept notwendig, das die besonderen Defizite und Entwicklungsmöglichkeiten aufgezeigt. Es handelt sich zumeist um Projekte mit erheblichem Handlungsbedarf. Auch wenn Förderungsmöglichkeiten bestehen, bindet die Kommune im erheblichen Maß ihre Ressourcen. Die kommunale Einflussnahme ist dann aber im hohen Maße gegeben und kann erheblich und spürbar unmittelbar eine positive Stadtentwicklung beeinflussen.

### **Bezug zu externen Stellen und Beteiligungsnotwendigkeiten**

Bei der weiteren Diskussion der Thematik wären in erster Linie die heimischen Wohnungsverwaltungen und Wohnungsgesellschaften Kooperationspartner. Diese verwalten jedoch nur einen relativ geringen Anteil des gesamten Lüdenscheider Wohnungsbestandes.

Darüber hinaus existiert zur Thematik Wohnen / Demografie derzeit ein Arbeitskreis auf Kreisebene. Der Schwerpunkt dieses Arbeitskreises, mit dem provisorischen Arbeitstitel „Kompetenzzentrum Wohnen“, lag bisher eher im informellen Bereich. Überlegungen zu eventuellen gemeinsamen Studien im Zusammenhang mit der Regionale konnten bisher nicht konkretisiert werden.

### Erste Handlungseinschätzungen

Auch bei einer weiteren Reduzierung der Einwohnerzahlen ergibt sich bis 2020 keine Notwendigkeit, den Rückbau von Siedlungsbereichen planerisch zu berücksichtigen, da der Bestand an Wohnflächen generell benötigt wird.

Die Änderung der Einwohnerdichte muss in Bezug auf die Infrastruktur und das Angebot an Wohnungen innerhalb der bestehenden Struktur bewältigt werden.

Die Einrichtung eines Systems zur differenzierten Beobachtung der Alters-, Dichte- und Wanderungsentwicklung nach Bezirken wäre hier hilfreich, um die Entwicklung einschätzen zu können.

Überlegungen zu Flächenausweisungen sind im Zeitraum bis 2020 als Optionsplanung wichtig, um kurzfristig auf Entwicklungstrend reagieren zu können. Das Leitbild zur Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes setzt hierbei Prioritäten.

Die Bedeutung Lüdenscheids als regionaler Arbeitsmarktschwerpunkt sollte erhalten und stabilisiert werden, indem im Rahmen der Möglichkeiten geeignete Siedlungsflächen als Entwicklungsoption festgestellt werden.

Der Wohnungsbestand kann - in Bezug auf Anzahl und Struktur - kurz- und mittelfristig nicht wesentlich verändert werden. Notwendig ist jedoch eine strukturelle Anpassung der Bestände, hinsichtlich der Haushaltsgrößen- und Altersstrukturveränderung.

Durch zielgerichtete Ergänzungen kann der Strukturwandel unterstützt werden. Themen sind hier Wechsel Alt zu Jung, Familienfreundlichkeit, Seniorenwohnen und Bereitstellung von Wohnungen für Beschäftigte der heimischen Wirtschaft.

Handlungsbedarf ergibt sich auch aufgrund der Eignung der Wohnungsbestände – insbesondere bei den zahlreichen Geschosswohnungen – hinsichtlich der alternden Bevölkerung (altengerechter Standard).

Für die zukünftige Stadtentwicklung sollten kleinere Neubaugebiete in zentralen bzw. innenstadtnahen Lagen vorrangig entwickelt werden. Größere Neubaugebiete am Stadtrand entsprechen nicht mehr der Nachfragesituation und sollten nur als Entwicklungsoption für Trendänderungen gelten.

Ob für Brügge oder und andere Stadtteile die Notwendigkeit für ein Projekt des Stadtumbaus gesehen wird, ist noch zwischen Verwaltung, Politik und Bürgerschaft zu klären.

### 3.7. Schulen und Sport

#### **Grundanalyse und demografische Reflexion für den Bereich Schulen**

##### **Grundschulen**

Im Stadtgebiet gibt es derzeit 12 städt. Grundschulen mit 15 Standorten. In diesen Grundschulen werden im lfd. Schuljahr 2837 Schüler/innen in 122 Klassengemeinschaften unterrichtet (zum Vgl. Schj. 1999/2000: 3.666 in 150)

Ausgehend

- von den aktuellen Schülerzahlen
- von den Meldedaten
- von den Angaben des LDS

ergibt sich bis zum Schj. 2019/20 eine Verringerung der Gesamtzahl der Grundschüler im Schj. 2019/20 um 265 auf 2.572 (minus 9,4 %) in 107 Klassengemeinschaften.

##### **Hauptschulen**

Im Stadtgebiet gibt es derzeit 2 städt. Hauptschulen (je 1 Halbtags- und 1 Ganztagschule) mit 3 Standorten. In diesen Hauptschulen werden im lfd. Schuljahr 888 Schüler/innen in 36 Klassengemeinschaften unterrichtet (zum Vgl. Schj. 1999/2000: 1.378 in 52)

Ausgehend

- von den aktuellen Schülerzahlen
- von einer Übergangsquote von 12,0 %
- von der Beibehaltung derzeitiger Schulstrukturen

ergibt sich eine Verringerung der Gesamtzahl der Hauptschüler/innen im Schuljahr 2019/20 um 327 auf 561 (minus 36,8 %) in 23 Klassengemeinschaften.

##### **Realschulen**

Im Stadtgebiet gibt es derzeit 2 städt. Realschulen. In diesen Schulen werden im lfd. Schuljahr 1.317 Schüler/innen in 47 Klassengemeinschaften unterrichtet (zum Vgl. Schj. 1999/2000: 1.500 in 54).

Ausgehend

- von den aktuellen Schülerzahlen
- von einer Übergangsquote von 28 %
- von einer Einpendlerzahl von 25 Schülerinnen/Schülern
- von der Beibehaltung derzeitiger Schulstrukturen

ergibt sich eine Verringerung der Gesamtzahl der Realschülerinnen im Schuljahr 2019/20 um 72 auf 1.245 (minus 5,5 %) in 45 Klassengemeinschaften.

##### **Gymnasien**

Im Stadtgebiet gibt es derzeit 3 städt. Gymnasien mit insgesamt 2.617 Schüler/innen (Sek. I: 1.828 in 65 Klassengemeinschaften, Sek. II: 789). Zum Vergleich Schuljahr 1999/2000: 2.428 Schüler/innen, davon Sek. I: 1.748 in 65 Klassengemeinschaften, Sek. II: 680.

Ausgehend

- von der aktuellen Schülerzahl
- von einer Übergangsquote von 33 %
- von einer Einpendlerzahl von 90 Schülerinnen/Schülern
- von dem ersten durchgehenden G 8–Jahrgang 2013/14
- von der Beibehaltung derzeitiger Schulstrukturen

ergibt sich eine Verringerung der Gesamtzahl der Gymnasialschülerinnen im Schuljahr 2019/20 um 327 auf 2.290 (minus 12,5 %). Der Rückgang resultiert aus dem Fehlen eines Jahrgangs (G 8). Die Auswirkung auf die Klassenzahlen in der Sek. I sind noch nicht bekannt.

### **Gesamtschulen**

Im Stadtgebiet gibt es derzeit 1 städt. Gesamtschule mit insg. 1.234 Schülerinnen/Schülern (Sek. I: 1.010 in 36 Klassengemeinschaften, Sek. II: 224). Zum Vergleich Schuljahr 1999/2000: 1.279 Schüler/innen, davon Sek. I: 1.031 in 37 Klassengemeinschaften, Sek. II: 248.

Ausgehend

- von der aktuellen Schülerzahl
  - von einer **Anmeldequote** von ca. 30 %
  - von einer Einpendlerzahl von 20 Schülerinnen/Schülern
  - von der Aufnahmekapazität von 180 Schülerinnen/Schülern je Jahrgang
- bleibt die Gesamtzahl der Gesamtschüler/innen stabil.

### **Förderschulen**

Im Stadtgebiet gibt es derzeit eine Förderschule mit dem Förderschwerpunkt „Lernen“ mit insgesamt 214 Schülerinnen/Schülern in 15 Klassengemeinschaften (zum Vergleich Schuljahr 1999/2000: 264 Schüler/innen in 18 Klassengemeinschaften).

Da es keine Übergangsquoten zur Förderschule gibt, kann die Schülerzahl ins Verhältnis zur gesamten Schülerzahl aller städt. Schulen gesetzt werden. Daraus ergibt sich für das Schuljahr 2019/20 eine Verringerung der Schülerzahl um 58 auf 206 (minus 22 %) in 13 Klassengemeinschaften.

### **Schule für Kranke**

Im Klinikbereich Hohfuhrstraße gibt es die Schule für Kranke. Dort werden im lfd. Schuljahr 43 Schüler/innen unterrichtet (zum Vgl. Schuljahr 1999/2000: 29).

## **Fachbereichsbezug zum Handlungsfeld / Kommunale Steuerungsmöglichkeiten**

Nach Wegfall der Schulbezirke für die Grundschulen im letzten Schuljahr kann noch keine gesicherte Erkenntnis über das Wahlverhalten der Eltern vorgelegt werden; daher ist es problematisch, zu ermitteln, in welchen Schulen der Rückgang der Schüler/innen und damit der Klassengemeinschaften stattfinden wird.

Tendenziell wird dies sicherlich in den Außenbereichen der Stadt sein, erste Reaktionen erfolgten bereits mit der Errichtung der Verbundschulen Kalve / Brüninghausen, Gevelndorf / Hermann-Gmeiner, Schöneck / Brügge.

Ebenfalls tendenziell ist derzeit zu beobachten, dass ein Rückgang im Innenstadtbereich nicht oder nur unerheblich stattfindet.

Aus der o.g. Darstellung kann gefolgert werden, dass in einigen Schulen künftig freie Räume vorzufinden sind. Schon jetzt ist allerdings erkennbar, dass es dafür systembedingte neue Nutzungen geben wird; dies sind z.B. Offene Ganztagsangebote, Differenzierungen, Sprachförderung, Englisch.

Kommunale Steuerungsmöglichkeiten sind im Bereich der weiterführenden Schulen nicht oder nur in sehr geringem Umfang gegeben, da die Entwicklungen abhängig sind vom Wahlverhalten der Eltern und zudem von den Übergangsempfehlungen der Grundschulen.

## **Bezug zu externen Stellen und Beteiligungsnotwendigkeiten**

Neben den demografischen Aspekten sind im Bereich der künftigen Schulentwicklung die Vorgaben des Landesgesetzgebers einzubeziehen. Somit ist eine enge Abstimmung mit der

Schulaufsicht (Märkischer Kreis/Bezirksregierung) vorzunehmen. Dabei ist es derzeit schwierig einzuschätzen, welche Auswirkungen z. B.

- Schulstrukturdebatten
- Ganztagsoffensiven
- Lehrerversorgung
- oder auch gesellschaftspolitische Gegebenheiten

haben werden.

Zu beteiligen im weiteren Prozess sind andere Schulträger. So z. B. der Märkische Kreis als Träger der Beruflichen Schulen und weiterer Förderschulen. Mit benachbarten Städten und Gemeinden ist im Rahmen interkommunaler Zusammenarbeit Abstimmung und Beteiligung bei unterschiedlichen Schulformangeboten zu suchen. Ferner sind Planungen freier Schulträger, wie z. B. Freie Christliche Schulen, Waldorfschule, zu berücksichtigen.

### **Erste Handlungseinschätzungen**

Im Bereich der Grundschulen soll ein wohnortnahes Schulangebot unter Berücksichtigung verantwortbarer Kosten gesichert werden. Wenn die entsprechenden Schülerzahlen an den jeweiligen Standorten dies zulassen, soll dieses Ziel auch ggfs. mit weiteren Verbundschulen erreicht werden. Dabei kann es auch zu Zielkonflikten kommen, nämlich dann, wenn wohnortnahe Versorgung angestrebt wird; dafür Kinder aber von der Stammschule dem Standort zugewiesen werden müssen.

Der Bestand von Grundschulstandorten ist einerseits eine Frage der Demografie, andererseits wird die Entwicklung stark beeinflusst von politischen Entscheidungen und künftigen schulrechtlichen Vorschriften.

Im Bereich der weiterführenden Schulen soll ein komplettes Schulangebot unter Einbeziehung der Hauptschulen erhalten bleiben.

Die Erreichung des vorgenannten Zieles ist nicht allein vom städt. Willen abhängig. Vielmehr wird dies beeinflusst von der Nachfrage und von landespolitischen Vorgaben.

Wenn die Tendenz zum weiteren Rückgang in den Hauptschulen anhält, ist es fraglich, ob ein Halbtags- und ein Ganztagsangebot parallel in 2 Schulen erhalten bleiben kann. Vorteilhaft wäre sicherlich der Ganztags mit einer bestandskräftigen Zukunft; u.a. auch deshalb, weil Jugendhilfeangebote leichter in die Schule integriert werden können.

Soweit die Nachfrage dies zulässt, sollen die beiden Realschulen bestehen bleiben.

Schulpolitische Diskussionen zu den Realschulen sind derzeit nicht bekannt. Verschiedentlich wurde über eine evtl. Zusammenlegung von Haupt- und Realschulen diskutiert.

Gleichwohl sollten räumliche Optionen (z.B. Gebäude Wefelshohl) offengehalten werden, damit nicht durch evtl. vorschnelle Entscheidungen Entwicklungsperspektiven eingeschränkt werden.

Die drei Gymnasien sollen bestehen bleiben.

Schulpolitische Diskussionen zu den Gymnasien sind derzeit nicht bekannt. Die Übergangsquoten sind städtischerseits nicht steuerbar, hängen z.B. auch u.a. von den Übergangsempfehlungen der Grundschulen ab.

## Grundlagen zum Demografiekonzept

Ebenso sind die Einpendlerzahlen nicht zu beeinflussen; neue gymnasiale Angebote ebenso wie deren Wegfall in Nachbarstädten oder Gemeinden können sich auswirken.

Nicht eingeschätzt werden können derzeit die Verweilquoten aufgrund des G 8; möglich sind verstärkte Abgänge aus den Jahrgängen 6 und folgende.

Die Gesamtschule soll bestehen bleiben. Handlungsnotwendigkeiten sind z. Zt. nicht erkennbar.

Die Förderschule mit dem Schwerpunkt „Lernen“ soll zur wohnortnahen Beschulung lernbehinderter Kinder bestehen bleiben.

Die Handlungsnotwendigkeiten im Bereich der Förderschulen sind nur in geringem Umfang von der Stadt zu beeinflussen; dies gilt insbesondere für Strukturveränderungen in diesem Bereich.

Die Schule für Kranke soll in Verbindung mit dem Klinikum erhalten bleiben.

Die Entwicklung der Schule für Kranke kann nicht von der Stadt beeinflusst werden. Die Schülerzahl ist abhängig von der Zahl der Patienten mit der entsprechenden Klinikverweildauer. Allerdings ist in den kommenden Jahren verstärkt zu beobachten, aus welchen Städten und Gemeinden die Schüler/innen kommen. Ggfs. ist über eine geänderte Schulträgerschaft nachzudenken. Eine räumliche Verlagerung des Schulstandortes, voraussichtlich in den Klinikbereich Hellersen zeichnet sich ab.

## Grundanalyse und demografische Reflexion für den Bereich Sport

### Auswirkungen des demografischen Wandels auf den Sport

(Quelle: DOSB Deutscher Olympischer Sportbund)

Bevölkerungsstatistisch betrachtet sind für den organisierten Sport nachhaltige Konsequenzen unausweichlich. Die Vereine und Verbände werden sich programmatisch auf potenziell weniger junge, deutlich mehr alte und immer mehr Mitglieder ausländischer Herkunft einstellen müssen. Dabei wird es zu teils erheblichen regionalen und zeitlichen Differenzen kommen.

Über Zahlen und Auswirkungen des demografischen Wandels lassen sich eine Reihe inhaltlicher Schnittstellen zum organisierten Sport herleiten. Die Rollen beider Bereiche sind dabei als höchst unterschiedlich anzusehen: Während dem demografischen Wandel der Part eines den Gesamtrahmen vorgebenden bzw. begrenzenden Elementes zukommt, wird sich der Sport zunehmend als ein sich anpassender, demografische Spielräume gestaltender Akteur wieder finden.

Mitgliedszahler der Lüdenscheider Vereine (Gesamt):

|             |              |
|-------------|--------------|
| <b>2000</b> | <b>21171</b> |
| 2001        | 20536        |
| 2002        | 21019        |
| 2003        | 21178        |
| 2004        | 21254        |
| 2005        | 20955        |
| 2006        | 29729        |
| <b>2007</b> | <b>20472</b> |

### Kinder- und Jugendsport:

Trotz des Geburtenrückganges der letzten Jahre konnte die Zahl der Kinder und Jugendlichen im Sport weiter gesteigert werden. Durch den demografischen Wandel wird die Anzahl der unter 18-Jährigen in Deutschland jedoch deutlich zurückgehen. Somit könnte sich auch die Zahl der Vereinsmitglieder im Kinder- und Jugendbereich bis 2030 deutlich reduzieren. Würde man den demografischen Wandel eins zu eins auf den Sport übertragen ist bundesweit ist mit einem Rückgang von derzeit 7,5 Millionen auf weniger als 6 Mio. Mitgliedschaften zu rechnen (-20%). Der vereins- und sportartenübergreifende Wettbewerb um die jungen Talente dürfte damit in vielen Regionen vehement an Schärfe gewinnen. In diesem Bereich ergeben sich für den Sport in Lüdenscheid insbesondere neue Perspektiven in der Gestaltung des offenen Ganztags an den Schulen. Hier sind wir zurzeit noch am Beginn der Entwicklung, aber es gibt schon viele gute Beispiele für eine Zusammenarbeit zwischen dem Sport und den Schulen.

Kinder und Jugendsport (Zahlen für Lüdenscheid) 0 bis 18 Jahre:

|             |             |
|-------------|-------------|
| <b>2000</b> | <b>6000</b> |
| 2001        | 6020        |
| 2002        | 6000        |
| 2003        | 6050        |
| 2004        | 6220        |
| 2005        | 6300        |
| 2006        | 6130        |
| <b>2007</b> | <b>6120</b> |

Familie und Sport: Weitere nachhaltige Auswirkungen des demografischen Wandels sind das Ausdünnen von familiären und verwandtschaftlichen Verhältnissen bzw. Bindungen.

Gleichzeitig prägen Arbeitsstress, Zeitnot und berufliche Mobilität den Alltag vieler Elternpaare. Anders ausgedrückt: Wo „Omi um die Ecke“ oder große Geschwister immer seltener werden, sind häufig echte Management-Qualitäten gefragt, ist jede freie Minute kostbar. Mit familienfreundlichen Vereinsangeboten, Betreuungszeiten und in Bündnissen vor Ort (Schulen, Kindergärten etc.) kann der Sport hier unterstützend wirken. Obwohl die Familie von jeher eine wichtige Zielgruppe der Vereine ist, sollte sie in Zukunft noch mehr Beachtung erfahren. Auch weil hier das Verhältnis des Nachwuchses zum Sport geprägt und als Positivbestandteil der eigenen Biografie manifestiert wird. Auch hier gibt es interessante Ansätze in der Stadt Lüdenscheid, wie z.B. das Angebot „Sporteln am Sonntag“, welches sich besonders an Familien richtet. Das Angebot zeigt, wie durch Zusammenarbeit zwischen den Vereinen und der Stadt ein neues, attraktives Angebot entstehen kann.

### **Sport der Älteren:**

Obwohl die Partizipation der "über 60-Jährigen" am Sport in der jüngeren Vergangenheit deutlich zugenommen hat, offenbaren demografische Daten auch zukünftig enorme Wachstumspotenziale. Bis 2030 dürfte sich die Zahl der Mitgliedschaften bei gleich bleibendem Organisationsgrad von derzeit 3,3 auf rund 4,6 Millionen erhöhen (+40%). Mit Programmen wie „Richtig fit ab 50“ oder aber „Bewegungsangebote 70+“ trägt der DOSB dieser Entwicklung bereits heute intensiv Rechnung. Dennoch gilt es auch weiterhin, gemeinschaftliche Wege in eine seniorengerechtere Sportwelt zu beschreiten – mutig und innovativ. Dies setzt allerdings voraus, dass die Sportstätten dem gestiegenen Komfortanspruch der älteren Sporttreibenden entsprechen: z.B. Kunstrasen, Duschanlagen. Die Zahlen zeigen, auch hier in Lüdenscheid, dass für den Bereich Sport der Älteren ein erhöhter Bedarf besteht. Zurzeit strukturieren viele Sportvereine in Lüdenscheid ihr Programm um, indem Angebote gezielt für diese Altersgruppe geschaffen werden. So gibt es, eher untypisch für den normalen Vereinsbetrieb, in einer Turnhalle gezielte Angebote für ältere Menschen durch zwei Vereine im Vormittagsbereich.

Sport der Älteren (Zahlen für Lüdenscheid) ab 61 Jahren:

|             |             |
|-------------|-------------|
| <b>2000</b> | <b>3128</b> |
| 2001        | 3150        |
| 2002        | 3531        |
| 2003        | 3823        |
| 2004        | 3984        |
| 2005        | 4071        |
| 2006        | 4187        |
| <b>2007</b> | <b>3998</b> |

### **Sportvereine allgemein:**

Ob und inwieweit die Anzahl der Sportvereine angesichts des derzeitigen Geburtenrückgangs ihren derzeitigen Stand halten können, ist im Blick auf die Mannschaftssportarten eher zweifelhaft. Denkbar ist das Szenario, dass zur Aufrechterhaltung des Spielbetriebes vereinsübergreifend nach dem Modell der HSG Spiel- oder Wettkampfgemeinschaften gegründet werden müssen.

### **Integration durch Sport:**

Bevölkerungswissenschaftliche Zahlen deuten darauf hin, dass sich der Ausländeranteil (derzeit ca. 9%) in den kommenden Jahrzehnten nochmals deutlich erhöhen, möglicherweise sogar verdoppeln wird. In vielen deutschen Großstädten kann bereits heute nicht mehr von einer Minorität die Rede sein. Für die Verbände und Vereine des Sports ist es daher von hoher Bedeutung, sich den Interessen und Bedürfnissen zugewanderter Menschen noch mehr zu öffnen. Insbesondere ausländische Mädchen und Frauen gilt es für das Sporttreiben zu gewinnen. Hier gibt es im Arbeitsfeld "Integration durch Sport" bereits sehr gute Ansätze und Praxisbeispiele, die neue Perspektiven aufzeigen.

### **Das Ehrenamt / Bürgerschaftliches Engagement:**

Nachhaltige Veränderung benötigt verantwortungsvolles Engagement. Bei der Bewältigung des demografischen Wandels ist im Sport insbesondere das Ehrenamt gefragt. Entscheidungsträger in Verein und Verband sehen sich in Zukunft mit immer komplexeren Aufgaben konfrontiert. Um einen Verein nach innen und in der Außenvertretung zukunftsfähig zu gestalten, braucht man kompetente und engagierte Führungskräfte. Vor Ort wird es auf eine enge Vernetzung mit den Akteuren in der Kommune ankommen. Parallel dazu muss das Sport- und Freizeitangebot bedürfnisgerecht und modern ausgerichtet werden. Mit anderen Worten: Organisation und Gestaltung des Vereinslebens sind beileibe keine Selbstläufer mehr, weshalb es hier einer sukzessiven Aufwertung des Ehrenamts bedarf – sei es mittels einer aktiven Anerkennungskultur, gezielter Aus- und Fortbildungen, flexibler Aufgaben- und auch Kompetenzverteilungen (Projektcharakter) oder der Gewährung geldwerter Vorteile (durch vergünstigte Nutzung öffentlicher Einrichtungen, Verkehrsmittel etc.)

### **Sportstätten und Sporträume:**

Wie könnte sie aussehen, die Sportstätte der Zukunft? Klar ist, dass sich die Antwort hierauf verstärkt an den Wirkungsbereichen "Umwelt" und "Demografie" orientieren wird. Es wird darauf ankommen, genügend möglichst attraktive und wohnortnahe Sportstätten für alle Zielgruppen vorhalten zu können. Der Sanierungsstau stellt hier aktuell ein großes Problem dar. Eins ist sicher: Wo keine geeigneten Sportstätten vorhanden sind, lässt sich das Sportangebot auch nicht ausbauen. Es muss daher schon allein aus der gesellschaftspolitischen Verantwortung heraus Konsens sein, dass vor Ort auch bei einer negativen Bevölkerungsentwicklung die Sportinfrastruktur kontinuierlich verbessert werden muss.

### **Kommunale Vernetzung / Politikfähigkeit des Sports:**

Eine enge kommunale Vernetzung ist unabdingbar, wenn der Sport nicht an Bedeutung verlieren möchte. Hier sollte man von beiden Seiten aufeinander zukommen. Bisher wird das Potenzial des Sports z.B. für die kommunale Gesundheitsförderung noch nicht ausreichend genutzt. Der Sport muss sich stärker einbinden und eingebunden werden, in das Stadtmarketing genauso wie in die kommunale Jugend-, Senioren- und Gesundheitspolitik. Eine Beteiligung des Sports an politischen Entscheidungen vor Ort ist für die Vereine unabdingbar. Das fordert aber auch eine wachsende Politikfähigkeit des Sports und die Bereitschaft zur Mitarbeit in offensiven Kooperationen und Netzwerken. Gerade in Zeiten sinkender Steuereinnahmen und Haushaltsnotständen werden die Forderungen des Sports nur durch eine enge Verzahnung mit der Politik vor Ort erreicht werden. Somit kann gezielt eine "Lobby für den Sport" aufgebaut werden. Das ist auch vor die Kommune wichtig, denn: Als übergeordnete „weiche Standortfaktoren“ entscheiden nicht zuletzt Umfang und Güte lokaler Sportinfrastrukturen über die Attraktivität einer Stadt. – Dies beherzigen Firmen, Investoren und vor allem Arbeitssuchende.

### **Bezug zu externen Stellen und Beteiligungsnotwendigkeiten**

Der Lüdenscheider Sport ist ausschließlich durch den Vereinssport organisiert. Insofern ist es unabdingbar, die künftige Entwicklung mit den Vereinen und Verbänden abzustimmen. Anregungen und Hinweise können von der Stadt gegeben werden. Hinsichtlich der städt. Sportstätten ist eine Beteiligung der obersten Fachverbände und der Normen-Ausschüsse notwendig, von dort werden die Anforderungen an die Sportanlagen definiert.

### Erste Handlungseinschätzungen

Demografisch wird der Bereich des Sports in den Jahren bis 2020

a) vor einem Rückgang der Jahrgänge 20 bis 30 Lebensjahre und

b) einem Anstieg der Jahrgänge ab 30 bis 40 Lebensjahre und älter

als Nachfrager bzw. Zielgruppen von Sportangeboten gekennzeichnet. Insoweit werden sowohl qualitative als auch quantitative Veränderungen auftreten, so z. B.

Rückgang an Mannschafts- und Wettbewerbssportarten, weil nicht mehr genügend Mannschaften in der geforderten Sollstärke gebildet werden können, was evtl. Zusammenschlüsse von Vereinen fördern dürfte und

Anstieg von seniorengerechten Sport- und Bewegungsangeboten mit Zusatzangeboten (z. B. Geselligkeit, Events).

Die quantitativen Folgen der hier als demografischen Wandel zu bezeichnenden Bevölkerungsentwicklung werden leichter zu erfassen und zu kennzeichnen sein als die qualitativen, weil letztere sehr stark von Angebot und Nachfrage bzw. der dynamischen Entwicklung abhängig sind, d. h. die quantitativen Veränderungen sind kommunal-prognostisch eher steuerbar als die qualitativen.

## 3.8. Tourismus und Stadtmarketing

### Grundanalyse und demografische Reflexion

#### Bestandsaufnahme:

- a. **Kunden und Touristen in der Einkaufsstadt**
- b. **Übernachtungszahlen**
- c. **Angebote**

Zur Begriffsklärung:

Tourismus ist Wirtschaftsförderung. Hauptmerkmale des Tourismus sind der Aufenthalt außerhalb der täglichen Wohn- und Arbeitswelt sowie der Ortswechsel

Demnach gibt es:

- Urlaubs-, Kurzurlaubs-, Tagestourismus
- Freizeittourismus
- Geschäftstourismus
- Shopping-Tourismus

Touristisch aktiv sind im Prinzip alle Altersgruppen – insofern besteht auch eine Relevanz zum Thema. Bei einem für Lüdenscheid anzunehmenden Bruttoumsatz von rd. 7,7 Mio. € bei den Übernachtungsgästen und 22 Mio. € bei den Tagesgästen dürfte der Tourismus auch kein zu vernachlässigendes Feld sein.

Stadtmarketing wird in Lüdenscheid i. S. von Veranstaltungsmarketing betrieben und zwar durch die LSM GmbH (LichtRouten, Weihnachtsmarkt, Eisbahn, verkaufsoffene Sonntage). Erkenntnisse zum Einkaufsverhalten, Anzahl von spez. Shopping-Touristen usw. liegen 102 nicht vor.

#### **a. Kunden und Touristen in der Einkaufsstadt**

Sie zählen zu den Tages- bzw. Shoppingtouristen. Über ihre Anzahl gibt es keine Statistiken für Städte. Es fällt somit nicht leicht, Grundlegendaten zu liefern.

Nach einer Untersuchung der dwif-consulting GmbH - Deutsches Wirtschaftswissenschaftliches Institut für Fremdenverkehr e.V an der Uni München - kann man für das Gebiet Sauerland-Siegen-Wittgenstein davon ausgehen, dass 90 % aller touristischen Aufenthaltstage auf Tagesgäste entfallen. Es ist davon auszugehen, dass das auch für Lüdenscheid gilt. Auch nach jüngsten Aussagen für Experten ist der Tagestourismus für das Sauerland nach wie vor die tragende Säule. Nach dem Stand von 2004 ist nach dwif-Berechnungen von 37,4 Mio. Tagesreisen auszugehen, die einen Bruttoumsatz von 912,6 Mio. Euro brachten. Das dürfte tendenziell auch für Lüdenscheid zutreffen; harte Fakten dazu liegen nicht vor.

### b. Übernachtungszahlen:

Messbar sind nur die Übernachtungszahlen, die sich für Lüdenscheid in den vergangenen Jahren wie folgt darstellen (nach Statistik des LDS - erfasst werden nur Häuser mit mehr als acht Gästebetten):

| Übernachtungen | Insgesamt     | Deutsche     | Ausländer    |
|----------------|---------------|--------------|--------------|
| <b>1997</b>    | <b>73653</b>  | <b>61433</b> | <b>12220</b> |
| 1998           | 86572         | 71219        | 15353        |
| 1999           | 80644         | 63527        | 17117        |
| 2000           | 84885         | 74414        | 10471        |
| 2001           | 83524         | 72698        | 10826        |
| 2002           | 83957         | 62992        | 20965        |
| 2003           | 89729         | 53456        | 36273        |
| 2004           | 84823         | 52274        | 32549        |
| 2005           | 82767         | 52608        | 30159        |
| 2006           | 103438        | 63412        | 40026        |
| <b>2007</b>    | <b>105105</b> | <b>67124</b> | <b>37981</b> |

*(nicht erfasst sind darin die Zahlen von 14 Lüdenscheider Ferienwohnungen bzw. Bed&Breakfast Pensionen).*

Mit diesen Übernachtungszahlen nimmt Lüdenscheid in den letzten Jahren den Spitzenplatz im Märkischen Kreis ein.

Die Übernachtungsgäste sind nach Aussage der Hoteliers selbst größtenteils dem Segment des Geschäftstourismus zuzuordnen, aber es gibt für unsere Verhältnisse auch eine nennenswerte Zahl von Kurzurlaubern.

53,8 % aller Übernachtungen von ausländischen Gästen im MK konzentrieren sich auf Lüdenscheid. Mit 24303 Übernachtungen im Jahr 2007 sind Niederländer und Belgier in Lüdenscheid die größte Gruppe unter den ausländischen Gästen. Das sind die klassischen Kurzurlauber mit einer durchschnittlichen Aufenthaltsdauer von 3,3 Tagen. Diese beiden Gruppen machen 23 % aller Übernachtungen in Lüdenscheid aus. Dass diese Gruppe so stark ist, liegt insbes. an den Aktivitäten eines großen Hotels, das den niederländischen und belgischen Markt stark bearbeitet. Das ist seit 5 – 6 Jahren so und schlägt sich dementsprechend in den Übernachtungszahlen nieder. Welche Angebote die Gäste hier in Anspruch nehmen ist nicht bekannt; z.Zt. wird über eine stichprobenartige Gästebefragung in den Hotels versucht, dazu Erkenntnisse zu gewinnen.

### c. Angebote:

Abgesehen von der vorhandenen – herausragend schönen und attraktiven (Mittelbergs-) Landschaft (die auch der Hege und Pflege bedarf), schaffen i. d. R. Dritte Angebote (Private, Kommunale oder auch Regionale), die die Stadt im Rahmen Ihrer Möglichkeiten durch Präsentationen, Beteiligung an Messen, durch Anzeigen, Prospekte und anderes Infomaterial sowie über das Internet bekannt macht. Ein wirkliches bundesweit bekanntes touristisches Highlight fehlt in der ganzen Region.

Wie erwähnt, sind wir auf Angebote Dritter angewiesen; Beispiele: Shoppingangebote (z. B. Erweiterung Stern-Center) werden durch andere Entscheidungsträger geschaffen. Kulturschaffende machen Angebote: z. B. LichtRouten, Waldbühne, Bremecker Hammer, Ausstellungen in den Museen, Phänomonta, Freizeitangebote wie Bäder und Saunadorf kommen auch von außerhalb der Stadtverwaltung.

Die Rolle der Stadt liegt darin, Impulse zu geben und zu versuchen Mitstreiter zu finden.

Die Hotelroute z.B. ist in einem Kooperationsmodell zwischen Stadt, Hotels und DeHoGa entstanden, ein buchbares Wochenendarrangement gibt es nur, weil zwei Hotels auf die städt. Idee eingestiegen sind und die ganze Abwicklung von der Buchung bis zur Abrechnung selbst übernehmen. Das „touristische Produkt „Ochsentour“ ist entstanden, nachdem die Heckrinder schon am Stilleking waren. Die Stadt hat Grundstückeseigentümer, SGV und Naturschutzbehörde zusammen geführt und ein vermarktungsfähiges Konzept entwickelt. Stellplätze für Wohnmobile sind entstanden, weil es gelungen ist, sich die Bäderinvestitionen der Stadtwerke am Nattenberg nutzbar zu machen, Parkplätze für Reisebusse (für Tagestouristen) sind in der Überlegung. Ein Stadtführerdienst ist s. Zt. nur entstanden, weil sich auf Initiative der Stadt eine ausreichende Zahl interessierter Privatpersonen gefunden hat, die als Stadtführer fungieren.

Lüdenscheid hat keine herausragenden NRW-weit bekannten touristischen Attraktionen wie z. B. das (Hoch)Sauerland mit der Mountain-Bike-Arena oder Freizeitparks. Lüdenscheid muss sich Marktnischen suchen – mit Attraktionen wie z. B. der Phänomenta, dem Saunadorf oder technischen Denkmälern wie dem Bremecker Hammer, der zu den Ankerpunkten der in der Entstehung begriffenen Route der südwestfälischen Industriekultur zählt. Aber auch für diese Angebote finden sich interessierte Zielgruppen, deren Potential nicht zu unterschätzen ist. Darüber hinaus können attraktive Veranstaltungen (z. B. LichtRouten) Gäste anziehen.

### **Fachbereichsbezug zum Handlungsfeld / Kommunale Steuerungsmöglichkeit**

Es ist festzustellen, dass die Stadt Lüdenscheid im Tourismusmanagement in der derzeitigen Konstellation und bei der personellen (insg. 0,3 Planstelle innerhalb der Abtl. 102) sowie finanziellen Ausstattung (20.000 € - zusammen mit Sachmitteln für Öffentlichkeitsarbeit) wenig Möglichkeiten hat, das Touristenaufkommen – und damit Umsätze – durch eigene Angebote nennenswert zu beeinflussen. Die Stadt entwickelt und verkauft keine eigenen Produkte (abgesehen von den Lüdenscheid-Souvenirs, was aber weniger aus Umsatzgründen als vielmehr im Hinblick auf die Identifikation mit der eigenen Stadt geschieht); sie ist nicht Reiseveranstalter oder -vermittler, bekommt keine Provisionen für Übernachtungen, Kartenverkauf usw.

Das operative Geschäft (Beantwortung von Gästeanfragen, Versand von Material, Gästebetreuung usw.) wird vom Bürgeramt wahrgenommen. Diese Zuordnung ist nicht optimal, u.a., weil das Personal nicht in Gänze für touristische Themen sensibilisiert und ausgebildet ist. Von einer Tourist-Info im eigentlichen Sinne kann kaum die Rede sein.

### **Bezug zu externen Stellen und Beteiligungsnotwendigkeiten**

Die strategische touristische Arbeit der Abt. 102 lebt von der Kooperation mit anderen relevanten Akteuren (s.o. 1.3) wie z. B. Freizeiteinrichtungen, Hotellerie, Gastronomie, Kultureinrichtungen, anderen Städten, LSM, Freizeit- und Touristikverband und Sauerland Tourismus e. V. . Ohne eine Einbeziehung externer Stellen wäre eine touristische Arbeit überhaupt nicht vorstellbar. Partner werden von Projekt zu Projekt gesucht; eine institutionell organisierte Zusammenarbeit gibt es mit den v. g. Verbänden.

### Erste Handlungseinschätzungen

#### Leitgedanke

Touristisch relevante Angebote haben in der Regel immer auch einen Nutzen für die Bevölkerung selbst – insoweit geht es darum, den Freizeit- und Erholungswert der Stadt zu erhöhen. Das ist sowohl für Einwohner und potenzielle Neubürger als auch für Gäste interessant. Eine gute Freizeitinfrastruktur und attraktive Veranstaltungen sind insoweit immer auch ein weicher Standortfaktor. Da ist letztlich auch immer die Stadt mit im Boot, ob sie will oder nicht.

Schon bei der Stadtplanung und –entwicklung sollte – wo immer möglich - an Einrichtungen, die den Freizeit- und Erholungswert der Stadt erhöhen können, mitgedacht werden. Das kommt der eigenen Bevölkerung zu Gute und wäre zugleich ein Beitrag, die touristische Attraktivität der Stadt zu erhöhen.

#### Zielgruppen

Angesichts des vorliegenden Materials liegt es auf der Hand, dass Tagesgäste, z. B. aus dem nahe gelegenen Ruhrgebiet als Hauptzielgruppe zu sehen sind. Das Sauerland zählt in den deutschen Mittelgebirgsdestinationen zu den TOP-Zielen, liegt in NRW trotz der Nähe zu den Ballungsräumen, dennoch nur an achter Stelle (Quelle: dwif). Hier ist noch Potenzial.

Der Übernachtungsgast ist ebenfalls ein besonders wichtiger Gast. Hier liegt die Anzahl zwar deutlich niedriger, aber der Umsatz pro Person ist höher (Übernachtungsgast durchschnittl. 73,30 €, Tagesgast durchschnittl. 24,40 € - Quelle: dwif)

#### Handlungsansätze

Die Kooperation mit allen touristisch relevanten Akteuren muss gepflegt und nach Möglichkeit ausgebaut werden (Vernetzung).

Lüdenscheid hat in Teilen ein Wahrnehmungsdefizit und muss an einer konsequent ausgerichteten Positionierung und Imagepflege arbeiten. Die Marke „Stadt des Lichts“ könnte hier sehr hilfreich sein. Touristisch ist die Marke „Sauerland“ positiv besetzt – hier sollte sich Lüdenscheid stärker einbinden. Andererseits gehört Lüdenscheid zur Region Südwestfalen, welche touristisch – zumindest bisher – nicht relevant ist. Hier ist ein Spagat zu bewältigen, wofür noch keine Lösung angeboten werden kann. Dies hat Lüdenscheid aber gemein mit den anderen MK-Städten und dem Kreis selbst.

Rund um das Thema Licht, Lichtkunst, Lichtdesign, Lichtelebnis müssten Produkte und Events entwickelt werden, die auch touristisch interessant sind. Allein LichtRouten in einem Abstand von mehreren Jahren sind als touristisches Thema nicht genug.

Mit seiner Lage direkt an der stark befahrenen A 45 sollte Lüdenscheid durch ein touristisches Hinweisschild (die bekannten braunen Schilder) auf die Stadt des Lichts aufmerksam machen.

Das Sauerland und auch der MK sehen das Wandern als Kernkompetenz. Das Sauerland hat nach Auffassung von Experten auch Aussichten, das Ziel zu erreichen, die TOP-Wanderdestination in der Bundesrepublik zu werden. Hier sollte Lüdenscheid versuchen, sich auch zu platzieren. Aber auch da kann es wieder nur um Nischen (z. B. „Ochsentour“) gehen, weil Lüdenscheid weder am Rothaarsteig, noch am Sauerland-Höhenflug noch an der Sauerland-Waldroute liegt. Ein Anschluss an den Sauerland-Höhenflug durch eine Anbindung an Altena („Drahthandelsweg“) erscheint sehr sinnvoll.

Aufgrund der topografischen Verhältnisse ist unser Gebiet für normale Fahrradtouren (à la Münsterland) nicht besonders geeignet; dennoch setzt das Sauerland auch auf Fahrradtouristen und hat dort auch Kompetenzen. Hier könnte auch in Lüdenscheid etwas getan wer-

den – gekennzeichnete Wege gibt es bisher nur im Rahmen des NRW weiten Radwegesnetzes -, und es gibt nicht mal einen Fahrradverleih.

Kur- und Gesundheitsangebote fallen aus, weil es keine entsprechenden Einrichtungen und Angebote gibt. Da haben andere die Nase weit vorn – sh. Bad Sassendorf.

Im Wellness-Bereich kann Lüdenscheid mit dem Saunadort punkten (50 % der Gäste nehmen eine Anreise bis zu 80 KM in Kauf).

Eine lohnenswerte Zielgruppe wären Familien. Hier wäre Lüdenscheid auch in Einklang mit dem Sauerland. Spezielle Familienangebote gibt es bisher aber nicht. Über die Präsenz der Phänomentalen wäre ein interessanter Ansatzpunkt gegeben (dazu käme ggf. noch Tollwood und das neue Familienbad am Nattenberg). Die Phänomenta-Besucher sind aber i. d. R. keine Übernachtungsgäste. Bisherige Bemühungen, ein entsprechendes Pauschalangebot zusammen mit einem Reiseveranstalter und einer Nachbarstadt zu vermarkten, trafen bisher nicht auf große Resonanz.

An großen Busgruppen – für Pauschalen (oft im Niedrigpreissegment) – besteht seitens der Hotellerie nach Einschätzung von 102 kaum Interesse. Eine möglicherweise interessante Ausnahme könnten die bustouristischen Angebote werden, die derzeit im Zusammenhang mit der Landesgartenschau Hemer 2010 in der Entwicklung befindlich sind.

Es erscheint anstrengenswert, aus vorhandenen Ressourcen eine (Besucher-)Tourist-Info im Rathaus zu installieren, die einen solchen Namen auch verdient, ohne gleich die sehr strengen Anforderungen der Deutschen Tourismuszentrale zu erfüllen (offizielle I-Marke). Die Stelle müsste durch ein entsprechendes Orientierungssystem in der Innenstadt auch auffindbar ist.

Wenn die Entwicklung dahin gehen sollte, die Tourismusförderung zu intensivieren und professionellere Angebotsentwicklungs- und Vermarktungsstrukturen installieren zu wollen, könnte längerfristig auch an eine Umorganisation der Tourismusarbeit gedacht werden, z. B. durch (Wieder-)gründung eines Verkehrsvereins oder Integration in eine GmbH. Für die Stadt wäre das allerdings wohl kaum mit Einsparpotentialen verbunden, da ein Funktionieren derartiger Institutionen ohne Rückkopplung zur bzw. Beteiligung der Stadt nicht denkbar erscheint. Insofern verbliebe ein Aufwand bei der Stadt in jeden Fall bestehen.

Die demografische Entwicklung wird Auswirkungen auf die Freizeit- und Tourismusangebote in der Stadt nehmen. Wie, das wird der Markt regeln (wo gute zielgruppenorientierte Angebote sind, da kommt der Gast auch hin – vorausgesetzt, man hat die Mittel, um sie auch bekannt zu machen); die Tourismusarbeit müsste sich also an den Anforderungen des Marktes orientieren. Bei der Stadt liegt – neben der Information potenzieller Gäste - die Rolle eines Impulsgebers.

## 3.9. Finanzen

### Grundanalyse und demografische Reflexion

#### Situation des städtischen Haushalts

Der städtische Haushalt ist seit mehr als 10 Jahren durch ein strukturelles Defizit von ca. 10 Mio. € gekennzeichnet. Von Mitte der 90er Jahre bis zum Anfang dieses Jahrzehnts konnte das strukturelle Defizit durch Vermögensveräußerungen und durch Rücklagenentnahmen ausgeglichen werden. Seit dem Jahre 2002 gelang ein Haushaltsausgleich auch durch diese Maßnahmen nicht mehr, so dass die Stadt Lüdenscheid nach den Vorschriften des Gemeindehaushaltsrechts gezwungen war, ein Haushaltssicherungskonzept (HSK) aufzustellen. Da trotz HSK der Haushaltsausgleich nicht gelang, befindet sich die Stadt Lüdenscheid seit dem Jahr 2006 in der vorläufigen Haushaltsführung. Die tatsächlich realisierten Fehlbeträge der vergangenen Haushaltsjahre summieren sich insbesondere infolge positiver Gewerbesteuerentwicklungen insgesamt zu einem Gesamtbetrag in Höhe von nur 6,6 Mio. €.

Im Jahr 2009 führt die Stadt Lüdenscheid das neue kommunale Haushaltsrecht auf Basis der doppelten Buchführung ein (NKF). Der Haushaltsausgleich bemisst sich zukünftig nicht mehr anhand von Einnahmen und Ausgaben, sondern anhand von Erträgen und Aufwendungen. Hierdurch wird neben Zahlungsströmen insbesondere auch der Werteverzehr von langlebigen Wirtschaftsgütern im Haushalt berücksichtigt. Die „Zusatzbelastung“ für den städtischen Haushalt kann mit einem hohen einstelligen Millionenbetrag prognostiziert werden. Nach dem derzeitigen Stand der Planungen können die laufenden Erträge die laufenden Aufwendungen auch künftig nicht decken, so dass ein Substanzverzehr stattfindet.

Die grundlegenden finanziellen Probleme der Stadt Lüdenscheid werden durch das neue Haushaltsrecht nicht beseitigt, da es sich hierbei lediglich um eine veränderte Darstellung handelt. Die Haushaltskonsolidierung und -sanierung bleiben vordringliche Aufgaben.

#### Konsolidierungsmaßnahmen

Seit dem Haushaltsjahr 2002 ist die Stadt Lüdenscheid verpflichtet, ein HSK aufzustellen, fortzuschreiben und jährlich zu erneuern. Hiermit verbunden war die Notwendigkeit, Konsolidierungsmaßnahmen zu erarbeiten. Auch wenn einzelne Maßnahmen zu geringfügigen Verbesserungen geführt haben, konnte das strukturelle Defizit nicht nennenswert verkleinert werden. Auf eine Darstellung von Einzelmaßnahmen zur Konsolidierung wird an dieser Stelle verzichtet. Auf das HSK einschließlich der HSK-Listen, die jeweils Anlage der Haushaltspläne 2002 bis 2008 waren, wird hingewiesen.

### Demografische Relevanz in Bezug auf das Handlungsfeld Finanzen

#### **a. Einnahmen**

Der städtische Haushalt wird auf der Einnahmeseite im Wesentlichen durch einige große Einnahmepositionen bestimmt. Diese sind im Folgenden dargestellt. Hierbei wird gleichzeitig der Einfluss demografischer Entwicklungen auf diese Positionen erläutert.

Die Gemeinden erhalten vom Land NRW aus dem allgemeinen Steuerverbund allgemeine Zuweisungen. Hierzu zählen die Schlüsselzuweisungen, die allgemeine Investitionszuschüsse sowie die Sport- und Schulpauschale.

In die Berechnung der einer Gemeinde zustehenden Schlüsselzuweisungen fließen die Einwohnerzahlen, die Schülerzahlen, die Zahl der SGB-II-Bedarfsgemeinschaften sowie die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten der jeweiligen Gemeinde ein. Ein Rückgang dieser Zahlen hat also eine tendenziell, d.h. bei ansonsten unveränderten Bedingungen, negative Wirkung auf die einer Gemeinde zustehenden Schlüsselzuweisungen.

Im Jahr 2008 fließen der Stadt Lüdenscheid rd. 10,5 Mio. € an Schlüsselzuweisungen zu. Ein Rückgang der Einwohnerzahl auf 74.000 hätte ein Sinken der Schlüsselzuweisungen um ca. 3,4 Mio. €, ein Rückgang auf 70.000 ein Sinken um ca. 6,7 Mio. € und ein Rückgang auf 65.000 gar den vollständigen Ausfall der Schlüsselzuweisungen zur Folge. Die übrigen o.a. Berechnungsgrundlagen der Schlüsselzuweisungen haben die gleiche Wirkungsrichtung wie die Einwohnerzahlen. Das heißt, dass ein Rückgang der Schülerzahlen z.B. einen Rückgang der Schlüsselzuweisungen zur Folge hätte. Die Einwohnerzahl ist allerdings der wichtigste Einflussfaktor.

Die Höhe der einer Gemeinde zufließenden allgemeinen Investitionspauschale hängt einerseits von der Einwohnerzahl andererseits von der Gemeindefläche ab. Die Einwohnerzahl hat in der Verteilung ein höheres Gewicht als die Flächengröße. Ein Rückgang der Einwohnerzahl hat auch hier eine negative Wirkung. Im Jahr 2008 erhält die Stadt Lüdenscheid rd. 1,5 Mio. € an allgemeiner Investitionspauschale. Der einwohnerbezogene Anteil hiervon beträgt etwa 1,2 Mio. € (dies entspricht etwa 15,84 € pro Einwohner). Ein Rückgang der Einwohnerzahl bis auf 65.000 hätte ein Sinken um rd. 200.000 € zur Folge.

Die Höhe der einer Gemeinde zufließenden Sportpauschale hängt alleine von der Einwohnerzahl ab. Im Jahr 2008 erhält die Stadt Lüdenscheid rd. 210.000 € an Sportpauschale (dies entspricht etwa 2,70 € pro Einwohner). Ein Rückgang der Einwohnerzahl bis auf 65.000 hätte ein Sinken um rd. 35.000 € zur Folge.

Die o.a. Berechnungen stehen unter der Annahme ansonsten gleich bleibender Bedingungen. Da davon auszugehen ist, dass ein Rückgang der Einwohnerzahlen nicht nur in Lüdenscheid, sondern auch in NRW allgemein stattfindet, ändern sich auch die Verteilungsparameter in NRW insgesamt, so dass ein Rückgang der Zuweisungen nicht in dem o.a. Maße zu erwarten ist. Eine mögliche Fallkonstellation wäre z.B., dass der prozentuale Rückgang der Einwohnerzahl in Lüdenscheid weniger hoch ist als allgemein in NRW. Dann wäre sogar ein Zuwachs der Zuweisungen möglich (bei unveränderten Umlagegrundlagen, d.h. bei Konstanz der allgemeinen Steuereinnahmen des Bundes und des Landes).

Die Höhe der Schulpauschale hängt von der Schülerzahl einer Gemeinde ab. Die Stadt Lüdenscheid erhält im Jahr 2008 rd. 1,9 Mio. € Schulpauschale (dies entspricht im Durchschnitt etwa 201,48 € pro Schüler).

Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer wird auf Basis der Einkommensteuerleistungen der Einwohner der jeweiligen Gemeinde berechnet. Eine sinkende Einwohnerzahl lässt indirekt über eine anzunehmende sinkende Beschäftigtenzahl eine negative Wirkung auf die Einkommensteuerleistung der Einwohner einer Gemeinde vermuten. Ob und wenn ja in welcher Weise eine Proportionalität der Entwicklung der beiden Größen gegeben ist, ist unbekannt. Die Stadt Lüdenscheid erhält im Jahr 2008 ca. 28 Mio. € als Anteil an der Einkommensteuer.

Der Einfluss der demografischen Entwicklung auf die Höhe der Gewerbesteuererinnahmen ist unklar. Ein Rückgang der Einwohnerzahlen könnte aber auch zu einem Rückgang der Zahl der Gewerbetreibenden führen, so dass auch ein tendenzieller Rückgang der Gewerbesteuererinnahmen zu erwarten sein könnte. Ein direkter Zusammenhang kann aber nicht hergestellt werden, da die Gewerbesteuererinnahmen neben der Zahl der Gewerbetreibenden viel wesentlicher von den erwirtschafteten Gewinnen bei einzelnen Gewerbetreibenden, der allgemeinen Konjunkturentwicklung aber auch vom Hebesatz abhängen. Der Gewerbesteueransatz liegt in 2008 bei 44 Mio. €.

Die kostenrechnenden Einrichtungen (z.B. Abfallentsorgung, Abwasserbeseitigung, Rettungsdienst) werden über kostendeckende Benutzungsgebühren finanziert. Die demografische Entwicklung hat diesbezüglich insofern keinen Einfluss auf die Einnahmesituation der Stadt Lüdenscheid, da in jedem Fall ein Kostendeckungsgrad von 100% erreicht wird. Können die Kosten der Einrichtungen nicht mit dem Wohnerrückgang proportional abgebaut

werden, führt dies vielmehr zu einem Gebührenanstieg, d.h., dass die Pro-Kopf-Belastung des einzelnen Gebührenzahlers tendenziell steigt.

### **b. Ausgaben**

Im Folgenden werden die wichtigsten Ausgabepositionen des Haushaltes kurz dargestellt und in ihrer Abhängigkeit von der demografischen Entwicklung untersucht.

Die Kreisumlage erheben die Kreise von den kreisangehörigen Gemeinden, soweit ihre sonstigen Einnahmen den Finanzbedarf nicht decken. Die Kreisumlage ist also abhängig vom Finanzbedarf des Kreises. Ein wesentlicher Ausgabeposten im Haushalt des Kreises sind die Ausgaben für soziale Leistungen, insbesondere die SGB-II-Leistungen. Geht man bei einem Rückgang der Einwohnerzahlen auch von einem Rückgang der SGB-II-Bedarfsgemeinschaften aus, also insgesamt auch von einem Sozillastenrückgang, könnte die Kreisumlage tendenziell sinken. Inwieweit die übrigen Ausgabepositionen des Märkischen Kreises aufgrund der demografischen Entwicklung sinken, ist schwer zu prognostizieren und hängt von einer Vielzahl von Faktoren ab. Die Kreisumlage ist im Haushalt 2008 mit knapp 37 Mio. € angesetzt.

Wesentliche weitere Positionen auf der Ausgabeseite des Haushaltes der Stadt Lüdenscheid sind Ausgaben für die Bereitstellung und Unterhaltung von Einrichtungen und der Infrastruktur wie z.B. die Schulen, Kinder- und Jugendeinrichtungen, Kultureinrichtungen und Straßen. Die meisten dieser Ausgaben sind innerhalb bestimmter Intervalle der Inanspruchnahme fix. Man spricht hierbei auch von sprungfixen Kosten, d.h., dass ein Rückgang der Inanspruchnahme durch sinkende Nutzerzahlen erst ab einer gewissen Größenordnung auch zu einem Sinken der Ausgaben führt (z.B. durch Schließen einer Einrichtung). Die zugrunde liegenden Analysen müssen in den jeweiligen spezifischen Handlungsfeldern durchgeführt werden.

Die Personalausgaben sind im Haushalt der Stadt Lüdenscheid ein wesentlicher Posten. Im Haushaltsplan 2008 sind rd. 36,8 Mio. € Personalausgaben veranschlagt. Inwieweit ein Rückgang der Einwohnerzahlen auch zu einem Sinken der Personalausgaben führen kann, kann nur anhand der konkreten Einsatzgebiete des Personals beurteilt werden (zum Personal in Einrichtungen vergleiche z.B. die o.a. Ausführungen zu einrichtungsbezogenen Ausgaben) und muss ebenfalls vorab in den spezifischen Handlungsfeldern analysiert werden.

### **Fachbereichsbezug zum Handlungsfeld/ Kommunale Steuerungsmöglichkeit**

Die o.a. Einnahme- und Ausgabepositionen sind aus dem Fachbereich Finanzen heraus weitestgehend nicht steuerbar. Sie sind entweder durch nicht beeinflussbare Rahmendaten vorgegeben oder Ergebnis der Entscheidungen in spezifischen Handlungsfeldern. Steuerbar sind lediglich die Hebesätze der kommunalen Steuern Gewerbesteuer und Grundsteuer A und B sowie die Höhe der weiteren kommunalen Steuern. Die Veränderung von deren Höhe hat einerseits einen direkten Einfluss auf die Einnahmesituation im städtischen Haushalt, andererseits aber u.U. auch eine Wirkung auf die Entscheidung von Privatpersonen hinsichtlich ihres Wohnsitzes und auf die Standortentscheidung von Gewerbetreibenden.

### **Erste Handlungseinschätzungen**

Zielstellung im Hinblick auf das Handlungsfeld Finanzen muss es sein, auch unter Berücksichtigung der demografischen Entwicklung dauerhaft den Haushaltsausgleich auf Basis des neuen kommunalen Haushaltsrechts zu schaffen, um der intergenerativen Gerechtigkeit Genüge zu tun. Ein dauerhaft nicht ausgeglichener Haushalt bedeutet ein Wirtschaften zu Lasten der Substanz und auf Kosten nachfolgender Generationen.

## 4. Weitere Vorgehensweise

### 4.1. Demografie als Querschnittsaufgabe

Dieser Bericht versteht sich als Ausgangsanalyse mit der Zielsetzung, grundsätzliche Einblicke in die demografische Situation zu gewinnen, den Fachämtern die Möglichkeit einer einleitenden Stellungnahme zum Thema zu geben und als Grundlage zur Abstimmung des weiteren Projektablaufes zu dienen.

Anhand dieser Ausgangsanalyse wird deutlich, dass es sich bei der Erarbeitung eines entsprechenden Konzeptes - alleine wegen der zahlreichen Querbezüge zwischen den zahlreichen Handlungsfeldern - um eine relativ komplexe Aufgabe handelt. Im Rahmen dieses Berichtes stehen die Fachberichte zu den Handlungsfeldern zunächst nur als Sammlung nebeneinander, ohne auf Querverbindungen einzugehen, auch auf weitere Aspekte wie z.B. die differenzierte Geschlechterbetrachtung muss in Zukunft bei der Ausarbeitung des Konzeptes noch eingegangen werden.

Die Systematik der Handlungsfelder hat sich zunächst am Antrag der CDU orientiert. Die Benennung wurde von den federführenden Ämtern nach eigener Einschätzung ergänzt und modifiziert. Da sich die Handlungsfelder stark an der Verwaltungsstruktur orientieren, konnte eine direkte Zuständigkeitszuordnung erfolgen, um mit der Grundlagensammlung zu beginnen und die Fachbeiträge für diesen Bericht anzufordern. In den folgenden Arbeitsschritten ist es jedoch unbedingt notwendig, die offensichtlichen Querbezüge, innerhalb der Verwaltung aber auch nach Bedarf zu externen Stellen, zu berücksichtigen.

Dies bezieht sich sowohl auf die fachliche Ebene wie z.B. bei dem Thema Wohnen in Verbindung mit den Handlungsfeldern Wohnungsmarkt, Stadtumbau, Migration, Senioren und Familienfreundlichkeit, als auch auf die räumliche Ebene der Stadtbezirke z.B. in Bezug auf die städtischen Gebäude in den Stadtteilen. Hier ist eine entsprechende Koordination zwischen den Fachbereichen erforderlich. Diese Koordination sollte auch bereits bei der weiteren Vervollständigung der Grundlagendaten einsetzen, um eine möglichst übersichtliche und handhabbare Ausgangsbasis an Informationen zu schaffen.

### 4.2. Bildung von Handlungsschwerpunkten

Aufgrund der Komplexität der Thematik und der spezifischen Ausgangssituation der Lüdenscheider Stadtentwicklung, wird es erforderlich, individuelle auf Lüdenscheid zugeschnittene Handlungsschwerpunkte zum Demografiekonzept zu entwickeln. Hierzu gehört auch eine kritische Einschätzung hinsichtlich der gegebenen eigenen Handlungsmöglichkeiten.

Die Veröffentlichung der Bertelsmann Stiftung „Wegweiser Demografischer Wandel 2020“ enthält zu dieser Thematik interessante grundsätzliche Hinweise, verweist aber auch auf die Notwendigkeit sich auf kommunaler Ebene Prioritäten zu setzen, damit die Thematik handhabbar bleibt und die gesetzten Ziele erreichbar sind. Die Bildung entsprechender querschnittsorientierter Arbeitsschwerpunkte soll während der weiteren Projektbearbeitung erfolgen. Hierfür ist die - im Antrag der SPD geforderte - Verständigung zwischen Politik, Verwaltung und der Bürgerschaft zu kommunizieren.

Bei der Festlegung der Handlungsschwerpunkte sollte eine ausreichende Konkretisierung erreicht werden, um die Ebene der allgemein gültigen Ziele, die praktisch auf alle vergleichbaren Kommunen zutreffen, zu verlassen. In dieser Arbeitsphase könnte auch eine Konkretisierung hinsichtlich der Ebene der Stadtbezirksstruktur erfolgen. Auf dieser Basis kann dann das Demografiekonzept erarbeitet werden.

### 4.3. Notwendigkeit einer externen Verstärkung des Projektes

Aufgrund der komplexen Anforderungen, die sich aus der Querschnittsaufgabe und der Antragstellung ergeben, wurde die Möglichkeit einer externen kooperativen Verstärkung im Rahmen der Beauftragung eines Fachbüros geprüft.

Um die Grundlagenermittlung, im Sinne eines querschnittsorientierten Arbeitsansatzes pragmatisch, abschließen zu können, ist bereits während dieser Arbeitsphase eine externe Unterstützung durch ein Fachbüro nötig. Auch während der Zielfindungsphase ist ein Fachbüro - mit der notwendigen Erfahrung im Themenfeld Demografie - erforderlich, um den vielfältigen Koordinationserfordernissen zwischen den Fachabteilungen der Verwaltung aber auch zwischen Politik, Verwaltung und externen Akteuren gerecht zu werden.

Die Gespräche mit entsprechenden Büros haben gezeigt, dass aufgrund der fachlichen Bandbreite der Handlungsfelder eine Komplexität des Projektes zu berücksichtigen ist, die auch innerhalb der Büros eine ausreichende personelle Bandbreite erfordert. Es wurde auch deutlich, dass ein externes Büro aufgrund der konzeptionellen und praktischen Erfahrungen wesentlich zum Projekterfolg beitragen kann. Darüber hinaus verfügt die Projektgruppe nicht über die personellen Kapazitäten, um ohne externe Verstärkung das Projekt im Sinne der Anträge der SPD und CDU weiterverfolgen zu können.

Die Verwaltung hat bereits nach Büros, die für eine entsprechende Beauftragung infrage kommen, gesucht und entsprechende Vorgespräche geführt. Die Bertelsmann Stiftung, die im Themenfeld Demografie sehr aktiv ist, kann als Stiftung keinen entsprechenden Auftrag bearbeiten. Weitere angefragte Büros haben, wegen der fehlenden personellen Abdeckung des Querschnittsthemas, nicht die Voraussetzungen, einen entsprechenden Auftrag zu bearbeiten. Die Arbeitsschwerpunkte der verbliebenen Büros weisen, entsprechend der Thematik, eine angemessene Bandbreite auf. Die Büros wurden angehalten, ein kooperatives Konzept, im Sinne einer Projektunterstützung zu entwickeln, welches sie als Kurzpräsentation im Rahmen einer Hauptausschusssitzung vorstellen können. Bei dieser Vorstellung sollten insbesondere folgende Aspekte berücksichtigt werden:

- Erfahrung im Themenfeld
- Fachliche Abdeckung der Querschnittsaufgabe (Schwerpunkte)
- Konzeptioneller Ansatz
- Besetzung der Moderationsaufgabe
- Umfang der Aufgabenübernahme (Kooperationsform)

Auf Grundlage dieser Vorstellung kann dann entschieden werden, welches Büro am besten, im Sinne der Erwartungen aus den politischen Anträgen, für eine kooperative Zusammenarbeit geeignet erscheint.

## 5. Anlagen

### 5.1. Antrag der SPD-Fraktion

11/02/2008 13:57 02351919363 METZGER-LÜDENSCHIED S. 01/01

**SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS  
RATSFRAKTION LÜDENSCHIED**

Lüdenscheid, d. 11.02.2008

Herrn Bürgermeister  
Dieter Dzewas  
Rathaus Lüdenscheid  
FAX: 17 - 1777

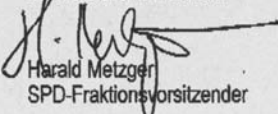
Sehr geehrter Herr Bürgermeister Dzewas,

die SPD-Fraktion bittet Sie, nachfolgenden Antrag auf die Tagesordnung des heutigen Hauptausschusses zu setzen:

Die Verwaltung wird beauftragt, einen „**Demographiebericht Lüdenscheid 2020**“ bis Ende 2008 zu erarbeiten. Darin sollen einerseits Daten und Prognosen für Lüdenscheid dargestellt werden, andererseits die Auswirkungen auf die städtische Infrastruktur untersucht werden, von der Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung bis hin zu Fragen des Wohnungsmarkts, der Mobilität und Versorgung unserer älterer Mitbürger (Pflegeplanung). Dies sollte möglichst auf Grundlage der neu geschaffenen 16 statistischen Bezirke der Stadt Lüdenscheid erarbeitet werden.

**Begründung:**  
In den letzten Jahren hat Lüdenscheid konstant Einwohner verloren, sowohl durch die natürliche Entwicklung ( Geburten: 2000 742 Kinder, 2003 673 und 2007 631 ) als auch durch Abwanderungsverluste ( 2004 minus 297, 2005 minus 490, 2006 minus 444). Gerade weil der demographische Wandel beinahe alle Bereiche kommunalen Handelns treffen wird, ist eine ausführliche Beschäftigung mit diesem Thema notwendig. Eine erste Diskussion hat in der Arbeitsgruppe FNPI bereits stattgefunden ( Zielzahl rd. 75 000 Einwohner). Die Lüdenscheider Bevölkerung wird sich in Zahl und Struktur nachhaltig verändern, insbesondere die Verschiebungen innerhalb der Altersstrukturen. Schrumpfende Bevölkerungszahlen erfordern eine Orientierung an neuen qualitativen Maßstäben. Ziel muss einerseits die Herstellung von Transparenz sein, andererseits aber auch die Verständigung zwischen Politik, Verwaltung und Bürgern über Ziele / Schwerpunkte und entsprechende Handlungskonzepte. Im Sinne der Prävention geht es um vorsorgliche Abdämpfung der teilweise noch schlechteren Prognosen. Der demographische Wandel ist eine Querschnittsaufgabe, die rechtzeitige Diskussion dient auch zur Vorbereitung von Investitionsentscheidungen in den nächsten Jahren.

Mit freundlichen Grüßen

  
Harald Metzger  
SPD-Fraktionsvorsitzender

---

Vorsitzender: Harald Metzger  
Tel.: 02351-919362  
Fax: 02351-919363  
H.K.Metzger@dokom.net

weiterer Vorstand:  
Evolyma Haus  
Ingo Diller  
Verena Kasperek

**SPD**

## 5.2. Antrag der CDU-Fraktion

### CDU-Ratsfraktion Lüdenscheid

1

18.2.2008

An den  
Bürgermeister der Stadt Lüdenscheid  
Herrn Dieter Dzewas

#### **Weiterführender Antrag**

der CDU-Ratsfraktion zum Antrag der SPD vom 11.2.2008 mit dem Inhalt, von der Verwaltung der Stadt Lüdenscheid einen „Demographiebericht 2020“ erstellen zu lassen.

Im Bericht sollten Handlungsfelder mit Bestandsaufnahme und daraus resultierenden Handlungsnotwendigkeiten und Ziele aufgezeigt werden. Die nachfolgende Aufzählung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, sondern versteht sich als klärende Ergänzung zum SPD-Antrag, der von der CDU unterstützt wird.

Die Handlungsfelder, die aus Sicht der CDU unbedingt bearbeitet werden sollten, gliedern sich wie folgt:

#### **A Wirtschaft und Arbeit**

1. Bestandsaufnahme
  - a) Firmen- und Arbeitsplatzentwicklung
  - b) Ausbildungsplatzentwicklung
  - c) Entwicklung Gewerbegebiete
  - d) Brachen und Leerstände
2. Handlungsnotwendigkeiten
3. Ziele

#### **B Kinder, Jugend, Familie**

1. Bestandsaufnahme
  - a) Betreuungssituation
  - b) Angebote für Jugendliche
  - c) Beratung und Unterstützung von Familien
2. Handlungsnotwendigkeiten
3. Ziele

#### **C Ältere Menschen in Lüdenscheid**

1. Bestandsaufnahme
  - a) Angebote für Senioren
  - b) Wohnsituation
  - c) Betreuungs- und Pflegesituation
2. Handlungsnotwendigkeiten
3. Ziele

#### **D Migranten**

1. Bestandsaufnahme
  - a. Beratung und Unterstützung
  - b. Wohnen und Arbeiten
  - c. Integrationsangebote
  - d. Ältere Migranten
2. Handlungsnotwendigkeiten
- 3.

#### **E Bildung und Kultur**

1. Bestandsaufnahme
  - a) Strukturen und Angebote
  - b) Zielgruppen und Nutzer
2. Handlungsnotwendigkeiten
3. Ziele

## CDU-Ratsfraktion Lüdenscheid

2

### **F Siedlungsentwicklung und Wohnungsmarkt**

1. Bestandsaufnahme
  - a) Mietermarkt
  - b) Eigentümermarkt
  - c) Wohngebiete und Freiflächen
2. Handlungsnotwendigkeiten
3. Ziele

### **G Schulen und Sport**

1. Bestandsaufnahme
  - a) Schulstrukturen und -angebote
  - b) Sportstätten
  - c) Vereinsangebote
2. Handlungsnotwendigkeiten
3. Ziele

### **H Tourismus und Stadtmarketing**

1. Bestandsaufnahme
  - a) Kunden und Touristen in der Einkaufsstadt
  - b) Angebote
  - c) Übernachtungszahlen
2. Handlungsnotwendigkeiten
3. Ziele

### **I Finanzen**

1. Bestandsaufnahme
  - a) Situation des städtischen Haushalts
  - B) Konsolidierungsmaßnahmen
2. Handlungsnotwendigkeiten
3. Ziele

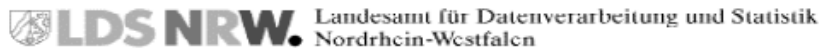
### **Begründung**

Grundsätzlich ist festzustellen, dass der SPD-Antrag zwar begrüßt wird, aber aus Sicht der CDU zu vage formuliert ist. Er bedarf einiger Ergänzungen, um der Verwaltung eine Richtung vorzugeben, damit Erwartungen der Politik an einen Demografiebericht letztlich nicht enttäuscht werden.

Weiterhin hält die CDU für die Erstellung eines Demographieberichtes eine enge Verzahnung mit der Arbeitsgruppe „Demografie“ des Märkischen Kreises und mit dem städtischen Arbeitskreis „Flächennutzungsplan“ für unverzichtbar.

Mit freundlichem Gruß  
gez.  
Christel Gabler  
CDU-Fraktionsvorsitzende

### 5.3. LDS Modellberechnung A



Modellrechnung zur Bevölkerungsentwicklung  
**Gemeinde:** Lüdenscheid  
**Auftraggeber:** Stadt Lüdenscheid

**Grundlage der Berechnung:**

Basisbevölkerung: Fortschreibung des Bevölkerungsstandes vom 31.12.2008

Annahmen:

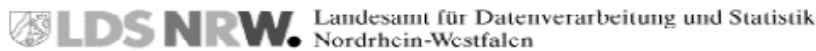
Lebendgeborene/Gestorbene: Konstant - Grundlage Betrachtung der letzten 3 Jahre

Wanderung: lt. Vorgabe des Auftraggebers: Modell mit Trendumkehr beim Wanderungsverhalten und leicht ansteigenden Wanderungsgewinnen ab 2016

| Jahr<br>(jew.<br>01.01.) | Verwaltungsbezirk |             | Var.- Nr. | Komponenten der Veränderung im Jahr |            |   |   |  | insgesamt |
|--------------------------|-------------------|-------------|-----------|-------------------------------------|------------|---|---|--|-----------|
|                          | Schlüsselzahl     | Name        |           | Lebendgeborene                      | Gestorbene | Überschuss der lebend<br>Geborenen bzw.<br>Gestorbenen(-) | Überschuss der<br>Zu- bzw. Fortgezogenen(-) | Gesamtver-änderung:<br>Spalte 7 + Spalte 8 |           |
|                          |                   |             |           |                                     |            |   |   |  |           |
| Spalten-Nr.              |                   |             |           |                                     |            |   |   |  |           |
| 4                        | 1                 | 2           | 3         | 5                                   | 6          | 7   | 8   | 9  | 10        |
| 2007                     | 05 982 032        | Lüdenscheid | 01        | 662                                 | 855        | -193  | -530  | -723                                       | 78032     |
| 2008                     | 05 982 032        | Lüdenscheid | 01        | 655                                 | 869        | -214  | -400  | -614                                       | 77306     |
| 2009                     | 05 982 032        | Lüdenscheid | 01        | 652                                 | 848        | -196  | -300  | -496                                       | 76692     |
| 2010                     | 05 982 032        | Lüdenscheid | 01        | 650                                 | 851        | -201  | -200  | -401                                       | 76197     |
| 2011                     | 05 982 032        | Lüdenscheid | 01        | 650                                 | 860        | -210  | -100  | -310                                       | 75795     |
| 2012                     | 05 982 032        | Lüdenscheid | 01        | 650                                 | 861        | -211  | 0   | -211                                       | 75485     |
| 2013                     | 05 982 032        | Lüdenscheid | 01        | 651                                 | 869        | -218  | 0   | -218                                       | 75274     |
| 2014                     | 05 982 032        | Lüdenscheid | 01        | 650                                 | 874        | -224  | 0   | -224                                       | 75055     |
| 2015                     | 05 982 032        | Lüdenscheid | 01        | 648                                 | 877        | -229  | 0   | -229                                       | 74829     |
| 2016                     | 05 982 032        | Lüdenscheid | 01        | 645                                 | 880        | -235  | 50  | -185                                       | 74599     |
| 2017                     | 05 982 032        | Lüdenscheid | 01        | 642                                 | 885        | -243  | 50  | -193                                       | 74414     |
| 2018                     | 05 982 032        | Lüdenscheid | 01        | 638                                 | 895        | -257  | 100   | -157                                       | 74219     |
| 2019                     | 05 982 032        | Lüdenscheid | 01        | 632                                 | 902        | -270  | 100   | -170                                       | 74061     |
| 2020                     | 05 982 032        | Lüdenscheid | 01        | 625                                 | 912        | -287  | 100   | -187                                       | 73889     |

- 1) NBB-Saldo = Überschuss der Lebendgeborenen (+) bzw. Gestorbenen (-) - 2) Wand-Saldo = Überschuss der Zu- (+) bzw. Fortgezogenen (-)
- 3) Gesamt-veränd. = Gesamtveränderung im Jahr (NBB-Saldo + Wand-Saldo)

### 5.4. LDS Modellberechnung B



Modellrechnung zur Bevölkerungsentwicklung  
**Gemeinde:** Lüdenscheid  
**Auftraggeber:** Stadt Lüdenscheid

**Grundlage der Berechnung:**

Basisbevölkerung: Fortschreibung des Bevölkerungsstandes vom 31.12.2008

Annahmen:

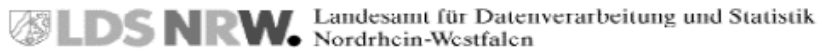
Lebendgeborene/Gestorbene: Konstant - Grundlage Betrachtung der letzten 3 Jahre

Wanderung: lt. Vorgabe des Auftraggebers: Modell mit Trendabschwächung bei den Verlusten aus der Wanderung und einer ab 2020 ausgeglichene Wanderungsbilanz

| Jahr<br>(jew.<br>01.01.) | Verwaltungsbezirk |             | Var.- Nr. | Komponenten der Veränderung im Jahr |            |   |   |  | insgesamt |
|--------------------------|-------------------|-------------|-----------|-------------------------------------|------------|---|---|--|-----------|
|                          | Schlüsselzahl     | Name        |           | Lebendgeborene                      | Gestorbene | Überschuss der lebend<br>Geborenen bzw.<br>Gestorbenen(-) | Überschuss der<br>Zu- bzw. Fortgezogenen(-) | Gesamtver-änderung:<br>Spalte 7 + Spalte 8 |           |
|                          |                   |             |           |                                     |            |   |   |  |           |
| Spalten-Nr.              |                   |             |           |                                     |            |   |   |  |           |
| 4                        | 1                 | 2           | 3         | 5                                   | 6          | 7   | 8   | 9  | 10        |
| 2007                     | 05 982 032        | Lüdenscheid | 02        | 662                                 | 855        | -193  | -530  | -723                                       | 78032     |
| 2008                     | 05 982 032        | Lüdenscheid | 02        | 654                                 | 868        | -214  | -450  | -664                                       | 77306     |
| 2009                     | 05 982 032        | Lüdenscheid | 02        | 651                                 | 848        | -195  | -400  | -595                                       | 76642     |
| 2010                     | 05 982 032        | Lüdenscheid | 02        | 647                                 | 849        | -202  | -350  | -552                                       | 76046     |
| 2011                     | 05 982 032        | Lüdenscheid | 02        | 646                                 | 856        | -210  | -300  | -510                                       | 75495     |
| 2012                     | 05 982 032        | Lüdenscheid | 02        | 644                                 | 854        | -210  | -250  | -460                                       | 74984     |
| 2013                     | 05 982 032        | Lüdenscheid | 02        | 642                                 | 860        | -218  | -200  | -418                                       | 74523     |
| 2014                     | 05 982 032        | Lüdenscheid | 02        | 640                                 | 863        | -223  | -150  | -373                                       | 74105     |
| 2015                     | 05 982 032        | Lüdenscheid | 02        | 638                                 | 865        | -227  | -100  | -327                                       | 73730     |
| 2016                     | 05 982 032        | Lüdenscheid | 02        | 634                                 | 866        | -232  | -50   | -282                                       | 73402     |
| 2017                     | 05 982 032        | Lüdenscheid | 02        | 630                                 | 871        | -241  | 0   | -241                                       | 73118     |
| 2018                     | 05 982 032        | Lüdenscheid | 02        | 626                                 | 879        | -253  | 0   | -253                                       | 72877     |
| 2019                     | 05 982 032        | Lüdenscheid | 02        | 620                                 | 886        | -266  | 0   | -266                                       | 72622     |
| 2020                     | 05 982 032        | Lüdenscheid | 02        | 613                                 | 895        | -282  | 0   | -282                                       | 72355     |

- 1) NBB-Saldo = Überschuss der Lebendgeborenen (+) bzw. Gestorbenen (-) - 2) Wand-Saldo = Überschuss der Zu- (+) bzw. Fortgezogenen (-)
- 3) Gesamt-veränd. = Gesamtveränderung im Jahr (NBB-Saldo + Wand-Saldo)

## 5.5. LDS Modellberechnung C



Modellrechnung zur Bevölkerungsentwicklung  
**Gemeinde:** Lüdenscheid  
**Auftraggeber:** Stadt Lüdenscheid

**Grundlage der Berechnung:**

Basisbevölkerung: Fortschreibung des Bevölkerungsstandes vom 31.12.2008

Annahmen:

Lebendgeborene/Gestorbene: Konstant - Grundlage Betrachtung der letzten 3 Jahre

Wanderung: lt. Vorgabe des Auftraggebers: - Modell mit gleichbleibend hohen Wanderungsverlusten, die leicht über den derzeit aktuellen Werten liegen

| Jahr<br>(jew.<br>01.01.) | Verwaltungsbezirk |             | Var.- Nr. | Komponenten der Veränderung im Jahr |            |   |   |   | insgesamt |
|--------------------------|-------------------|-------------|-----------|-------------------------------------|------------|---|---|---|-----------|
|                          | Schlüsselzahl     | Name        |           | Lebendgeborene                      | Gestorbene | Überschuss der lebend<br>Geborenen bzw.<br>Gestorbener(-) | Überschuss der<br>Zu- bzw. Fortgezogenen(-) | Gesamtveränderung:<br>Spalte 7 + Spalte 8 |           |
|                          |                   |             |           |                                     |            |   |   |   |           |
| Spalten-Nr.              |                   |             |           |                                     |            |   |   |   |           |
| 4                        | 1                 | 2           | 3         | 5                                   | 6          | 7   | 8   | 9   | 10        |
| 2007                     | 05 982 032        | Lüdenscheid | 03        | 882                                 | 855        | -193  | -530  | -723                                      | 78032     |
| 2008                     | 05 982 032        | Lüdenscheid | 03        | 654                                 | 868        | -214  | -530  | -744                                      | 77306     |
| 2009                     | 05 982 032        | Lüdenscheid | 03        | 649                                 | 845        | -196  | -530  | -726                                      | 76562     |
| 2010                     | 05 982 032        | Lüdenscheid | 03        | 644                                 | 845        | -201  | -530  | -731                                      | 75836     |
| 2011                     | 05 982 032        | Lüdenscheid | 03        | 640                                 | 850        | -210  | -530  | -740                                      | 75104     |
| 2012                     | 05 982 032        | Lüdenscheid | 03        | 636                                 | 848        | -210  | -530  | -740                                      | 74364     |
| 2013                     | 05 982 032        | Lüdenscheid | 03        | 631                                 | 848        | -217  | -530  | -747                                      | 73622     |
| 2014                     | 05 982 032        | Lüdenscheid | 03        | 626                                 | 848        | -222  | -530  | -752                                      | 72874     |
| 2015                     | 05 982 032        | Lüdenscheid | 03        | 619                                 | 845        | -226  | -530  | -756                                      | 72121     |
| 2016                     | 05 982 032        | Lüdenscheid | 03        | 612                                 | 842        | -230  | -530  | -760                                      | 71364     |
| 2017                     | 05 982 032        | Lüdenscheid | 03        | 603                                 | 841        | -238  | -530  | -768                                      | 70603     |
| 2018                     | 05 982 032        | Lüdenscheid | 03        | 595                                 | 844        | -249  | -530  | -779                                      | 69834     |
| 2019                     | 05 982 032        | Lüdenscheid | 03        | 585                                 | 845        | -260  | -530  | -790                                      | 69054     |
| 2020                     | 05 982 032        | Lüdenscheid | 03        | 573                                 | 849        | -276  | -530  | -806                                      | 68262     |

- 1) NBB-Saldo = Überschuss der Lebendgeborenen (+) bzw. Gestorbener (-) - 2) Wand-Saldo = Überschuss der Zu- (+) bzw. Fortgezogenen (-)  
 3) Gesamt-veränd. = Gesamtveränderung im Jahr (NBB-Saldo + Wand-Saldo)